

Ueber
geschichtliche Entstehung, Charakter und zeit-
gemäße Fortbildung
der
Landständischen Verfassung
des
Herzogthums Braunschweig
und
Fürstenthums Blankenburg.

Von
A. de Dobbeler,
Advocaten in Braunschweig.

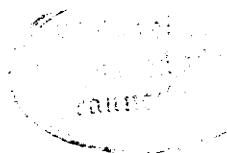
UB Braunschweig 84



10257-876-0

Ueber
geschichtliche Entstehung, Charakter und zeit=
gemäße Fortbildung
der
landständischen Verfassung
des
Herzogthums Braunschweig
und
Fürstenthums Blankenburg.

Von
A. de Dobbeler,
Advocaten in Braunschweig.



Braunschweig,
Verlag von Friedrich Vieweg.
1 8 3 1.

V o r w o r t.

Die großen Ereignisse des letztverflossenen Julimonats haben Europa aus einem lethargischen Zustande erweckt; nicht als ob mit diesem Zeitpunkt neue Bedürfnisse plötzlich entstanden wären, als ob nicht auch schon früher einzelne kräftige Stimmen zur Bewahrung und Vertheidigung der Rechte der Völker sich erhoben hätten; aber neben allgemeinerer Theilnahme am Oeffentlichen gewannen die Völker Kraft, Selbstvertrauen und Zuversicht zu einer höheren Weltordnung, um Eingriffen in unveräußerliche Menschenrechte, um der Rücksichtslosigkeit gegen den Zweck der Staatsverbindung und gegen geschichtlich begründete Nationalität mit Muth zu begegnen.

Auch wir waren Zeugen von Begebenheiten, die unserm Gedächtnisse nimmer entschwinden werden, auch wir sahen den Lohn der Selbstsucht vom Geschick theilen; aber so wie die Braunschweiger, nach kräfti-

gem Widerstand gegen tyrannische Unterdrückung und der dadurch nothwendig herbeigeführten großen Aufregung, einer musterhaft schnellen Rückkehr zur gesetzlichen Ordnung sich rühmen können, sobald einmal das bestimmte Ziel erreicht war, so ward uns auch Gelegenheit gegeben, eine erfreuliche Erfahrung neu bestärkt zu finden, daß nichts die Anhänglichkeit des Braunschweigers an sein Fürstenhaus, an diesen Centralpunkt alles Staatslebens zu vermindern im Stande ist, und daß, so dringend die neuerwachte Theilnahme am Oeffentlichen gar mancherlei Reformen in der Staatsverfassung als nothwendig fühlen ließ, man doch bei uns, weit entfernt von revolutionairen Gesinnungen, auch bevor man wünscht, gern erst prüft und überlegt. Hierbei wurde aber gar Mancher inne, wie wenig ihm von den Principien der Staatskunst, deren Kenntniß Niemand ganz entbehren kann, der über öffentliche Angelegenheiten sprechen und urtheilen will, von der Verfassung seines Vaterlandes, von den Bedürfnissen und Hülfsmitteln des Staats bekannt geworden war. Nicht wollen wir es untersuchen, ob die größere Schuld, ob der größere Nachtheil, dabei auf der Seite der Regierung oder der Regierten war; erfreulich aber war das von allen Seiten sichtbare Streben, diesen Mängeln abzuhelpen, durch Erweiterung der Kenntnisse und Ansichten Urtheilsfähigkeit, Gemeisinn und Patriotismus zu verbreiten.

In einer zu diesem Zweck zusammengetretenen Vereinigung von Freunden, die sich die Belebung wahrer patriotischer Gefinnungen eben so sehr zum Ziel gesetzt hat, wie die Verhinderung des Umsichgreifens ausschweifender, eines sichern Grundes entbehrender Meinungen und einer revolutionairen Tendenz des Volksgeistes, — in einer solchen Vereinigung, an welcher auch der Verfasser der vorliegenden Schrift Theil nimmt, wurde der Wunsch ausgesprochen, eine Darlegung der Verhältnisse, unter welchen sich unsere ständische Verfassung historisch gebildet hat, und ihres gegenwärtigen Charakters zum Vortrag gebracht zu hören. Der Verfasser glaubte sich durch seine juristischen und historischen Studien dazu berufen, und hatte die Freude, ungeachtet einiger sich erhobener Meinungsverschiedenheiten, vorzüglich in Bezug auf seine Ansichten über die Deffentlichkeit der Sitzungen unserer Ständeversammlung, seinen Vortrag mit Beifall aufgenommen zu sehen. Der Aufforderung, den Aufsatz durch den Druck zu verbreiten, kommt er nach, indem er um des Gegenstandes und der lautern Absicht willen, in welcher die Worte niedergeschrieben, in eben dem Maaße auf die Nachsicht des Publicums glaubt hoffen zu dürfen, in welchem ihm diese bei dem mündlichen Vortrage zu Theil wurde.

Schon war indeß das Versprechen des Drucks gegeben, als von dem Herrn Geheimerath von Strom-

beck das erste Heft seiner staatswissenschaftlichen Mittheilungen erschien, in welchem derselbe, neben einer Nachweisung der historischen Basis der erneuerten Landschaftsordnung im Allgemeinen, sehr schätzbare Beiträge zur Geschichte derselben liefert, zugleich aber der Herr Cammerdirector G. P. von Bülow, zur Erläuterung dieser Landschaftsordnung, eine Paraphrase zu ihren einzelnen Artikeln herausgab. Wohl könnte es dem Verfasser als Kühnheit ausgelegt werden, daß er sich über diesen Gegenstand öffentlich ausspricht, nachdem zwei anerkannt tüchtige Schriftsteller, die ohnehin bei der Entstehung der Landschaftsordnung selbstthätig mitwirkten, der eine die Geschichte, der andere den Charakter derselben erörterten. Da aber der Verfasser bei der historischen Darlegung mehr das landständische Institut, als die Landschaftsordnung, ins Auge faßte, und bei der Kritik mehr eine Beurtheilung jenes Instituts nach den Hauptattributen der Stände, als eine Paraphrase der Landschaftsordnung, bezweckte, so nahm er um so weniger Anstand, seinem obgedachten Versprechen getreu zu bleiben, als er in sehr wesentlichen Punkten einer andern Meinung ist, als die erwähnten Schriftsteller. Die geschichtliche Darstellung liefert nur ganz allgemeine Umrisse, und der Verfasser, entfernt von einem Versuch, wie ihn Herr Regierungs-Rath Beißler in seinem Werke: Betrachtungen über Gemeindeverfassung und Gewerbewesen, S. 37, macht, wo der-

felbe auf einer halben Seite »in wenigen Worten die ausführliche Geschichte der deutschen Stände« vorträgt, überläßt es zwar einem Jeden, dem jene Geschichte genügt, sich bei derselben zu beruhigen, bittet aber die Kritik aller Andern, die weitere Ansprüche machen, es nicht unberücksichtigt zu lassen, daß eines Theils die Geschichte der deutschen Landstände anerkanntermaßen noch wenig bearbeitet ist, und dadurch auch die Ausarbeitung eines durch Zweck und Raum noch so sehr beschränkten Aufsatzes über diesen Gegenstand erschwert werden muß, andern Theils aber der Zweck dieser Blätter, um denselben eine allgemeinere Theilnahme zu verschaffen, den Verfasser zurückhalten mußte, Vieles, was er nur andeutete, wie er sonst gern gethan hätte, weiter auszuführen.

Die aufgestellten Ansichten nehmen das Gepräge der Unfehlbarkeit auf keine Weise in Anspruch. Der Verfasser hat indeß seine politischen Grundsätze, ohne sie dem Einfluß zunehmender Erfahrung und der Fortschritte der Zeit entziehen zu wollen, vor exaltirtem Liberalismus auch in der gegenwärtigen Zeit auf alle Weise zu bewahren gesucht, wenn gleich wahre Freiheit stets an ihm einen warmen Vertheidiger finden soll.

Daß endlich Aeußerungen, welche der Verfasser sich hin und wieder über die Regierung erlaubt, von aller Persönlichkeit gegen deren gegenwärtige Mitglie-

der, unter denen er mehrere nur näher kennt, um sie wahrhaft hochschätzen zu können, entfernt ist, bedarf wohl kaum einer Erwähnung, da das Urtheil über die Regierung nach der Persönlichkeit ihrer Mitglieder sich schon danach bestimmen würde, daß unter ihrer Herrschaft jene Aeußerungen furchtlos ausgesprochen werden konnten.

Braunschweig, im April 1831.

Bei der Beurtheilung der jetzt in so vielen Staaten von allen Seiten erhobenen Forderung einer zeitgemäßen Reform der bestehenden Staatsverwaltung, darf eine Wahrheit nicht übersehen werden, deren Verkennung in den neuern Zeiten so viel Unheil über die Völker gebracht hat — die Wahrheit, daß es auf der einen Seite eben so nachtheilig ist, an veralteten Formen der Verfassung, verjährten Privilegien und zeitwidrigen Ständeverhältnissen zu hangen, wie auf der andern Seite das Streben, Alles nach Theoremen und Phantasien, ohne Berücksichtigung des Bestehenden und der Art und Weise, wie es auf geschichtlichem Wege entstanden ist, von Grund aus neu gestalten zu wollen, verderblich erscheint. Das verderbliche dieses Strebens lehrt die Geschichte der letzten funfzig Jahre auf eine in die Augen fallende Weise. Die unzeitigen Reformen, welche Kaiser Joseph II. in den Jahren 1780 — 1790 in den verschiedenen Theilen der österreichischen Monarchie vornahm, mußten, so gut sie gemeint waren, und so sehr sie ihren Urheber als einen so edlen, freisinnigen Fürsten, wie es deren wenige giebt, darstellten, ihren Zweck um so mehr verfehlen, da aus ihnen meistens völlige Rücksichtslosigkeit gegen alles geschichtlich Entstandene hervorblickt. Mehre seiner Neuerungen nahm er selbst zurück, andere sah sich sein Nachfolger genöthigt, wieder aufzugeben, und das Verfahren gar mancher Regierung mag wohl seinen Grund zum großen Theil in übel angewandten, aus Josephs Regierungsperiode entnommenen Erfahrungen haben. Weit verderblicher noch, wie bei Josephs Reformen, zeigt sich der nachtheilige Einfluß der angeedeuteten Principien in der, recht eigentlich auf Vernichtung alles Bestehenden gerichteten französischen Revolution des vorigen Jahrhunderts, welche Principien zur Ausführung zu bringen suchte, die, als das

Erzeugniß schwankender Theorien, alles praktischen Werthes beraubt waren, und die, während man bei der Vernichtung des Bestehenden nirgends ein Ziel zu finden wußte, zu Gräueln Veranlassung gaben, die Tausenden das Leben kosteten, andern Tausenden alles irdische Glück für sich und ihre Nachkommen raubten.

Bei der innigen Verschwitterung alles öffentlichen Lebens mit den privatrechtlichen Verhältnissen ist es nicht zu verkennen, daß alle staatsrechtliche Institute Vermögensverhältnisse erzeugen, die auch lange nach dem Untergange der erstern sich noch wirksam beweisen, so daß, wenn jene Institute auch Privilegien veranlaßten, deren Aufhebung mit dem Verschwinden ihres Grundes wünschenswerth erscheint, die Ausrottung aller Folgen dieser Institute doch nur allmählig, in einem Zeitraum, über dessen Länge sich in den bei weitem meisten Fällen nicht füglich etwas vorher bestimmen lassen wird, geschehen kann, wenn nicht auf eine, die Rechtssicherheit im höchsten Grade gefährdende, Weise gegen alle Interessen verstoßen werden soll. Das Verschwinden von dergleichen Rechtsverhältnissen, die mit dem Zusammenfallen ihres Grundes auch ihre Stabilität einbüßten, wird in der Regel am meisten dadurch befördert werden, daß man nur die freie Uebereinkunft aller Interessenten möglichst erleichtert; und man hat sich vor einem zwangsmäßigen Eingreifen gewiß eben so zu hüten, wie man es zu vermeiden hat, Aufklärung aufdringen zu wollen. Der Grundsatz, daß jede vernünftige Erziehung, in so weit sie nicht auf Mittheilung von Gegenständen des positiven Wissens gerichtet ist, vorzüglich nur auf die Entfernung aller einer selbstständigen Entwicklung entgegenstehenden Hindernisse gerichtet werden muß, leidet gewiß nirgends eine schicklichere Anwendung, wie bei der Erziehung zu Staatsbürgern.

Wenn es sich aber nicht verkennen läßt, daß nicht alle Forderungen unserer Tage Beweise von geschärfterer Klugheit der Menschen im Vergleich zur frühern Zeit liefern, sondern häufig nur das Resultat anderer Zeitverhältnisse sind,

so macht doch auf der andern Seite schon diese Veränderung und die weitere Verbreitung der Intelligenz, welche keine Regierung aufhalten kann, die sie vielmehr zu befördern verpflichtet ist, Reformen nothwendig, die bei gleichmäßiger Berücksichtigung des Bestehenden allein eine gewaltsame Umwälzung verhindern können.

Von diesen Gesichtspunkten ausgehend können wir nur dann eine Staatsverfassung gehörig würdigen, nur dann uns ein Urtheil über ihre Fortbildung erlauben, wenn wir uns ihre Entstehung vergegenwärtigen; dann, nur dann läßt sich beurtheilen, was wesentlich zu ihrer Erhaltung gehört, was beibehalten werden kann, um einem neuen Institute eine sichere historische Grundlage zu geben, was zeitgemäß verändert werden darf, und was verändert werden muß. Ueberall, wo bei Veränderungen nicht diese Rücksichten genommen werden, tritt von selbst eine Reaction ein, die auch in Frankreich, wo die Zerstörung des Bestehenden am weitesten gegangen war, nicht ausgeblieben ist, die aber um so mehr dort Statt finden muß, wo neue staatsrechtliche Institute beibehaltenen privatrechtlichen Verhältnissen widerstreiten. Wie wenig für Deutschland bei den Reformen ein anderer Weg ersprießlich ist, als geschichtliche Fortbildung, kann die nach dem Abwerfen des französischen Joches Statt gehabte Rückkehr zu veralteten Institutionen beweisen, welche zwar theilweise durch Einseitigkeit der Ansichten herbeigeführt sein mag, aber gewiß noch mehr ihren Grund darin hatte, daß der deutschen Gründlichkeit die neu eingeführten Institute widersprachen, die sich nicht geschichtlich dem früher Bestandenen angeschlossen.

Es ist daher:

I.

die historische Entstehung des landschaftlichen Instituts des Herzogthums Braunschweig für die Beurtheilung desselben sehr entscheidend, aber auch um so interessanter, da es nicht zu verkennen ist, daß sich in den Braun-

schweigischen Landen das Institut der deutschen Landstände vorzugsweise volksthümlich entwickelt hat. Wenn auch aus der nachfolgenden Darstellung hervorgehen wird, daß die Gründe, welche dies veranlaßten, auf der andern Seite Privilegien um so mehr befestigten, welche dem jetzigen Zeitgeiste widerstreiten, so ist doch dadurch der wesentliche Vortheil erlangt, daß der geforderten zeitgemäßen Volksrepräsentation eine feste geschichtliche Unterlage gegeben werden kann.

Die Entstehung der deutschen Landstände, wenn wir sie nicht als eine mit gewissen Privilegien begabte Corporation, die im Staate bestimmte, auf sie selbst oder das ganze Land bezügliche Rechte ausübt, sondern als Glieder eines Volks betrachten, welche, ohne ein fürstliches Amt zu bekleiden, von dem Regenten bei Geschäften von allgemeinem Interesse zu Rathe gezogen werden, und bei Aufstellung allgemein verbindlicher Rechtsnormen thätig sind, reicht sehr hoch, und über die Zeiten Karls des Großen hinaus. Die den fränkischen Königen unterworfenen germanischen Staaten hatten ursprünglich größtentheils aus freien Volksgemeinden bestanden, welche ihre Staatsangelegenheiten in Volksversammlungen besorgten, die unter dem Vorstehe eines erwählten Grafen von den sämtlichen freien Bewohnern eines Gaues gehalten wurden. Die Grafen wurden wahrscheinlich aus bestimmten edlen Geschlechtern gewählt, die den uralten deutschen Adel, aus welchem unsere heutigen Fürstengeschlechter meistens hervorgegangen sind, bilden, und die in den Fällen, wo allgemeine Volksversammlungen unthunlich waren, von dem Grafen bei Angelegenheiten der Staatsverwaltung vorzugsweise zu Rathe gezogen wurden. Mit der Verwaltung der Staatsangelegenheiten verbanden die Gaugrafen die Ausübung der Gerichtsbarkeit, und ihnen waren die Centgrafen untergeordnet, die in einem kleinern, mehrere einzelne Gemeinden, die wieder unter ihren Vorstehern standen, umfassenden Districte, die sogenannten centena, die Angelegenheiten besorgten, welche sich vorzugsweise auf diesen engeren Verein bezogen, über den sie auch eine beschränkte Gerichtsbar-

keit, die Centgerichtsbarkeit, ausübten. Nach der Unterjochung dieser Volksstämme durch die fränkischen Könige wurden sowohl die Gaugrafen, wie die Centgrafen, zu königlichen Beamten, jedoch die alte Gauverfassung in der Regel beibehalten. Auch für die Völkerstämme, welche durch frühere Eroberungen und Kriege schon vor der Unterwerfung unter die fränkische Herrschaft die Gewalt eines Fürsten anzuerkennen genöthigt waren, wie die Baiern und Sachsen, fand ein ziemlich gleiches Verhältniß Statt, da die Gewalt der Fürsten sich in der Regel mehr auf die kriegerischen Verhältnisse beschränkte, und die übrigen Staatsgeschäfte in Verbindung mit der Behandlung der wichtigsten privatrechtlichen Verhältnisse in den Volksgemeinden ausgeübt wurden, so daß bei diesen Völkerstämmen, nach der Unterwerfung, an der Stelle des königlichen Beamten ein von den fränkischen Königen abhängiger Fürst stand.

Durch diese Verhältnisse und den immer mehr zunehmenden Umfang des Reichs wurden die fränkischen Könige, und unter ihnen namentlich Karl der Große genöthigt, ihren wichtigern Verfügungen dadurch eine ordnungsmäßige Befolgung zu sichern, daß sie gewisse ausgezeichnete Personen aus den verschiedenen Völkerstämmen zu sich beschieden, um mit ihnen des Reichs Beste zu berathen. Diese Versammlungen wurden regelmäßig im Frühjahr gehalten, und an ihnen nahmen, bei der steigenden Wichtigkeit der christlichen Religionsverhältnisse, distinguirte Geistliche, insbesondere die Bischöfe Theil, die sich indeß schon zu Anfang des achten Jahrhunderts zur gesonderten Berathung geistlicher Angelegenheiten von den übrigen Reichsständen trennten, und nur bei Gegenständen von gemeinschaftlichem Interesse sich mit ihnen verbanden, dabei aber durch die, mittelst der geistlichen Gesetzgebung erlangten Privilegien und den immer mehr steigenden Reichthum der Kirche, ihren Einfluß auf die weltlichen Angelegenheiten sicherten. Durch die spätere Veränderung in der politischen Verfassung von Deutschland, bei welchem nach der Theilung der fränkischen Monarchie die von Karl

dem Großen angenommene römische Kaiserkrone blieb, ging indeß das bezeichnete Institut in seiner Beziehung auf Deutschland in die deutschen Reichsstände über, welche dann freilich, als Corporation betrachtet, von den landständischen Corporationen wesentlich verschieden sind, ungeachtet frühere Schriftsteller beide Institute häufig mit einander vergleichen.

Zu den Rechten, welche auf die angegebene Weise, nach der Gemeindeverfassung, der deutsche Adel genoß, kam noch das Recht, ein aus freien und unfreien Knechten bestehendes Dienstgefolge zu haben, und so wie der Adel, nach der Unterjochung, von den Königen vorzüglich zu den obenerwähnten Berathungen zugezogen wurde, so stand, von jener Zeit an, diesem Vorrechte die Verpflichtung entgegen, dem Könige mit dem Dienstgefolge im Kriege beizustehen. Bei den übrigen Freien war es anfangs ihrer Willkühr überlassen, wie weit sie dem Könige Hülfe zum Kriege bewilligen wollten, doch wurde es später unter dem Namen des Heerbanns zur Verpflichtung, dem königlichen Grafen in den Krieg folgen zu müssen, so weit der Heerbann aufgeboten war; eine Verpflichtung, von welcher man sich nur durch eine bedeutende Steuer loskaufen konnte. Der Druck, den sich in Folge dessen die Grafen erlaubten, veranlaßte viele Freie, den Schutz eines mächtigen Adligen, eines Klosters, oder wohl gar des Grafen selbst zu suchen, dessen Drucke man zuvorkommen wollte, indem man zur einen oder andern der genannten Personen in ein bestimmtes Dienstverhältniß trat; ein Gleiches suchte man dadurch zu erreichen, daß man sich dem Dienstgefolge des Königs anschloß. Dieß letztere gewährte besondere Vortheile, seitdem die Verleihung der Beneficien üblich geworden war, wodurch der König treue Dienste belohnte, und aus welchen späterhin die Lehen entstanden.

Die Bedeutung, welche in Germanien das volle Grundeigenthum hatte, welches theilweise an Andere zur Cultur ausgetheilt wurde, die bisweilen schon nach persönlichen Verhältnissen von dem Eigenthümer abhängig waren, erzeugte ein eignes Verhältniß, indem es das Recht gab, die Befug-

nisse, welche sich der Eigenthümer bei der Uebertragung vorbehalten hatte, gegen den Empfänger eigenmächtig zu schützen, und nach den bei der Verleihung beobachteten Grundsätzen Streitigkeiten zwischen Personen, die von demselben Herrn Grundstücke erhalten hatten, zu entscheiden. Die persönliche Abhängigkeit vieler Besitzer von dem Eigenthümer gab diesem Verhältnisse noch eine ganz besondere Wichtigkeit, indem sie die Gewalt des Grundherrn erweiterte.

Der bereits angegebene Druck, den sich die Grafen bei Aufbietung des Herrbanns erlaubten, erweiterte die Bedeutung der größern Grundeigenthümer dadurch, daß viele kleinere, ungeachtet sie ursprünglich freie Mitglieder der Volksgemeinden waren, sich mit ihren Besitzthümern in den Schutz der mächtigern begaben, dadurch ein ähnliches Verhältniß herbeiführten, als wenn ihnen ihre Besitzthümer von ihrem Schutzherrn verliehen wären, und die Gewalt der letztern auch auf Grundstücke erstreckten, die demselben ursprünglich nicht gehört hatten. Auf die angegebene Weise entstand zum großen Theil das vielfach modificirte, theils persönliche, theils dingliche Abhängigkeitsverhältniß eines großen Theils der Bewohner Deutschlands.

Die Grafen wurden von den Königen meistens aus den großen Grundbesitzern genommen, und so wie Grundstücke als Beneficien verliehen wurden, so fand ein Gleiches mit jenen Grafenämtern Statt, die eine bedeutende Revenüe abwarfen, welche theilweise in der Benutzung der mit den Grafenämtern verbundenen königlichen Grundstücke bestand *); nur wurden die Verleihungen nicht immer in dem frühern Umfang der Grafenämter ertheilt, sondern häufig mit der Gewalt der Centgrafen für den diesen untergeordneten District alle Befugnisse der Gaugrafen verbunden, von deren Herrschaft der District dadurch erimirt wurde. Auch wurde hin und wieder den größern Grundeigenthümern die Gewalt ei-

*) Vergl. Eichhorn, deutsche Staats- und Rechtsgeschichte. Thl. I. §. 167.

eines Centgrafen, oder wohl gar eines Gaugrafen, nur für das in ihrem echten Eigenthum befindliche Territorium verliehen.

Wenn mehr freie Volksgemeinden in ältern Zeiten einen Krieg beschlossen hatten, so wählten sie zu ihrem Führer für die Zeit des Krieges einen Herzog, dem dann die Grafen untergeordnet waren. Auch dies wurde nach der Unterwerfung durch die fränkischen Könige dergestalt beibehalten, daß der Heerführer durch den König ernannt wurde, und weil dieser Beamte, von dieser Zeit an, auch häufig in Friedenszeiten als Abgesandter des Königs vorkommt, um die Amtsthätigkeit der Grafen, vorzüglich in Bezug auf den Druck, den sie sich gegen die Unterthanen erlaubten, zu controliren, so wird er in dieser Beziehung „Sendgraf“ genannt.

Durch die vielfältigen Theilungen der fränkischen Monarchie, nach Karls des Großen Tode, wurden bedeutende Unruhen im fränkischen Reiche veranlaßt. Ungeachtet die Erbllichkeit der fränkischen Monarchie nicht bezweifelt wird, so wurde das Recht des jedesmaligen Thronfolgers doch dadurch gesichert, daß er schon während der Regierung seines Vorgängers von den Großen des Reichs als solcher anerkannt wurde; und vorzüglich suchte man die Theilungen dadurch zu sichern, daß man solche unter Zuziehung der Großen vornahm. Hierdurch und durch die Schwäche der einzelnen Regenten, insbesondere Ludwigs des Frommen, nahm die Macht derselben sehr zu *); noch mehr aber durch die von ihnen, gegen das Ende des neunten Jahrhunderts, unternommene Absehung Karls des Dicken, durch die, nach der abermaligen Theilung der fränkischen Monarchie unter den Nachfolgern Karls des Dicken, bei dem Ausgange des karolingischen Mannsstammes, von den deutschen Ständen vorgenommene Wahl Konrads von Franken zum römischen Kaiser, durch die, nach dessen unbeerbtem Absterben erfolgte Wahl Heinrichs des Vogelfellers,

*) Vergl. Pütter, historische Entwicklung der Staatsverfassung des deutschen Reichs, 3te Aufl. Thl I. S. 80.

von dessen Söhnen späterhin Otto den Großen zum Kaiser erwählten, und die durch diese Handlungen nach und nach herbeigeführte Umwandlung der römischen Kaiserkrone in eine Wahlkrone.

So wie nun in dieser Zeit die, anfangs nur auf Lebenszeit verliehenen, Beneficien nach und nach erblich wurden, so waren während der angeführten Unruhen auch die Grafenämter theils als Lehn, theils als freies Eigenthum erblich geworden, und man betrachtete sie eben deshalb nicht mehr als Aemter; die herzogliche Würde wurde zwar noch als ein Amt angesehen, doch war nicht allein diese Würde dauernd geworden, und es befanden sich in den, den Herzogen unterworfenen Territorien Districte, welche die erbliche Grafengewalt der Herzoge anerkannten, wie dies z. B. bei Heinrich dem Löwen, als Herzog von Sachsen und Baiern, mit den Braunschweigischen Landen der Fall war, sondern die Kaiser waren auch selten mächtig genug, um den Nachkommen eines verstorbenen Herzogs die Wiederverleihung des Amts zu verweigern.

Aus der Erbllichkeit der Grafengewalt, welche die alte Gauverfassung aufhob, war die Landeshoheit hervorgegangen, mit deren Entstehung in dem Reichsheerdienst, der überdies nun mehr in den Waffen geübte Männer erforderte, wie dieß bei dem Volke im Allgemeinen der Fall zu sein pflegte, eine große Veränderung vorging. Die Landesherren leisteten den Dienst mit ihrem Dienstgesolge und denjenigen Freien, die entweder wegen der Größe ihrer Besitzungen dazu verpflichtet waren, oder die sich freiwillig, um Ehre und Unterhalt zu erkämpfen, ihnen anschlossen.

Die Befugnisse der Herzoge, in so weit sie sich über den District hinaus erstreckten, in welchem ihnen die Grafengewalt zustand, enthielten vorzüglich das Recht, die Reichslehen zu verleihen, im Kriege die in ihrem Territorio angehörenden Grafen zu führen, und in den in Friedenszeiten zur Berathung der Landesnothdurft gehaltenen Versammlungen derselben zu präsidiren. Die Abhängigkeit, worin auf diese Weise die

übrigen Herren von den Herzogen kamen, wußten diese zu ihrem persönlichen Vortheil vortrefflich zu benutzen, und vermehrten dadurch ihre Macht dergestalt, daß die Kaiser sich mit ihren Untergebenen zur Sprengung der Herzogthümer verbanden, die dann auch gelang.

Diejenigen angesehenen Grafen, auf welche die Befugniß der Herzoge dergestalt überging, daß bei einem Kriege die übrigen mit ihrem Dienstfolge und den ihnen untergebenen Freien sich ihnen anschließen mußten, und deren Reichslehen eben deshalb Fahnlehen genannt wurden, bildeten nun, in so weit ihnen nicht der herzogliche Titel verblieb oder neu verliehen wurde, unter dem Namen der Landgrafen, den Fürstenstand *).

Nachdem Heinrich der Löwe seines Herzogthums beraubt worden, und ihm nur seine Stammlande geblieben waren, trug sein Enkel, Otto das Kind, im Jahre 1235 die Braunschweig-Lüneburgischen Lande dem Kaiser (Friedrich II.) zu Lehn auf, und erhielt dadurch dem Stamme den Fürstenrang, indem das Lehn ihm zum Fahnlehn verliehen wurde, wenn sich gleich bezweifeln läßt, daß dieß der einzige Grund war, warum der Herzog sein freies Land in ein Reichslehn verwandelte, und wohl dadurch auch der Streit über manche Grundstücke und Gerechtsame, deren Nutzung die Vorfahren Otto's nur als Herzoge genossen hatten, geschlichtet wurde **).

Die auf die vorgetragene Weise ausgebildete Landeshoheit hatte nun das frühere Verhältniß der nunmehrigen Landesherren zum Reiche ganz verändert, ohne damit die ihnen zustehenden Rechte vollkommen genau zu bestimmen. Das Schwankende ihres Verhältnisses, der Grundsatz des Lehnrechts, daß alle Lehnstreitigkeiten von den Genossen derselben Lehnscurie zu entscheiden seien, die Verpflichtung der Dienstmannen und Vasallen der Lehnsherren, den Lehren

*) Vergl. Eichhorn, deutsche Staats- und Rechtsgeschichte Thl. II. §. 5. 234 u. 300.

**) Vergl. Eichhorn, a. a. O. Thl. II. §. 300. Note h.

zur Vertheidigung ihrer Lande und bei rechtmäßigen Fehden beizustehen, was im einzelnen Fall eine Beurtheilung erforderte, ob eine Fehde rechtmäßig sei, oder nicht, und endlich der Umstand, daß seit der angegebenen Veränderung des Reichsheerdienstes der Landesherr von denjenigen Unterthanen, welche nun nicht mehr persönlich zum Dienst verpflichtet waren, eine Entschädigung für den größern Aufwand der Ausrüstungen und die Unterhaltung derjenigen, welche sich ihm freiwillig angeschlossen hatten, zu fordern berechtigt schien, führten es von selbst herbei, daß er seine lehnbaren und freien Unterthanen, sowohl zur festern Begründung seines Verhältnisses, als auch sich mit ihnen über die angegebenen Verhältnisse zu berathen, eng mit sich zu verbinden suchte *). Zwar mußte es, nach dem Gesagten, zunächst die Ritterschaft sein, welche der Fürst in seinen Rath zog, da jene Verhältnisse dieselbe theils unmittelbar, theils mittelbar durch ihre Hintersassen interessirten; aber bei der Wichtigkeit und dem Einfluß der katholischen Geistlichkeit, durch welche die Fürsten am besten ihr Verhältniß zu den Unterthanen fester knüpfen konnten, und bei dem Umstande, daß manche rittermäßige Personen in Abhängigkeitsverhältnissen von Kirchen und Klöstern standen, und unter dem bischöflichen oder Kloster-Boigt zu dienen verbunden waren; daß ferner, wenn

*) Daß Hof-Feste auch ihren Antheil an der Begründung der ständischen Verfassung gehabt haben, da sie die zugleich zu Ehren- und Hofdiensten verpflichteten Vasallen an den Hof des Fürsten führten, und diese Gelegenheit wahrgenommen wurde, um die angegebenen Gegenstände zu berathen, läßt sich wohl nicht in Abrede stellen; dagegen dürften die Provinzialversammlungen mehr den Anlaß zu den verschiedenen Einigungen der Fürsten, Herren und Städte gegeben haben, aus welchen später die Einteilung des Reichs in Kreise und die Kreisversammlungen hervorgingen. Vergleiche v. Bülow, zur Erläuterung der Landschaftsordnung, in der Einleitung, S. 1 u. 2. Eichhorn, deutsche Staats- und Rechtsgeschichte, Thl. III. §§. 401 u. 409. Pütter, historische Entwicklung der Staatsverfassung d. d. R. Thl. I. S. 314.

der Landesfürst durch die obgedachte Steuer seine übrigen Unterthanen nicht über die Gebühr belasten wollte, er dahin zu streben hatte, daß auch die nicht rittermäßigen Hinterlassen der Klöster auf gleiche Weise besteuert werden durften, wie er dieß hinsichtlich der Hinterlassen der Ritterschaft zu erlangen suchte, erhielten die Prälaten eben so wohl gleiche Rechte mit der Ritterschaft, wie die Städte, die gleichfalls rittermäßige Personen in sich schlossen, welche unter dem Stadtvoigt dienten, und deren aufsteigender Wohlstand sie besonders dazu geschickt machte, einen Theil der öffentlichen Lasten zu übernehmen. Wegen der ausgedehnten Gewalt, welche das Grundeigenthum, nach dem Obengesagten, über die Besitzungen der Hinterlassen gab, eine Gewalt, die sowohl den Rittergutsbesitzern, wie den Klöstern, über ihre Untergebenen zustand, so wie wegen der den Städten bei Ertheilung des Weichbildrechts *) zugestandenen Befugniß der Befestigung und der Selbstvertheidigung, wodurch sie so leicht zum Widerstand gegen den Fürsten befähigt wurden, vorzüglich wenn er sie hätte wollen zu Gunsten der freien Grundbesitzer übermäßig belasten, wurde es aber nothwendig, diese verschiedenen Stände um die Bewilligung der Abgaben anzugehen, die davon auch den Namen »Beden« erhielten.

Ein anderer eben so wichtiger Umstand hat unstreitig

*) Der Ausdruck »Weichbildrecht« hat seinen Ursprung davon, daß, als die Bischöfe die Grafengewalt über ihre Territorien erlangten, sie zur Bezeichnung der Gränzen eines solchen Territorii das Bildniß des Stiftsheiligen — das Weichbild — aufstellten. Hiernach wurde das Weichbildrecht zur Bezeichnung eines jeden von der Gewalt des ordentlichen Grafen befreiten Ortes genommen, und da die ersten Städte diese Befreiung genossen und ihren besondern kaiserlichen Voigt hatten, so wurde es nach und nach um so mehr üblich, das Weichbildrecht jeder mit städtischen Gerechtsamen begabten Gemeinde zuzusprechen, als diese Gemeinden, wenn sie auch den zu Fürsten gewordenen Grafen unterworfen waren, doch wenigstens ihre eigenen, von den ordentlichen Landgerichten verschiedenen Gerichte hatten. Vergl. Eichhorn, deutsche Staats- und Rechtsgeschichte, Thl. II. §. 224 a.

auch viel zur Begründung und Ausbildung der landständischen Verfassungen beigetragen. Das Schwankende des Rechtszustandes in Deutschland, wo man sich einer wahren Cultur noch nicht erfreute, hatte schon in frühern Zeiten die Rechtspflege ganz eigenthümlich gestaltet, indem die Richter nicht sowohl vorhandene, bestimmt aufgezeichnete Gesetze anzuwenden hatten, sondern, bei unvollständig ausgebildeten Rechtsgewohnheiten, in der Regel für jeden einzelnen Fall das Recht erst finden mußten. Eine solche Thätigkeit, die man jetzt für etwas ganz Unerhörtes halten würde, forderte der damalige Zeitgeist unbedingt von den Richtern, die dabei aber nicht aus einem eignen Juristenstande, sondern aus den verschiedenen Classen des Volks, je nachdem dieser oder jener Gegenstand vorlag, genommen werden konnten, und die ihre Gerichtsbarkeit unter dem Vorsitz des Grafen oder seines Unterbeamten ausübten. Die Schöppenbarkeit war ein besonderes Vorrecht des Freigebornen, der überdies das Recht hatte, mit andern Freien in Verbindungen zu treten, für welche verträglich ein Recht festgestellt wurde, das dann auch für später hinzutretende Individuen verbindend war. Die oben erwähnte Verleihung und Auftragung der Grundstücke gründete sich zum Theil auf dieß Einigungsrecht, und ein großer Theil des Lehnrechts beruht auf gleichem Grunde.

Als aber die Rechtsverhältnisse verwickelter wurden, als das römische Recht in Deutschland einbrang, und die durch dieses gebildeten Juristen Rechtsverhältnisse vorfanden, auf welche die römischen Begriffe nicht paßten; die nachtheiligen Folgen hiervon sich aber z. B. auch dadurch äußerten, daß man die Befugnisse der deutschen Bauern in den Fällen, wo ihnen ein Eigenthum nach römischen Begriffen nicht zugesprochen werden konnte, als bloße Zeitpächter behandeln wollte, deren Existenz damit ganz in die Hände ihrer Gutsherren gegeben war, wurde über höchst wichtige Gegenstände eine Gesetzgebung erforderlich, welche indeß nach der Stellung der Rittergutsbesitzer zu dem Landesherrn, nach der Ausbildung der Befugnisse der Grundeigenthümer über die

Hinterlassen zu einer vollständigen Patrimonial-Gerichtbarkeit, die dann auch den Städten für den Stadtbezirk häufig ertheilt wurde, und nach den Principien, welche über die Entstehung von Rechtsnormen dem Rechtsgeföhle fest eingepägt waren, nicht füglich ohne Zuziehung der verschiedenen Stände, deren Interesse dabei in Betracht kam, ausgeübt werden konnte.

Rechnet man nun zu diesem Allen, daß die mannigfachen Landestheilungen, der Uebergang der Territorien an entfernte Verwandte, die Wiedervereinigung früher getrennter Landestheile und dergleichen mehr, bei der ungewissen Stellung der Fürsten, denselben eine Stütze in den acquirirten Territorien nöthig machten, und daß sie diese, nach der bestehenden, bei den innern Unruhen so wichtigen Kriegs- und der damit auf das engste verbundenen Steuer-Verfassung, nur in dem Ritterstande und den mit diesem auf die angegebene Weise verbundenen Prälaten und Städten finden konnten, so liegt die Entstehung der Landstände eben sowohl vor Augen, wie aus den verschiedenen Interessen, welche jeder Stand haben mußte und zu vertheidigen suchte, die Trennung der einzelnen Curien hervorgeht.

Auf diese Weise bildeten sich die Landstände im vierzehnten Jahrhundert, ohne daß es sich in den meisten Staaten angeben läßt, wann die ersten Versammlungen dieser Art, wo die Stände als einzelne, getrennte und in gemeinschaftlichen Angelegenheiten vereinigte Corporationen auftraten, Statt gefunden haben. In den Braunschweigischen Landen der beiden jetzt regierenden Linien sollen die ersten Versammlungen dieser Art zu Anfang des vierzehnten Jahrhunderts gewesen sein, und in den Verfügungen, welche Herzog Wilhelm, mit dem im Jahre 1369 das ältere Lüneburgische Haus ausstarb, und dessen Länder, durch die mit Herzog Magnus dem Frommen von Braunschweig-Wolfenbüttel geschlossenen Verträge, auf des letztern Sohn, den Herzog Magnus mit der Kette *), übergingen, zur Sicherung seiner Untertha-

*) Zum Nachfolger des Herzogs Wilhelm von Lüneburg war ur-

nen nach seinem Tode, und zur Entfernung von innern Zwistigkeiten traf, die wegen der vom Kaiser Karl IV. dem sächsischen Hause ertheilten Eventualbelehnung mit den Lüneburgischen Landen nicht unwahrscheinlich waren, treten der Prälat von St. Blasius, sieben benannte Ritter, zwei Rathseleute von Lüneburg, zwei von Hannover und einer von Uelzen auf, welche nach seinem Tode den Rath seines Nachfolgers bilden sollten *).

Die Söhne des Herzogs Magnus mit der Kette, die Herzoge Bernhard und Heinrich, nahmen die zweite Haupttheilung der Braunschweigischen Lande vor, und in dem, zur Vermeidung der Nachtheile, welche eine Theilung des Reichslehns für die beiderseitigen Nachkommen haben konnte, im

sprünglich Ludwig, der Sohn Herzog Magnus des Frommen und Schwiegersohn Wilhelms, bestimmt; da Ludwig aber vor Herzog Wilhelm im Jahre 1367 verstarb, so trat in Gemäßheit des Erbvergleichs von 1355, bei dem Tode Wilhelms, der jüngere Sohn des Herzogs Magnus des Frommen, Herzog Magnus mit der Kette ein, der nun die Wolfenbüttelschen und Braunschweigischen Lande ungetheilt besitzen sollte. Schon seine Söhne, Bernhard und Heinrich, nahmen aber eine Theilung vor. Die seit dem Tode Herzogs Albrecht des Großen, des Sohns des Herzogs Otto des Kindes und Stifters des alten Braunschweigischen Hauses († 1279) durch die Theilung unter dessen Söhnen entstandene Grubenhagensche Nebenlinie starb erst im Jahre 1596 mit Herzog Philipp aus, dessen Lande zwar von Herzog Heinrich Julius von Wolfenbüttel in Besiz genommen, aber im Jahre 1616 auf dem Wege Rechts dem Lüneburgischen Hause zugesprochen wurden (Erath consp. hist. brunsv. luneb. tab. 46.). Die Länder der zu gleicher Zeit entstandenen Göttingischen Nebenlinie, welche mit Herzog Otto Gockis im Jahre 1463 ausstarb, fielen an Herzog Wilhelm den Kelttern von Kalenberg, den Bruder Heinrichs des Friedsamern von Wolfenbüttel. Diese beiden Brüder hatten, nach dem Tode ihres Vaters Heinrich, mit ihrem Oheim Herzog Bernhard von Neuem getheilt, wodurch letzterer Lüneburg bekam und der Stifter des mittleren Lüneburgischen Hauses wurde, aus welchem beide jetzt regierende Häuser hervorgegangen sind.

*) Vergl. Eichhorn, deutsche Staats- und Rechtsgeschichte, Thl. III. §. 423 Note c.

Jahre 1415 abgeschlossenen Vertrage wird ausdrücklich bemerkt, daß derselbe nach dem Rathe der Prälaten, der Mönche und der Räte abgeschlossen sei. Auch der für die landeschaftliche Verfassung höchst wichtige Vertrag, das pactum Henrico-Wilhelmianum, durch welches im Jahre 1535 der jüngere Bruder des Herzogs Heinrich des Jüngern, Herzog Wilhelm, durch 12jährige Gefangenschaft gezwungen, das Erstgeburtsrecht anerkannte, und die Theilung der Braunschweigischen Lande, Wolfenbüttelschen Theils, für immer untersagt wurde — ein Vertrag, den der jedesmalige Landes herr, nach den Landtagsabschieden, vor der Huldigung zu beschwören verpflichtet ist — wurde nach seinem ausdrücklichen Inhalte nach der Landschaft getreu-wohlmeinlichen Rathe abgeschlossen *).

Ganz besonders wichtig aber war der Landtag, welcher den **Salzbühlumschen Landtagsabschied von 1597** veranlaßte. Die Verhandlungen wurden bereits im Jahre 1570 unter der Regierung des Herzogs Julius eröffnet, dauerten wegen Wichtigkeit der zu verhandelnden Gegenstände mit einigen Unterbrechungen, welche einige minder wichtige Abschiede veranlaßten, sieben und zwanzig Jahre, und endeten erst unter der Regierung des Sohns Herzogs Julius, des Herzogs Heinrich Julius, mit dem erwähnten Landtagsabschiede. Merkwürdig war dabei, daß die Stadt Braunschweig, ungeachtet sie anfangs an den Verhandlungen Theil genommen hatte, später auf dem Landtage, unter dem freilich ungegründeten Vorwande, daß sie keine Fürstliche Erb- und Landstadt sei, zu erscheinen verweigerte, und durch einen Notar gegen alle Beschlüsse protestiren ließ. Der herzogliche Kanzler Sagemann ließ den Notar arretiren, was denn die Opposition, wenn gleich der Arrestant sofort von einigen Mitgliedern der Ritterschaft befreit wurde, als eine Verletzung der Landtags-

*) Ueber einige andere, zwischen dem Landesfürsten und den Ständen im funfzehnten und sechzehnten Jahrhundert geschlossene Verträge und aufgestellte Reversalen vergl. v. Strombeck, staatswissenschaftliche Mittheilungen, 1stes Heft. S. 4 — 10.

freiheit betrachtete, und diesen Vorwand wahrnahm, um gegen mancherlei den Gutsherren nachtheilige Beschlüsse gleichfalls zu protestiren. Ungeachtet dieser Proteste wurde der Landtagsabschied indeß vollzogen, und in spätern Verträgen ausdrücklich anerkannt. Er bildet in den wichtigsten Materien, auch des Privatrechts, das Hauptgrundgesetz, und aus ihm und den ihm vorhergegangenen Verhandlungen sowohl, wie aus mehreren Landtagsabschieden aus der ersten Hälfte des siebenzehnten Jahrhunderts geht recht deutlich die noch damals unbestreitbar anerkannte Nothwendigkeit hervor, bei der Ausübung der Gesetzgebung die Landstände zuzuziehen: eine Nothwendigkeit, deren geschichtlicher und rechtlicher Grund oben gezeigt ist.

Bald nach Aufstellung des Landtagsabschiedes vom Jahre 1597 verloren die Stände in den meisten Staaten ihre während dreier Jahrhunderte behauptete Wichtigkeit. Der veränderte Kriegsdienst während des ausgebrochnen dreißigjährigen Krieges, in welchem man den Ritterdienst nur selten forderte, war dazu die erste Veranlassung; die Hauptveranlassung aber der westphälische Friede, welcher im Jahre 1648 jenen Krieg endete. Die Hauptmächte, welche diesen Frieden dictirten, Schweden und Frankreich, die sich für die aufgewandten Kriegskosten durch deutsche Länder entschädigen ließen, wünschten aus diesem und mehreren andern Gründen, den einzelnen Reichsländern und Ständen eine möglichst unabhängige Stellung zu geben, und hiermit traf das wohl oder übel verstandene Interesse der Reichsstände überein, die in dieser Beziehung die Trennung, welche das religiöse Interesse unter Katholiken und Protestanten herbeigeführt hatte, vergaßen. Das Recht der einzelnen Stände, Krieg zu führen und Bündnisse einzugehen, sofern dadurch nicht dem Reiche entgegengehandelt werde, wurde in dem Friedensschlusse ausdrücklich anerkannt; eben so wurden die sämmtlichen Rechte der einzelnen Stände anerkannt und garantirt, die kaiserliche Macht durch eine sehr ausgedehnte Theilnahme der Stände an der Reichsgesetzgebung beschränkt, und in dem französischen Entwurf der Friedensbedingungen war zum ersten Male, in

Beziehung auf die einzelnen deutschen Fürsten, von Souverainetätsrechten die Rede *).

Dies Alles wirkte nachtheilig auf die ständischen Rechte in den verschiedenen Ländern; die Stütze, welche die Fürsten bisher in ihren Landständen gesucht, fanden sie, bei ihrer anerkannten unabhängigen Stellung, weit mehr in den mit fremden Mächten geschlossenen Bündnissen, und die zunehmende Wichtigkeit der Reichsgesetzgebung, welche von den beiden hohen Reichsgerichten, dem Reichshofrath und dem Reichskammergerichte, unterstützt wurde, beschränkte die Particulargesetzgebung und die selbstständige Ausbildung des Rechts in den einzelnen Ländern **). Ueberdies war das Rechtsverhältniß der Reichsfürsten verändert, und die Juristen wußten das neu entstandene nicht schicklicher zu bezeichnen, als durch eine den Fürsten, hinsichtlich ihres Landes, zustehende unbedingte Machtvollkommenheit, die nur in ihrer Stellung zum Reiche, durch die, unter dem Vorfise des Kaisers ausgeübten Rechte aller Reichsstände, eine Beschränkung erleide, und in der namentlich auch das Recht der Gesetzgebung, in so weit es nicht durch die Reichsgesetzgebung in Schranken geschlossen würde, liegen sollte.

Diese Machtvollkommenheit suchten die Fürsten nun namentlich auch hinsichtlich der Besteuerung ihrer Unterthanen geltend zu machen. Bei den steigenden Bedürfnissen der Landesherren im vierzehnten und funfzehnten Jahrhundert hatte es anfangs Niemand in Zweifel gezogen, daß der Lan-

*) Vergl. Eichhorn, deutsche Staats- und Rechtsgeschichte, Thl. IV. § §. 521 — 527. Pütter, historische Entwicklung der Staatsverfassung d. d. R. Thl. II. 7tes und 8tes Buch.

**) Es ist indeß nicht zu verkennen, daß, so mangelhaft auch die Reichsgesetzgebung blieb, und so viel auch die höchsten Reichsgerichte stets zu wünschen übrig ließen, die Rechtswissenschaft doch, sowohl durch die Reichsgesetzgebung, wie durch die Reichsgerichte, mittelst Erhaltung und Feststellung gemeiner deutscher Gewohnheiten und einer durch beide herbeigeführten gleichförmigeren Ausbildung deutsch-rechtlicher Institute, vor Einseitigkeit bewahrt wurde.

des Herr von seinen ihm unmittelbar untergebenen Hintersassen, seinen Meiern u. s. w. eine außerordentliche Bede verlangen durfte. Sein eignes Interesse aber ließ ihn darin ein gewisses Maaß beobachten, da durch zu starke Belastung die Hintersassen leicht zu Grunde gerichtet wurden, und bei zu großer Plage die aufblühenden Städte ihnen eine sichere und gemächlichere Zufluchtsstätte darboten. Den Ritterdienst betrachtete man dagegen höchstens als Befreiungsgrund hinsichtlich der durch die Rittergutsbesitzer selbst gebauten Ländereien; nachdem man aber die Hintersassen der Ritterschaft und der Klöster als Unterthanen des Staats zu betrachten angefangen hatte, und ihnen deren Befugnisse zusicherte, verlangte man auch gleichmäßige Herbeiziehung zu den öffentlichen Lasten, was sich jedoch, wie gezeigt, nicht ohne Bewilligung von Seiten der Stände bewirken ließ. So wie aber der Landesherr dabei interessirt war, daß seine Hintersassen nicht übermäßig belastet wurden, so gleicher Weise die Grundeigenthümer hinsichtlich der ihrigen. Ueberdies waren die Hintersassen durch die stürmischen Zeiten des Mittelalters zu Grunde gerichtet, und nicht im Stande, die großen Kosten der beständigen Fehden und des gesteigerten Aufwands an den Höfen zu erschwingen. Man wandte sich daher an die Stände selbst, und diese ließen sich durch den Zweck, den die verlangten Abgaben hatten, z. B. die Auslösung verpfändeter Landestheile, Abtragung von Landesschulden und dergleichen, häufig zu eigner Uebernahme der Abgaben bewegen, um dadurch zugleich ihren Einfluß zu sichern und eine Bestätigung ihrer Privilegien zu bewirken. Besonders häufig war dieß bei den Städten der Fall, deren Privilegien nicht in der Maaße, wie die der Ritterschaft und der Prälaten, auf alten Gewohnheiten und der Verfassung beruhten. Je mehr aber ferner die Landesherren die Hintersassen der Ritterschaft als Staatsbürger betrachteten, und dadurch den Unterschied mit ihren eignen Hintersassen verschwinden machten, je mehr glaubten auch die Stände sich befugt, das Interesse der letztern, vorzüglich in so weit es mittelbar auf eignes Interesse einwirkte,

vertreten zu dürfen. Daß der Wohlstand auch der unmittelbaren Hinterlassen der Fürsten die Stände interessirte, lag am Tage, denn waren diese zu Grunde gerichtet, so fielen ja die Lasten des Staats auf sie; dieß fühlten besonders die Städte, welche weder die Privilegien des canonischen Rechts, noch die Verpflichtung zum Ritterdienste als Steuerbefreiungsgrund anführen durften, und so ließen sich die Stände bei den Verwilligungen versprechen, daß ohne ihre Einwilligung künftig überall keine Steuern erhoben werden sollten, indem es anerkannt wurde, daß sie die verwilligten ohne Verpflichtung zugestanden hatten. Hierdurch und durch die Einwirkung, welche die mit Zuziehung der Stände errichteten Geseze auch auf alle Unterthanen ausübten, die nicht zu den unmittelbar vertretenen Ständen gehörten, wurde den Landständen ein wirkliches Landesrepräsentationsrecht zu Theil, welches als ein die Willkühr der Fürsten beschränkendes Institut seinen wohlthätigen Zweck nicht verfehlen konnte, und in Bezug auf die Steuern sich als ein Anerkennungsrecht äußerte, daß wahre Landesnoth vorhanden sei, welche alle Unterthanen dem Besteuerungsrechte die Fürsten unterwarf. Die Vertheilung der erforderlichen Abgaben auf die einzelnen Stände wurde auf den Landtagen vorgenommen, wobei es nicht mehr als billig war, daß die Ritterschaft, in so weit sie den Ritterdienst zu des Landes Besten bei den Fehden und Kriegen, welche meistentheils die Steuern nöthig machten, wirklich leistete, verhältnißmäßig von den übrigen Lasten befreit blieb. In den bei weitem meisten Fällen trat dieser Befreiungsgrund ein; daß er in den Fällen, wo er nicht vorhanden war, immer Wirksamkeit äußerte, läßt sich wegen der vielen Fälle, in denen die Ritterschaft für sich selbst Steuern verwilligte, was auch in der Braunschweigischen Geschichte nicht selten vorkommt *), bezweifeln.

*) In vielen ältern Urkunden über die Verwilligung von Schatzungen wird ausdrücklich festgesetzt, daß jeder Unterthan gleichmäßig zu denselben beitragen solle. S. z. B. Ribbentropp, Sammlung der Landtagsabschiede, Thl. I. S. 66.

Nach der durch den westphälischen Friedensschluß erweiterten Gewalt der deutschen Fürsten suchten dieselben nun, gestützt auf die Philosophie der damaligen Zeit, welche den Grundsatz aufstellte, daß das Besteuerungsrecht ein Hoheitsrecht sei, welches der Fürst ausüben müsse, weil, wenn er die Regierung führen solle, man ihm auch gestatten müsse, die Mittel dazu herbeizuschaffen, die Besteuerung ganz von ihrer Beurtheilung abhängig zu machen. Hierbei stellten sich ihnen nun aber bedeutende Hindernisse in den Weg, denn so wenig auch die Reichsgesetze über landständische Verfassung enthielten, so bestimmte doch schon der Reichsabschied von 1542, daß wegen Veranlagung der von den Reichsständen verwilligten Türkensteuer, dieselben sich mit ihren Unterthanen vergleichen sollten, und spätere Reichsgesetze gaben den Fürsten nur die Befugniß, rechtmäßig hergebrachte Steuern von den Unterthanen zu fordern, wobei zwar bestimmt wurde, daß die Kammergüter die Lasten mittragen sollten, wogegen die ausdrückliche Bestimmung, daß Jeder gleichmäßig steuern solle, mit jener Bezugnahme auf das rechtmäßige Herkommen freilich in manchen Fällen etwas widerstreitend sein mochte, wodurch das Rechtsverhältniß, wie es bei den meisten Reichsgesetzen der Fall ist, etwas verdunkelt wurde. Die Landstände aber, welche sich der beabsichtigten, ihre Vermögensverhältnisse sonach berührenden Neuerung nicht fügen wollten, stützten sich auf die Gesetze, deren Aenderung die Fürsten zwar zu bewirken suchten, womit sie aber so wenig durchkamen, daß der Kaiser im Jahre 1670 selbst einem vermittelnden Reichsgutachten seine Bestätigung versagte, und es bei der Verpflichtung der Unterthanen, zu den Reichssteuern beizutragen, und dem, was sonst ein jeder Reichsstand rechtmäßig hergebracht habe, ließ *).

Da nun aber die Ansichten der Juristen von den Rechten der Landstände diese in allen übrigen Fällen, wo nicht

*) Vergl. Eichhorn, deutsche Staats- und Rechtsgeschichte Thl. IV. §. 547.

von der Besteuerung die Rede war, auf das Herkommen beschränkte, und die noch nicht allgemein verbreitete gelehrte Bildung, welche, um dem Fürsten in innern und auswärtigen Angelegenheiten rathen zu können, damals mehr wie je erforderlich schien, die Landstände von der Berathung um so mehr ausschloß, als man bei der weitem Verbreitung und der Befestigung des römischen Rechts bemüht war, alle Verhältnisse nach diesem zu beurtheilen, und, um die dadurch herbeigeführten Schwierigkeiten zu heben, eine zahlreiche Staatsdienerschaft sich zu bilden anfang, so wurden die Landstände in den meisten Ländern allmählich bloße Steuerbehörden, deren gesetzliche Unabhängigkeit von den Fürsten, durch sorgfältige Schonung der Privilegien, der einzelnen Curien, ja durch eine dem Geiste des Instituts und der fortschreitenden Ausbildung der Staatsverfassung direkt widerstrebende weitere Ausdehnung jener Privilegien, leicht umgangen und den Staatsbehörden unschädlich gemacht werden konnte; wie denn der Einfluß und das Beispiel der französischen Politik zur Zeit Ludwigs XIV., der alle Beschränkungen der Regierung aufzuheben wußte, dem Streben der Fürsten, die ständische Verfassung ganz zu unterdrücken, wenn sie dazu hinreichende Selbstständigkeit und Kraft besaßen, förderlich war.

Es konnte nicht fehlen, daß alle diese Umstände auch auf die Braunschweigischen Landstände Einfluß äußerten; aber mehrere Thatfachen vereinigten sich, um das Institut hier nicht allein zu erhalten, sondern selbst in vieler Hinsicht demselben eine zeitgemäße Ausbildung zu verschaffen. Während des dreißigjährigen Krieges war im Jahre 1634 mit Herzog Friedrich Ulrich das mittlere Braunschweig-Wolfenbüttelsche Haus ausgestorben. Ihm succedirte der Herzog August von Dannenberg, der Gründer des jüngern Hauses und Stammvater des jetzt regierenden Herrn Herzogs Durchlaucht, nicht ohne vorgängige Streitigkeiten mit der Cellischen Linie *). Diese Streitigkeiten und die Kriegsunruhen in

*) Herzog August, dem sein älterer Bruder Julius Ernst seine An-

Deutschland machten es nöthig, daß der Herzog eine Stütze in den Unterthanen suchte, und dabei so wenig die landständischen Corporationen verletzen, wie durch übermäßige Begünstigung der Privilegien derselben, Verstoße gegen die übrigen Untergebenen sich erlauben durfte. Der große Aufwand, welchen seine Söhne Rudolph August und Anton Ulrich machten, sicherte bei Bestreitung deren Bedürfnisse den Landständen ihren Einfluß, die auch dringend zur Thätigkeit aufgefordert wurden, als im Jahre 1710 Herzog Anton Ulrich zur katholischen Religion übertrat *). Unter diesen Herzogen wurde die Corporation des Ritterstandes dadurch sehr vermehrt, daß vielen Gütern mittelst eines Privilegii die Rittergutseigenschaft beigelegt wurde. Da dieß aber frühern vertragmäßigen Bestimmungen entgegen war, so ließen auf dem Landtage von 1702 die Landstände sich das Ver-

sprüche auf die Succession in dem Herzogthume Wolfenbüttel eben so abgetreten hatte, wie beider Vater, Herzog Heinrich, seinem jüngern Bruder, dem Herzoge Wilhelm, mit geringem Vorbehalte die Succession in den Lüneburg-Gellschen Landen gestattete, stützt sich auf das pactum Henrico-Wilhelmianum, um darzuthun, daß in die Wolfenbüttelschen Lande nur einer succediren könne, eine Theilung nicht vorgenommen werden dürfe, und in Folge der Entfagung seines ältern Bruders er, als der zur ältern Linie gehörige, der Berechtigte sei. Da aber nach dem Tode Herzogs Erich des Jüngern von Kalenberg († 1584) die Besitzungen dieser Linie mit den Wolfenbüttelschen Landen vereinigt waren, und auf jene Landestheile sich das im Jahre 1535 geschlossene pactum Henrico-Wilhelmianum nicht beziehen konnte, so kam man überein, daß zwei Haupttheile gemacht, und das Kalenbergische an die Gellsche Linie fallen, Herzog August aber nur in das Fürstenthum Wolfenbüttel succediren solle. Die Harburgsche Nebenlinie, welche unbeerbt war und im Jahre 1642 ausstarb, erhielt die Grafschaften Hoya und Blankenburg. Die Stadt Braunschweig, die Universität Helmstedt und der Harz blieben einstweilen ungetheilt. Der unter Zugiehung der Wolfenbüttelschen und Kalenbergischen Landschaft am 14ten December 1635 aufgerichtete Haupt-Erbtheilungs-recess findet sich in Rehtmeyers Chronik S. 1400. ff.

*) Vid. Erath conspectus hist. brunsv. luncb. Tab. 53. Rehtmeyers Chronik S. 1560.

sprechen ertheilen, daß die Cataster unverlezt erhalten werden sollten. Im Jahre 1710 faßten die Stände ihre Privilegien zusammen und erwirkten deren Bestätigung durch Herzog Anton Ulrich, so wie auch im Jahre 1716 dessen Sohn August Wilhelm dieselben confirmirte, wenn gleich mit dem Eintritt der Bevernschen Linie im Jahre 1735 die Gültigkeit jener Privilegien von den Herzogen in Zweifel gezogen wurde. Der große Aufwand des Hofes, unter der langen Regierungsperiode des Herzogs Karl, und die Bedrängnisse des siebenjährigen Krieges stürzten aber das Land in große Schulden, und machten die Zusammenberufung der während des Anfangs dieser Regierung nicht sehr thätigen Landschaft erforderlich, wodurch der wichtige Landtagsabschied von 1770 mit den demselben angehängten Privilegien herbeigeführt wurde, aus welchen letztern unsere Landschaftsordnung hauptsächlich hervorgegangen ist, und die in den neuern Zeiten dadurch ein um so allgemeineres Interesse erlangten, daß, zur Umgehung der nur wegen ihrer Entstehung unter der vormundschaftlichen Regierung verhaßten Landschaftsordnung von 1820, die Anerkennung dieser Privilegien den Ständen offerirt wurde, mit dem auffallenden Erbieten, bei einer zeitgemäßen Reform jener Privilegien den Ständen viel mehr zugestehen zu wollen, als ihnen in der Landschaftsordnung von 1820 zugestanden sei. Die Bedrängnisse des Hofes, zur Zeit der Entstehung jener Privilegien, sind in der ganz in ihrer frühern Bedeutung hervortretenden Thätigkeit der Stände sehr sichtbar. Zwar werden sie bei ihrer Mitwirkung an der Gesetzgebung, so wichtige privatrechtliche Verhältnisse auch auf dem Landtage zur Entscheidung kamen, ausdrücklich in der Eigenschaft als geborne und fortwährende Rathgeber genannt; doch hielt man wohl die Anerkennung dieser Eigenschaft schon für hinreichend, weil frühere Landtagsabschiede, zum Theil mit Bezugnahme auf den veränderten Stand der öffentlichen Angelegenheiten, der Mitwirkung der Stände an denselben nur unbestimmt gedachten, und daneben die neuen Privilegien die ausdrückliche Bestimmung

enthielten, daß wenn über den eigentlichen Sinn der Landtagsabschiede, in welchen so viele privatrechtliche Verhältnisse theils direct, theils beziehungsweise festgestellt waren, Irrungen entstehen würden, niemals eine einseitige Interpretation Statt finden solle, da die Landtagsabschiede eine gegenseitige Verpflichtung enthielten. Ueberdies aber wurde den Ständen die Befugniß ertheilt, Vorschläge zur Aufstellung neuer Gesetze zu machen, und diese Befugniß durch das Recht, sich zur Berathschlagung der Landesnothdurft selbst zusammen zu beschreiben, besonders unterstützt.

In Steuersachen enthielten die Privilegien ebenfalls sehr wichtige Bestimmungen. Nachdem der Landtagsabschied von 1682, mit Verweisung auf die fortdauernden Kriegslasten, den wichtigen Gegenstand sehr oberflächlich behandelt hatte, gab der vom Jahre 1702, gewiß nicht ohne Berücksichtigung der obgedachten Reichsgesetze, nach welchen die Reichsstände bei Erhebung der hergebrachten Steuern gegen ihre Unterthanen geschützt werden, den Ständen nur das Recht, daß sie bei Einführung neuer Steuern und deren Veranlagung concurriren sollten. In den Privilegien von 1770 wurde aber ausdrücklich festgesetzt, daß außer den Reichs-, Kreis- und Prinzessinnen-Steuern und demjenigen, was zur nothwendigen Vertheidigung des Vaterlandes gehöre, die Stände zu keinen andern Steuern verpflichtet seien, wegen aller übrigen Steuern aber zuvor auf den Landtagen deliberirt werden, und ohne der Stände Vorwissen und Verwilligung keine Steuer ausgeschrieben werden solle. Wegen der Vertheilung aller Steuern wurde zwar nur bestimmt, daß wenn dieserhalb eine Aenderung oder ein ungewöhnlicher Vorschlag gemacht werden würde, mit gesammten Ständen darüber gehandelt und geschlossen werden solle; aber eines Theils gab man vielleicht viel darauf, daß den Ständen oder einer Curie derselben frei stand, selbst einen Antrag auf Veränderung des Steuerfußes zu machen, andern Theils lag auch wohl in dem Uebergewichte der ritterschaftlichen Curie, die bei den bestehenden Steuern so vortheilhaft veranlagt war, der Grund, war:

um man Aenderungen des Systems möglichst zu vermeiden suchte, und deshalb das unbedingte Recht, auch bei den nothwendigen Steuern auf jedem Landtage die Art der Vertheilung derselben zu untersuchen, gar nicht verlangte.

Dieser Kastengeist zeigt sich bei den besondern Verhältnissen, welche den Landständen ihren Einfluß sicherten, sehr deutlich, da keine Curie es unterließ, die Bedrängnisse der Regierung auch zur Bestätigung ihrer alten und zur Verleihung neuer Privilegien zu benutzen, so daß denn auch, ungeachtet das Landesrepräsentationsrecht der sämmtlichen Stände nicht nur indirect auf mannigfache Weise anerkannt wurde, sondern auch dessen Ausübung in gar mancher Hinsicht sich zeigt, den obermähnten Privilegien noch Privilegien für jede besondere Curie angehängt wurden.

So waren die Verhältnisse, als durch die Errichtung des Königreichs Westphalen die landständischen Corporationen aufgehoben wurden. Da aber nach der Wiederherstellung des Herzogthums die deutsche Bundesacte im Art. 13 bestimmte, daß alle deutsche Bundesstaaten landständische Verfassungen haben sollten, wurde unter der vormundtschaftlichen Regierung Georgs IV. auch an Wiederherstellung der Braunschweigischen Stände gedacht, und auf den 15 Oct. 1819 wurden die alten Landstände des Herzogthums Braunschweig und des Fürstenthums Blankenburg, welches seit dem Regierungsantritt des Herzogs Ludwig Rudolph im Jahre 1731 zwar mit den Braunschweigischen Landen vereinigt war, aber neben einer getrennten Verwaltung auch seine besondern Landstände gehabt hatte *), zusammenberufen, einer von densel-

*) Die Grafschaft Blankenburg, welche nach dem Aussterben der Grafen von Reinstein-Blankenburg, als eröffnetes Lehn, im Jahre 1599 von Herzog Heinrich Julius in Besiß genommen war, kam bei der oben S. 31. erwähnten dritten Theilung des Herzogthums Braunschweig-Lüneburg mit der Grafschaft Hoya an die Harburgsche Nebenlinie, und bei deren Aussterben im Jahre 1642 an die Wolfenbüttelsche Linie. Herzog Anton Ulrich gab die Grafschaft seinem jüngern Sohne Ludwig Rudolph, unter dessen Herrschaft sie

ben gewählten Deputation der Entwurf einer neuen Landschaftsordnung vorgelegt, und diese nach vorgängiger Berathung im Januar 1820 angenommen und im März desselben Jahrs von dem Regenten confirmirt *).

Diese historische Darlegung der Verhältnisse, unter welchen sich unsere landständische Verfassung gebildet hat, kann nun aber, obwohl sie zur richtigen Würdigung des Charakters der Verfassung nothwendig war, begreiflicher Weise nicht den Zweck haben, das Institut für etwas ganz Vortreffliches und Unverbesserliches zu erklären, von dem man, eben seiner geschichtlichen Grundlagen wegen, nicht abweichen dürfe, und das man als ein unverletzliches Heiligthum betrachten müsse: vielmehr müssen wir dahin streben, die nur zu sehr als nothwendig gefühlten Reformen im Geist der Fortbildung eines die heiligsten Interessen berührenden Instituts vorzunehmen. Eben deshalb können wir auch nur dann den Charakter des Instituts gehörig würdigen, und beurtheilen, wie bei den vorzunehmenden Reformen, unter Berücksichtigung des geschichtlichen Rechts, in gleicher Maaße nicht gegen die Vernunft verstoßen wird, wenn wir uns zugleich bemühen,

II.

die Hauptprincipien des natürlichen Staatsrechts und der Staatskunst aufzusuchen.

In dieser Beziehung müssen wir denn vor allen Dingen es nicht übersehen, daß die Politik — im weitesten Sinn eund mit Einschluß des natürlichen Staats- und Völkerrechts (Staatslehre) — eine Erfahrungswissenschaft ist. So

im Jahre 1707 vom Kaiser Joseph I. zum Fürstenthum erhoben wurde. Als Herzog Ludwig Rudolph im Jahre 1731 seinem Bruder August Wilhelm succedirte, fand ihre Wiedervereinigung mit den Wolfenbüttelschen Landen, jedoch unter einer getrennten Regierung, Statt.

*) Der den Ständen vorgelegte Entwurf und die Verhandlungen über denselben finden sich in v. Strombeck's staatswissenschaftlichen Mittheilungen, Heft I. Abth. 2.

wie man aber in den Naturwissenschaften längst von der verderblichen Verfahrungsweise zurückgekommen ist, an die Spitze eines Systems einen Verstandesbegriff zu stellen, um auf denselben das System zu stützen, sondern, von Beobachtungen ausgehend, die Resultate derselben zu vereinigen bemüht ist, so hat man auf gleiche Weise auch in der Staatswissenschaft sich zu hüten, durch einen in der Regel einseitigen Grundbegriff das System bestimmen zu lassen. Die Staaten sind unbestreitbare Thatfachen; daß sich überall, wo Menschen leben, Staaten mit mehr oder minder vollkommener Verfassung — dies Wort nicht in dem beschränkten Sinne, wo es eine geschriebene Constitution bezeichnet, genommen — bilden, zeigt, daß wir ihren Grund in der menschlichen Natur suchen müssen; wir finden ihn in dem natürlichen Streben des Menschen nach Vervollkommenung — das sich anfangs in Erweiterung seiner materiellen Genüsse zeigt, wenn diese aber bis zu einem gewissen Grade erreicht ist, auf die erwachten geistigen Bedürfnisse sich wendet — und in dem Unvermögen des Menschen, den Hindernissen, welche sich seiner Vervollkommenung entgegenstellen, selbstständig zu widerstehen, woraus der dem Menschen so tief eingeprägte gesellige Trieb hervorgeht. Beförderung des materiellen Wohlstandes und der geistigen Fortbildung, mit Hülfe vollkommener Rechtssicherheit, ist daher der Zweck des Staats, dessen Begriff nur hiernach bestimmt werden kann, so wie denn auch die Principien der Staatskunst sich nach diesem Staatszwecke richten müssen.

Wenn aber die durch Erfahrung dargethane Verschiedenheit menschlicher Ansichten nach der Natur einer Vereinigung es verlangt, daß im Staate an die Stelle des Willens der Einzelnen ein Gesamtwille trete, wenn dieser Gesamtwille eines Organs bedarf, um sich zu äußern, so kann ein Staat weder ohne Gesetze, noch ohne Oberhaupt bestehen. Der Wille der Einzelnen bestimmt sich theils durch selbstständig erweckte Ueberzeugung, theils durch fremde Einwirkung; eben so hat auch auf die Entstehung der Gesetze und Staatsverträge, durch welche sich der Gesamtwille ausspricht,

neben dem ewigen unwandelbaren Rechte, welches wir unserer Unvollkommenheit wegen überdies aus verschiedenen Gesichtspunkten betrachten, auch die Gewalt dergestalt Einfluß, daß wir die Moral und die physische Stärke als die leitenden Motive aller politischen Erzeugnisse betrachten müssen, da auch das vollkommenste Recht, wenn ihm ein unverhältnißmäßiges Uebergewicht entgegensteht, nur durch freiwillige gegnerische Anerkennung sich zu behaupten vermag. Freilich lehrt die Erfahrung, daß in der Politik das dem Menschen tief eingeprägte und nur eine bestimmte Richtung des moralischen Gefühls zeigende Rechtsgefühl nicht ungestraft unbeachtet bleibt, und daß zur Bewahrung des Uebergewichts eine freiwillige Anerkennung gegnerischer, auf dieses Rechtsgefühl sich gründender Ansprüche, auch wenn sie für jetzt noch unterdrückt werden könnten, oft nothwendig wird; es tritt also ein drittes Motiv, das Interesse, hinzu; doch nähert sich dieß einem der beiden andern, je nachdem die Anerkennung der Ansprüche mehr erzwungen ist oder freiwillig Statt gefunden hat. Diese Rücksichten treten aber in gleicher Maaße bei der Bestimmung der Rechtsverhältnisse der einzelnen Staaten gegen einander in einem Staatensystem, und bei der Ausgleichung der Gewalten im innern Staatsleben ein, ohne welche an eine Stabilität des Staats nicht zu denken ist.

Hat auf diesem Wege, durch erzwungene oder freiwillige Anerkennung gegenseitiger Rechte, eine Feststellung des Gemeinwillens Statt gefunden, ist also ein förmliches Recht entstanden, so mag man immerhin die Verhältnisse in einem Staate mit einer in anerkannter Wirksamkeit bestehenden Verfassung nach den Grundsätzen von Verträgen beurtheilen, wobei es denn an sich gleichgültig sein würde, ob die in einer Person vereinigte Staatsgewalt für sich allein, oder mit Zuziehung anderer, von dem Staatsoberhaupte oder durch das Volk gewählter Individuen die Feststellung vorgenommen hat, da in jedem Falle bei der Unmöglichkeit, mit Bestimmtheit anzugeben, was zum absoluten Rechte gehört, und

der daraus hervorgehenden Nothwendigkeit, sich darüber zu verständigen, die freiwillige oder erzwungene Anerkennung der auf die angegebene Weise aufgestellten Grundsätze durch das Volk bis dahin für stillschweigende Uebereinkunft gelten muß, daß der entgegenstehende Wille seiner Seits freiwillige Anerkennung von Seiten der herrschenden Staatsgewalt bewirkt, oder sich durch eigne Stärke behauptet hat. Dagegen paßt auf die Entstehung der Staaten überhaupt so wenig, wie auf die Entstehung der Verfassungen, der Begriff eines Vertrags, in seiner juristischen Bedeutung; und durch Aufstellung dieses Begriffs als Grundprincip der Staatslehre — eine Ansicht, welche, in neuerer Zeit vielfach modificirt, so großes Glück gemacht hat — begeht man in eben der Maaße den Fehler, einen einseitigen Verstandesbegriff an die Spitze des Systems zu setzen, wie durch Aufstellung des unhaltbaren Begriffs der Volkssouverainetät *). Während aber alles

*) Ungeachtet es mir nicht gestattet ist, hier eine vollständige Darlegung eines staatsrechtlichen Systems zu geben, so hoffe ich doch auch bei diesen wenigen Andeutungen nicht mißverstanden zu werden. Wo die richterliche Thätigkeit, sei es durch Entscheidung von Rechtsstreiten, oder mittelbar durch Aufstellung von Gutachten, oder beiläufig bei Erlassung administrativer Verfügungen sich äußert, wo also nur förmliches, geschriebenes oder ungeschriebenes Recht anzuwenden ist, halte ich bei allen staats- und völkerrechtlichen Verhältnissen die Idee des ausdrücklichen oder stillschweigenden Vertrags für die natürlichste; wo aber legislative Thätigkeit eintreten muß, scheint mir die Vertragsidee einseitig. Denn im ersten Falle betrachtet man das förmliche Recht nur so, wie es ist, und weil es einmal so und nicht anders ist; eine geschichtliche Erörterung kann dabei nur die wesentlichen Eigenthümlichkeiten des Bestehenden um so einleuchtender machen; im zweiten Falle aber ist, neben der Berücksichtigung der veränderten Sitten, Gebräuche und Bedürfnisse, die Geschichte des Instituts deshalb von Wichtigkeit, weil man die Fortbildung des letztern aus dem stufenweise Statt gehabten Fortschreiten desselben zu entwickeln hat. Es erhalten also hierbei, neben dem bestehenden formellen Recht und der Art, wie es entstanden, auch die Motive der Entstehung ganz besondere Bedeutung.

Streben einer jeden Regierung, in welcher Form sie auch erscheint, ihrer Natur nach nur dahin gehen kann, das Organ des Gesamtwillens zu werden, der Gesamtwille aber wiederum nur die möglichste Ausgleichung aller Ansprüche und Interessen

Wenn dagegen Jürgens: Ueber die Nothwendigkeit durchgreifender Reformen bei der gegenwärtigen Lage Deutschlands, in der als Einleitung dienenden Beleuchtung der Schrift des Herrn v. Strombeck: Was ist Rechts, wenn die oberste Staatsgewalt dem Zwecke des Staatsverbandes entgegenhandelt? hinsichtlich der Vertragsidee zwischen der Entstehung des Staats und der Entstehung der Verfassung unterscheidet, so ist dieß wohl nicht richtig; ein Staat ohne Verfassung ist ein Widerspruch, und mit der Entstehung des Staats entsteht auch seine Verfassung. Läßt es sich dagegen nicht verkennen, daß die Vertragsidee unter Umständen nothwendig und natürlich, in anderer Rücksicht geschichtswidrig und verderblich ist, so scheint die Unterscheidung nur auf die oben erwähnte Weise Statt finden zu können. In Bezug auf das Verhältniß des Fürsten zum Volke möchte aber vollends die Vertragsidee, aus welcher Herr v. Strombeck ableitet, daß der Fürst oberster Staatsbeamter sei, der auch von ihm vertheidigten Unverletzlichkeit des Fürsten geradezu widerstreiten, was man in der That aus ernstlicher Ueberzeugung behaupten darf, ohne in den Geruch der Furchtsamkeit zu kommen (vergl. v. Strombeck a. a. D. S. 15.), und die Beantwortung der Frage, welche die Veranlassung zu der Schrift des Herrn v. Strombeck gegeben hat, sehr einfach dahin ausfallen können, daß, sobald das Volk die Kraft hat, den Fürsten, welcher dem Zwecke des Staatsverbandes entgegenhandelt, sei es durch moralische oder physische Gewalt zu zwingen, entweder seine Handlungsweise zu ändern, oder von der Leitung der Staatsgeschäfte abzustehen, man dem Volke, den als das Resultat des Gesamtwillens erscheinenden Widerstand niemals wird streitig machen können, während im entgegengesetzten Falle angenommen werden muß, daß dem Staatsoberhaupte selbst Eingriffe in das formelle Recht vom Volke, welches den etwaigen Widerstand Einzelner desavouirt, mindestens bedingter Weise verziehen sind. Von der Größe der Rechtsverletzung durch das Staatsoberhaupt, von dem Interesse, der Bildungsstufe und dem Gewissen der Einzelnen wird es abhängig sein, zu welcher Zeit der offene Widerstand als das Resultat des Gesamtwillens hervortreten kann, und hiermit die Schwierigkeit der Bestimmung, wann der Widerstand gerechtfertigt

zum Ziele nehmen darf, so muß durch Zuziehung der Volksrepräsentanten, wo die Bildungsstufe des Volks dieß gestattet, bei Aufstellung einer Verfassung sowohl, wie bei deren Fortbildung und Ausführung, dahin gestrebt werden, die Feststellung des Gesamtwillens und die Vollziehung der aufgestellten Grundsätze zu sichern. Die Bildungsstufe des Volks ist dabei aber sehr wesentlich; denn da die geistigen Bedürfnisse sich erst bei Steigerung der Cultur regen, die Theilnahme des Volks an den öffentlichen Angelegenheiten, die allein durch die Repräsentation bezweckt wird, aber unstreitig zu den geistigen Bedürfnissen gehört, welche dort wegfallen, wo jeder nur das ihm zunächst liegende materielle Bedürfnis berücksichtigt, so würde bei einem rohen Volk das Institut der Nationalrepräsentation nicht als Resultat des Gesamtwillens erscheinen. Wo aber das Bedürfnis der Theilnahme an den öffentlichen Angelegenheiten erwacht ist, ist auch die Volksrepräsentation nothwendig, weil, wenn auch selbst ein unumschränkter Herrscher als Organ des Gesamtwillens erscheint, nur durch Zuziehung von erwählten Volksgliedern einseitigen Richtungen bei Feststellung des Gesamtwillens vorgebeugt werden kann; so wie denn auch nur in Staaten mit einer repräsentativen Verfassung die Gesinnungen der einzelnen Staatsbürger in ihren Hauptzügen mit Bestimmtheit erkannt werden können, was bei gesteigerter Theilnahme an öffentlichen Angelegenheiten durchaus erforderlich ist. Dem ganzen Institute wird aber nur dann Sta-

tigt erscheint, wegfallen, indem, ohne directen Einfluß auf das, was geschehen wird, das Urtheil hierüber den Ansichten und dem Gewissen eines Jeden überlassen bleiben muß, ohne daß dabei an Aufstellung formeller Rechtsnormen gedacht werden kann. Die Lehre von der Unterdrückung eines Aufstandes durch eine fremde, dem Staate nicht angehörige Macht, gehört aber nicht mehr dem natürlichen Staats-, sondern dem Völkerrechte an. — Scheint übrigens diese Argumentation auch das Resultat des größten Empirismus zu sein, so ist doch nicht zu übersehen, daß aller Rationalismus und Spiritualismus die Dinge nicht anders macht, wie sie einmal sind.

bilität gegeben werden können, wenn klare Ansichten von der Bedeutung einer Repräsentation und von der in allen Repräsentativstaaten hervortretenden Opposition gegen das Ministerium im Volke verbreitet sind; denn nur dann kann möglichen nachtheiligen Folgen der Opposition vorgebeugt werden. Unter dieser Bedingung aber ist es gewiß eine sehr falsche Meinung, daß ein constitutioneller Fürst weniger Gewalt besitze, als ein s. g. unumschränkter, der den Verhältnissen gleichfalls untergeordnet bleibt, sie nur nicht so deutlich zu erkennen vermag, wie der constitutionelle, dessen Gewalt im innern Volksleben Wurzel schlägt.

Mag dann auch eine, als das Product des Gesamtwillens erscheinende Verfassung, welche den Keim steter Fortbildung in sich tragen muß, die Bedingungen enthalten, unter welchen eine Aenderung der ursprünglichen Bestimmungen vorgenommen werden darf; auch dieß kann nur als Mittel erscheinen, um dem sich stets entwickelnden Gesamtwillen treu zu bleiben.

Denn zur Erzeugung der auf die Bildung aller staatsrechtlichen Verhältnisse so einflußreichen physischen Stärke ist seit der letzten Hälfte des vorigen Jahrhunderts die öffentliche Meinung besonders wirksam gewesen *). So natürlich ihre Entstehung ist, so strafwürdig ist der Versuch ihrer Unterdrückung; so wenig die Unterdrückung möglich ist, so nothwendig ist für die Regierungen ihre Leitung, damit sie nicht auf Abwege gerathe und dem Staate verderblich werde; so heilsam endlich ihre Entwicklung ist, so erforderlich ist es, sie der Moral und dem Rechtsgeföhle zu unterwerfen, und sie hiernach zu bilden, damit nicht, durch die Auffassung eines leeren Wahns, mit dem Staate Moral und Recht zugleich zu Grunde gehe.

*) In einem andern Sinne könnte man die öffentliche Meinung eine moralische Kraft nennen. So nothwendig es aber ist, sie der Moral zu unterwerfen, so ist sie es noch nicht durch sich selbst, weshalb sie eine richtigere Stellung im Systeme als Erzeugerin der physischen Stärke einnimmt.

Die Wirksamkeit und Kraft eines Staats in seinen innern Verhältnissen sowohl, wie in seiner Beziehung zu andern Staaten hängt, wie dieß ja die denkwürdigen Befreiungskriege am Besten bewiesen haben, vorzüglich von allgemeiner Theilnahme am öffentlichen Wohle und dem Vertrauen zu der obersten Staatsgewalt ab; jene Theilnahme zu erzeugen, sie möglich zu machen, ist die heiligste Pflicht der Regierung, dieses Vertrauen zu befestigen ist so durchaus nothwendig, daß bald ohne dasselbe eine Regierung sich gar nicht wird behaupten können, da ein der öffentlichen Meinung entgegengestellter Damm nur den unregelmäßigen Austritt derselben, oder gar eine durch einen Durchbruch herbeigeführte allgemeine Zerstörung bewirken kann.

Neben den geschichtlichen Grundlagen kann daher bei Fortbildung einer Verfassung gewiß auch die öffentliche Meinung nicht genug beachtet werden, aber nicht eine durch exaltirten Liberalismus *), durch leeres Geschwätz von Ehrgeizigen, die in dem vorgeblichen Streben nach Gleichheit Niemanden es zugestehen wollen, durch Geburt, Rang oder andere Vorzüge über ihnen zu stehen, und nicht des Staates Wohl, sondern nur den eignen Glanz durch Zerstörung der ihnen vermeintlich entgegenstehenden Hindernisse an Erreichung von Würden und Aemtern bezwecken, durch das Geschrei der Thoren, die die Freiheit nur in Ungebundenheit suchen, irregeleitete öffentliche Meinung; sondern eine durch ruhige Ueberlegung, durch klare Ansichten von den Bedürfnissen zur Begründung wahrer Freiheit geregelte und geläuterte, die sich nur die Erreichung des Staatszwecks zum Ziele setzt, und um zu diesem Ziele zu gelangen persönliches Verdienst gegen zeitwidrige Anmaßung in Schutz nimmt.

Wenden wir uns nun

*) Man hüte sich doch vor diesem Feuer ohne Wärme. Jedes Ding hat seine liberale und seine illiberale Seite, und wo viel Licht ist, ist viel Schatten. Der Mittelweg ist auch hier in der Regel der rechte.

III.

zur Beurtheilung der Landschaftsordnung, aus welcher der gegenwärtige Charakter des landständischen Instituts entnommen werden muß, so dürfen wir es nicht übersehen, daß dieselbe, ihrer Entstehung nach, eine Verfassungs-urkunde weder ist, noch sein sollte, wenn sie gleich ein Landesgrundgesetz bildet. Daraus ergibt sich von selbst, daß von der Stellung des Staatsoberhauptes, mit Ausnahme der aus den früheren Landtagsabschieden in sie übergegangenen Bestätigung der Primogenitur- und Untheilbarkeitsverträge, und dem, was die Bestimmung der ständischen Befugnisse nothwendig mit sich bringt, wenig darin die Rede sein kann.

In dieser Beziehung ist indeß das Schreiben des Grafen Münster, welches derselbe im August 1819, vom Karlsbader Congresse aus, an das herzogliche Geheimerathscollegium, als Antwort auf das ihm über sandte Project zur Landschaftsordnung richtete, nicht unwichtig *). Es wird darin, mit Hinweisung auf den angeblichen Unterschied zwischen deutschen Landständen und den vom Auslande erborgten repräsentativen Verfassungen, so wie auf die im November desselben Jahres zu Wien zu eröffnenden Ministerialconferenzen, in welchen der so kurz gefasste, die ständische Verfassung der deutschen Bundesstaaten betreffende 13. Artikel der Bundesacte eine gesetzliche Auslegung erhalten sollte, bemerkt gemacht, daß eines Theils die Beschlüsse des Bundes in Bundesangelegenheiten die höchste Autorität in Deutschland bildeten, andern Theils vermöge der Bundesacte der Landes Herr souverainer Fürst sei, und daß diese Punkte bei Aufstellung der Landschaftsordnung besonders berücksichtigt werden müßten. Nachdem zuerst in dem westphälischen Friedensschlusse von den Souverainetätsrechten der deutschen

*) Dieses Schreiben macht es zugleich unwahrscheinlich, daß der Graf von Münster Verfasser des Entwurfs ist, wie Hr. v. Strombeck in den staatswissenschaftlichen Mittheilungen, Heft 1. S. 59., meint.

Reichsstände die Rede war — Rechte, die seit jenem Frieden augenscheinlich immer mehr erweitert wurden — durch Aufhebung des Lehnverbandes aber, in welchem die Fürsten zu dem deutschen Reiche standen, ihre Unabhängigkeit scheinbar noch einen bedeutenden Zuwachs erhielt, wurde die deutsche Bundesacte zwischen den souverainen Fürsten und den freien Städten Deutschlands abgeschlossen. Da es sich indes nicht verkennen ließ, daß theils die geringe physische Kraft der ihnen untergebenen Völker, theils die gegeneinander eingegangenen Verpflichtungen vorzüglich die kleineren Fürsten Deutschlands in einer sehr bedeutenden Abhängigkeit fortwährend erhielt, so konnte es nicht fehlen, daß man jenen für sie scheinbar erworbenen Zuwachs an Machtvollkommenheit um so mehr auf die Stellung zu ihren Unterthanen bezog, als sie in Erfüllung ihrer gegenseitigen Verpflichtungen durch Theilnahme des Volks an öffentlichen Angelegenheiten leicht gehindert werden konnten. Die durch die ebenerwähnten Ministerialconferenzen herbeigeführte Wiener Schlußacte vom Jahre 1820 bestimmt daher, zur Erklärung des 13. Artikels der Bundesacte, daß, da der deutsche Bund, mit Ausnahme der freien Städte, aus souverainen Fürsten bestehe, dem hierdurch gegebenen Grundbegriff zufolge die gesammte Staatsgewalt in dem Oberhaupte des Staats vereinigt bleiben müsse, und der Souverain durch eine landständische Verfassung nur in der Ausübung bestimmter Rechte an die Mitwirkung der Stände gebunden werden könne.

Kein Begriff des Staats- und Völkerrechts ist aber wohl seit seiner Entstehung so vielfach gemisdeutet, als der Begriff der Souverainetät. Während wir auf der einen Seite zuerst in Frankreich, in der monarchischen Constitution von 1791, den Begriff der Volkssouverainetät an die Spitze gestellt sehn, darauf aber in jenem Lande diesen Begriff in der demokratischen Constitution von 1793 und in der darauf folgenden Directorialverfassung vollständig ausgebildet finden, sahen wir auf der andern Seite, in unserm Jahrzehend, Fürsten des dritten und vierten Ranges, mit Berücksichtigung jener

bundesgesetzlichen Bestimmung, sich das Prädicat »souverain« beilegen, um dadurch nicht sowohl einen Zustand der Unabhängigkeit, als vielmehr völliger Ungebundenheit zu bezeichnen. Nur den Zeitereignissen können wir es danken, daß die deutschen Völker Kraft gewannen, einer solchen Mißdeutung jenes Ausdrucks mit Muth und Stärke zu begegnen.

Verstehen wir aber unter Souverainetät eine selbstständige Unabhängigkeit, so können wir sie zwar in Beziehung auf auswärtige Verhältnisse keinem, aus Regenten und Regierten bestehenden Volke absprechen, welches zu andern Völkern nicht in einer solchen Verbindung steht, daß die Bundesbestimmungen zu Landesgrundgesetzen werden, oder die Bundesbeschlüsse, ohne Rücksicht auf die Ansicht der herrschenden Gewalt in den einzelnen Staaten, für letztere verbindende Kraft haben; in Beziehung auf innere Angelegenheiten stehen aber in constitutionellen Monarchien die als Ausfluß der Souverainetät erscheinenden einzelnen Souverainetätsrechte theilweise dem Staatsoberhaupt, theilweise den Volksrepräsentanten Namens der Nation zu. In wie weit hiernach den einzelnen deutschen Bundesstaaten Souverainetätsrechte beigelegt werden können, ergibt sich von selbst; da aber, nach der Entstehung der deutschen Staaten, durch hergebrachte Rechte der Unterthanen, die Fürsten derselben in der Regierungsgewalt beschränkt sind, und diese Beschränkungen, nach der Forderung der Zeit, in den Bundesgesetzen nicht allein beibehalten wurden, sondern deren zeitgemäße Fortbildung sogar verfügt ist, möchte allerdings die Bedeutung der den deutschen Fürsten in den Bundesgesetzen beigelegten Souverainetät problematisch sein. Es ist dabei in der erklärenden Bestimmung der Wiener Schlußacte entweder zu viel oder gar nichts gesagt, wenn verlangt wird, daß die gesamte Staatsgewalt in dem Oberhaupte des Staates vereinigt bleiben müsse, und der Souverain durch eine landständische Verfassung nur in der Ausübung bestimmter Rechte an die Mitwirkung der Stände gebunden werden könne, da

zur Staatsgewalt unstreitig auch die Besteuerung der Unterthanen gehört, und wenn diese von der Mitwirkung der Stände abhängig gemacht werden kann, nach jener bundesgesetzlichen Bestimmung keine Gränze für diese Mitwirkung zu finden sein würde, insofern nur die Verfassungsurkunde die Gegenstände der Theilnahme bestimmt bezeichnet. Es enthalten mithin die Bundesgesetze um so weniger ein Hinderniß für eine auf geschichtlichen Grundlagen beruhende, im Geiste der repräsentativen Verfassung unternommene Fortbildung der Institutionen der einzelnen Staaten, als der häufig aufgestellte Gegensatz zwischen ständischer und repräsentativer Verfassung, nach den Resultaten unsrer historischen Darlegung, sich als geschichtswidrig darstellt. Auch den Ständen der einzelnen deutschen Reichsländer stand ein vollständiges Landesrepräsentationsrecht zu, und wenn die Curieeintheilung in ihrer Fortbildung und durch die Ereignisse, welche die ständische Thätigkeit herbeiführte, Privilegien erzeugte und eben dadurch der Ausübung jenes Repräsentationsrechts hinderlich wurde, so mochte dieser Mangel einen sehr tief liegenden Grund haben — es blieb immer ein zum Wesen des Instituts nicht nothwendig gehöriger, und nirgends hat es jemals den Ständen gesetzlich zugestanden, ihren Vortheil auf Kosten der übrigen, nicht vertretenen Stände zu befördern *). Dagegen läßt es sich aber allerdings nicht läugnen, daß, außer manchen andern in Territorialverhältnissen liegenden Hindernissen, die Natur der den einzelnen Bundesstaaten gegen die übrigen obliegenden Verpflichtungen einer vollständigen Ausbildung des constitutio-

*) Man wende mir dagegen auch nicht ein, daß nach der gelieferten Darlegung der staatsrechtlichen Principien das factische Bestehen jener Mängel dieselben als Resultat des Gesamtwillens erscheinen ließe. Was wir für Mängel erkennen, können wir, vorzüglich wenn von Fortbildung des Instituts die Rede ist, nicht als Resultat des Gesamtwillens betrachten, wenn wir nicht der Vertragstheorie einen unpassenden Einfluß einräumen wollen, da der Gesamtwille vernünftiger Weise keine Mängel sanctioniren kann.

nellen Systems um so mehr hinderlich sein wird, als in allen öffentlichen Verhältnissen des deutschen Bundes die Staaten nur durch ihren Fürsten repräsentirt werden können.

Was hiernächst die Stellung der Braunschweigischen Stände gegen Fürst und Volk betrifft, so finden wir an die Spitze der Landtagsordnung den Grundsatz gestellt, daß die vereinten Stände des Herzogthums Braunschweig und des Fürstenthums Blankenburg die Gesamtheit der Einwohner beider Länder, ohne besondere Beziehung auf die verschiedenen Classen, denen sie angehören, repräsentiren, und deren Interesse und Rechte verfassungsmäßig wahrzunehmen haben. Die Aufstellung dieses Grundsatzes enthält nach dem Gesagten im Allgemeinen nichts Neues, und nur etwa eine gesetzliche Vorkehrung gegen ein weiteres Umsichgreifen der aus der Curieneintheilung der Stände sich ergebenden Mängel. Daß aber die Ausübung dieses Repräsentationsrechts bei veränderten Stände der öffentlichen Angelegenheiten, wenn es auch früherhin auf wirksame Weise durch die Curien ausgeübt werden konnte, dadurch nicht vollständig gesichert ist, daß ein Gesetz diese Repräsentation vorschreibt, liegt um so mehr am Tage; als die durch die Repräsentanten zu bewirkende Sicherheit bei Aufstellung des Gesamtwillens, wie wir gesehen, nur in der Ausgleichung der Interessen Aller liegen kann, während die Wahrnehmung von Interessen Anderer, auch ohne alle absichtliche Vernachlässigung einer auferlegten Pflicht, ganz besonders von eignen Ansichten abhängig ist, und die individuellen Ansichten eines jeden Menschen mehr oder weniger durch seine bürgerliche Stellung motivirt werden. Wie sehr die Curien darauf bedacht waren, unter Wahrnehmung des Landesinteresse nebenbei auch etwas für sich zu bedingen, ist oben gezeigt; und während unser Landtag, neben Zuziehung einiger anderen Glieder, alle älteren in sich schließt, sind die früheren Privilegien, in so weit sie nicht durch ausdrückliche Bestimmungen der Landtagsordnung aufgehoben sind, im jüngsten Landtagsabschiede ausdrücklich be-

stätigt *). Ist es daher auch nicht zu verkennen, daß durch Aufhebung der Patrimonialgerichtsbarkeit, des privilegierten Gerichtsstandes und vieler andern Vorrechte der privilegierten Stände das Braunschweigische Land fast allen übrigen Staaten Norddeutschlands bedeutend vorgeschritten ist, und dieß größtentheils dem Patriotismus der gegenwärtigen Volksrepräsentanten zu verdanken hat, so kann eine wahrhaft zweckmäßige Repräsentation, die auch für die Folge und unter wechselnden Verhältnissen gehörige Garantie gewährt, doch nur durch eine Zusammensetzung der Landschaft bewirkt werden, in welcher eine den billigen Forderungen der Zeit angemessene Vertretung aller Interessen hervortritt.

Eine zeitgemäße Veränderung in der Zusammensetzung der Stände hat man durch Vertheilung der Mitglieder der Prälaturen in die Curien der Ritterschaft und der Städte zu erreichen gesucht, zu welcher letztern dann noch die Repräsentanten der freien Grundbesitzer, welche nicht zur Ritterschaft gehören, hinzugezogen wurden. Das Uebergewicht, welches die große Zahl der Rittergutsbesitzer zu haben scheint, wird nun freilich dadurch bedeutend gemindert, daß jede der auf die eben gedachte Weise entstandenen, an Rechten und Ansehen völlig gleichen beiden Sectionen für sich stimmt, und beide sich dergestalt über den Schluß vereinigen müssen, daß die Verwerfung eines Beschlusses der einen Section durch die andere demselben seine Wirksamkeit entzieht **). Doch ist es

*) Freilich bedient sich der jüngste Landtagsabschied nicht gerade des Wortes »Privilegien.« Die im Jahre 1710 zusammengestellten Privilegien wurden aber von der Bevernschen Linie überhaupt nicht anerkannt, und die von 1770 konnten in complexu nach Aufstellung der erneuerten Landschaftsordnung nicht füglich bestätigt werden. Dagegen gründete sich die Zusammenstellung jener Privilegien, wie ihr Eingang selbst besagt, auf die früheren Landtagsabschiede, Reccessen, Reversalen und das Herkommen, und diese werden in dem jüngsten Landtagsabschiede bestätigt.

**) Auch darf, was heutiges Tages oft verkannt wird, nicht unbeachtet bleiben, daß das Interesse des Adels von dem Interesse

nicht zu verkennen, daß für die Vertheilung der Prälatencurie in die beiden andern weder ein historischer, noch ein politischer Grund spricht, und daß die Art und Weise, wie die Stände zusammengesetzt sind, in der That nur eine Auflösung der Prälatencurie zeigt, die gerade nach dem gegenwärtigen Stande öffentlicher Angelegenheiten, nach welchem sie weit mehr allgemeine als eigenthümliche Interessen vertritt, die am wenigsten gefährliche war *). Den städtischen Repräsentanten ist durch Zuziehung der freien Grundbesitzer und durch Eintritt eines Theils der Prälaten in ihre Curie ein Gegengewicht gegeben, wenn sie zu einseitig nur das Wohl der Städte berücksichtigen sollten; den Rittergutsbesitzern aber konnte dieß Gegengewicht durch Eintritt von sechs Prälaten, unter denen die Decane der Stifter St. Blasii und St. Cyriaci durch Aufhebung dieser Stifter ihre Bedeutung ganz verloren haben, unmöglich gegeben werden; und in dieser Beziehung wird denn allerdings die große Zahl der Rittergutsbesitzer sehr bedeutend, da die erste Section einen dem Interesse der großen Grundbesitzer widerstreitenden Schluß der zweiten Section stets verwerfen kann, wenn es ihr auch nicht gelingen würde, einen in ihrem Interesse gefaßten Beschluß durchzusetzen.

der Rittergutsbesitzer wesentlich verschieden ist, da der Erwerb eines Ritterguts durchaus nicht von dem adeligen Stande des Erwerbers abhängig ist, vielmehr einem Jeden frei steht, und der Adel in unsern bürgerlichen Verhältnissen die gewiß ganz richtige Stellung einnimmt, daß er, ohne directen Einfluß auf öffentliche Angelegenheiten, nur eine persönliche Auszeichnung genießt, welche die besonderen Eigenschaften eines jeden zum Adel gehörigen Individui vermehren oder vermindern können, wobei jedoch der Adel durch seine Stellung, für die große Masse, welche nur in die Augen fallende Vorzüge, nicht aber persönliches Verdienst zu würdigen weiß, zugleich dem Aristokratismus des Reichthums die Wage hält.

*) Vergl. die Rede, welche der Graf von Münster bei Eröffnung der Ständerversammlung am 12. October 1819 hielt, in v. Strombeck's Staatswissenschaftlichen Mittheilungen, 1stes Heft, S. 48, und die Instruction für die zur Prüfung des Entwurfs der Landtagsordnung niedergesetzte Commission ad §. 2, ebend. S. 80.

Ueberhaupt aber scheint das Zweikammersystem bei der Landesrepräsentation, in Beziehung auf ein Land von der Größe des Herzogthums Braunschweig, nicht gehörig motivirt. Es hat dieß System nur dadurch Bedeutung, daß eines Theils das Staatsoberhaupt in der Regel auf eine Pairskammer, deren Mitglieder theilweise von ihm ernannt werden, einen ungleich größern Einfluß äußert, wie auf die Kammer der erwählten Deputirten, und daher bei allen nicht geradezu ungerechten und zeitwidrigen Forderungen hoffen darf, mit Hülfe der erstern, gefährlichen Beschlüssen der Deputirten entgegen zu arbeiten, ohne in die immer höchst bedenkliche Nothwendigkeit versetzt zu werden, das veto zu interponiren; andern Theils aber durch die Pairskammer, die meistens bei der Erhaltung des Bestehenden interessirt ist, zu weit gehenden Neuerungen vorgebeugt und Stabilität erreicht wird. Hiernächst wird durch eine erste Kammer eine zu große Aufregung der zweiten gezügelt, Ubereilung der Beschlüsse vermieden, und ein, bei den mannigfachen Interessen einer zahlreichen, aus sehr verschiedenen Gegenden her vereinigten Deputirtenkammer, vielleicht durch viele Amendements verunstaltetes Gesetz nochmals einer unparteiischen Prüfung unterworfen, ohne daß dabei die bei Aufstellung der Veränderung eines Gesetzentwurfs Statt gehabten Verhandlungen directe Wirkung auf diese Prüfung äußern. Alles dieß paßt nur auf große Länder und sehr zahlreiche Deputirtenversammlungen, von denen eine übergroße Aufregung zu befürchten ist; in einem kleinen Lande, wo Alles viel näher mit dem Fürsten vereinigt ist, wird persönliche Anhänglichkeit und gleiches Interesse des Oberhauptes und der Unterthanen den Einfluß des erstern in hohem Grade sichern, so wie denn auch die Interessen der einzelnen Unterthanen ungleich leichter zu vereinigen sein werden. Dagegen werden, ohne erhebliche Vortheile zu begründen, zwei Kammern den Geschäftsgang erschweren, und leicht eine durch Vereinigung der Repräsentanten in eine Kammer zu vermeidende Opposition herbeiführen, die, statt die wohlthätige Wirkung

einer bei den Verhandlungen auftretenden Opposition zu haben, nur Zwiespalt erzeugen würde *). Mit sehr glücklichem Erfolg ist daher im Großherzogthum Weimar die Vereinigung der Stände in eine Kammer schon seit dem Jahre 1816 zur Ausführung gebracht, und auch die neue Verfassung von Churhessen folgt diesem Beispiel **).

*) Wenn dagegen Herr von Strombeck in seinen Staatswissenschaftl. Mitth. Heft 1. S. 92 ff. in der Trennung der Landschaft in zwei Kammern einen Vortheil von unermesslicher Wichtigkeit findet, so möchte denn doch das absolute veto, welches den Städten, wegen ihres Uebergewichts in der zweiten Section, eben so zustehen soll, wie die Ritterschaft dasselbe durch ihr Uebergewicht in der ersten Section habe, mindestens eben so viel Nachtheile, als Vortheile bringen, da die nicht bewirkte Einigung beider Sectionen in die ganze Verwaltung höchst störend eingreifen kann, wenn Fälle vorliegen, über welche ein Beschluß gefaßt werden muß. Auch liegt vielmehr eine Ungerechtigkeit für die Städte darin, daß diese in manchen Fällen erst die Opposition in der zweiten Section, und dann nochmals die Opposition der ganzen ersten Section überwinden sollen, um einen Antrag durchzusetzen. Die Opposition, welche sie in der zweiten Section finden, wird um so größer werden, je zweckmäßiger die Vertretung des nicht zu den Rittergütern gehörigen ländlichen Eigenthums wird; und sollte diesem dadurch vorgebeugt werden, daß man die Repräsentanten der Städte ihrer Zahl nach vermehrt, so würde, eben so wie jetzt, das gerühmte veto für die Deputirten des kleinern Grundbesitzes wegfallen, während diese doch gleich viel Recht darauf haben, wie die Rittergutsbesitzer und die Städte. Daß die Trennung der beiden Kammern, auch der Erfahrung nach, sehr bedeutende Inconvenienzen herbeiführt, giebt Herr von Strombeck zu; die Ernennung gemeinschaftlicher Commissionen scheint aber nur ein Nothbehelf zu sein, der durch die Vereinigung der Repräsentanten in eine Kammer überflüssig wird, während die Trennung in zwei Kammern die Bedeutung nicht hat, welche Herr von Strombeck ihr giebt, und nicht die Vortheile gewähren kann, welche man von ihr erwartet. Es ließe sich leicht zeigen, daß auch in England, wo die Pairskammer viele große Grundeigenthümer in sich schließt, durch dieselbe keinesweges das Interesse der großen Grundbesitzer vertreten wird.

**) Der von Herrn Hofrath Pöhlitz in seinem „Constitutionellen Leben“ gemachte, von dem norwegischen Storting entnommene Vorschlag,

Die Zusammensetzung dieser Kammer würde nun aber, unter gehöriger Berücksichtigung der geschichtlich vorliegenden Bestandtheile unserer Stände und der dadurch herbeigeführten Interessen, die möglichst vollkommene Vertretung aller gegenwärtig hervortretenden Hauptinteressen zum Ziele nehmen müssen, da nur hierdurch eine sichere Begründung des Gemeinwillens in der oben angegebenen Weise erreicht werden kann *). In dieser Beziehung ist gewiß die Aufnahme der Deputirten freier Grundeigenthümer unter die Zahl der Landstände ein sehr bedeutender, der geschichtlichen Entstehung des Instituts nicht widerstreitender, und den Bedürfnissen der Zeit angemessener Fortschritt der Landschaftsord-

die erste Kammer aus Mitgliedern zusammenzusetzen, welche durch die sämmtlichen Volksrepräsentanten aus ihrer Mitte gewählt werden, scheint, abgesehen davon, daß die oben angeführten Gründe, in Hinsicht auf unser Land, auch gegen eine solche Bildung einer ersten Kammer gelten würden, deshalb Schwierigkeiten in der Ausführung zu haben, weil man in der That nicht wissen würde, nach welchem Princip man die Wahlen vornehmen sollte. Wollte man denen die Stimmen geben, die man für die Tüchtigsten hält, so würde die wichtige zweite Kammer ihrer wirksamsten Mitglieder beraubt werden; die Zusammensetzung der ersten Kammer aus den Untüchtigsten würde aber wiederum den Arbeiten der zweiten Kammer, durch die von der ersten ihnen in den Weg gelegten Hindernisse, nachtheilig werden können. Wenn ich übrigens hin und wieder Gelegenheit genommen habe, Ansichten des erwähnten berühmten Staatsrechtslehrers zu bestreiten, so bin ich, wenn darauf überall etwas ankommt, keinesweges unempfindlich gegen dessen hohe Verdienste um die Staatswissenschaften. Was aber zu loben ist, behauptet sich von selbst, nur daß das Irrige die Vorstellungen nicht verwirre, hat ein Jeder — freilich wieder nur nach seinen individuellen Ansichten — möglichst zu verhindern.

*) Es versteht sich, daß nur eben unter dieser Bedingung die Vereinigung unserer Stände in eine Kammer wünschenswerth erscheint, und die, nach der jetzigen Zusammensetzung derselben vorgenommene Vereinigung in eine Kammer zwar ein fehlerhaftes Princip entfernen, aber wegen des den großen Grundeigenthümern gegebenen unverhältnißmäßigen Uebergewichts, mit Entfernung der Mängel zugleich den Nutzen der Verbesserung aufheben würde.

nung gegen die frühere ständische Verfassung. Es wird durch diese freien Grundbesitzer nicht bloß das Interesse des kleinen Grundbesitzes gegen das des großen, sondern auch, gegen das Interesse des früher privilegirten, das des überall nicht oder nur in beschränkter Maaße privilegirten Grundeigenthums vertreten: ein Verhältniß, welches durch mannigfache Nachwirkungen noch jetzt höchst bedeutend ist. Durch die Deputirten der Städte finden wir, wenn auch auf eine noch mangelhafte Weise, das Interesse des Handels und der Gewerbe, und somit drei Hauptinteressen vertreten.

Es ist bekannt, daß Herr Hofrath Pölig in seinem »Constitutionellen Leben« zu dem Interesse des Grundbesitzes und dem der Gewerbe noch das Interesse der Intelligenz rechnet. Es scheint dieß indeß ein Hauptinteresse aus dem Grunde nicht zu bilden, weil die Intelligenz durchaus unbeschränkt ist, und bei deren Fortbildung der große Grundbesitzer so gut wie der kleine, der privilegirte wie der nicht privilegirte, und diese alle so gut wie die Handel- und Gewerbetreibenden interessirt sind. Am wenigsten wird durch die Vertretung der von Pölig angenommenen Interessen ein Anschließen an die geschichtliche Entwicklung unserer landschaftlichen Institute erreicht, um dadurch zwischen vollkommen freier und landständischer Repräsentation in die Mitte zu treten, deren Verschiedenheit überdieß, wie wir gesehen haben, so bedeutend nicht ist, als man in der Regel annimmt. Es kann vielmehr auch die Zweckmäßigkeit einer vollkommen freien Repräsentation nur danach beurtheilt werden, ob durch sie alle Interessen sich vertreten finden, und es erscheint daher das Pöligsche System nur als eine Theorie, welche mit Berücksichtigung der geschichtlichen Grundlagen einer bestimmten Staatsverfassung auf verschiedene Weise praktisch ins Leben treten kann. Während dagegen die Prälatur, wenn etwa auf diese die geschichtliche Entstehung des Interesses der Intelligenz gegründet werden sollte, ihrer Entstehung und Bedeutung nach, wohl etwas ganz anderes war, gewährt das System auch nicht einmal Vollständigkeit, da sich z. B. das Interesse des

Männer befinden müssen, die durch ihre Stellung im Stande sind, die Versammlung über diese Gegenstände gehörig aufzuklären, und einseitigen Richtungen der Verhandlungen und Beschlüsse vorzubeugen. Unter diesen Nebeninteressen ist gewiß, wegen seiner Beziehung auf alle Unterthanen, das religiöse das wichtigste, womit dann die Unterrichtsanstalten in solcher Verbindung stehen, daß füglich beide Rücksichten als ein Interesse behandelt werden können. Hieran schließt sich das Interesse der Staatsdiener, der praktischen Gelehrten und Künstler und des Militärs *).

Eine strenge Sonderung aller einzelnen Interessen ist nicht möglich, und eben deshalb scheint auch das Pölitische System praktisch unausführbar, wenn es, ohne Berücksichtigung der geschichtlichen Grundlage einer Staatsverfassung, verlangt, daß das Interesse der Intelligenz gerade so viel Volksvertreter wählen soll, wie jedes der beiden andern Interessen. Auch würde die Bestimmung, wer im Sinne der Intelligenz wahlfähig sein sollte **), wohl unübersteigliche Hindernisse haben, wenn gleich die Wählbarkeit sich durch die von Pölitik verlangte völlige Freiheit für alle Wähler, jedes überhaupt wählbare Individuum wählen zu dürfen, bestimmen würde.

gleichmäßige Vertretung des Grundbesitzes und der Gewerbe scheint mir dagegen mehr einer völlig neuen Gestaltung der Repräsentation, als einer Fortbildung der Verfassung, zu gleichen, wenn ich mich gleich gern bescheide, daß dieß Alles nur eben meine Ansicht ist, deren Prüfung aber, wenn sie unhaltbar gefunden wird, der entgegengesetzten gerade dadurch neue Stützpunkte geben muß.

*) Ein vertretbares Interesse des Adels, als solchen, giebt es dagegen, nach dessen in der Anm. S. 20. angedeuteten Stellung, eben so wenig, wie z. B. auch der Reichthum nicht besonders vertreten werden kann.

**) Neben dem allgemeinen Interesse haben gewiß wenig Personen ein so augenscheinliches specielles Interesse bei der Verbreitung der Intelligenz, als die Buchhändler, und vorzüglich die, welche eignen Verlag haben. Sollten diese aber im Interesse der Intelligenz, oder des Handels und der Gewerbe vertreten werden?

Die Bestandtheile unserer Stände, wie sie geschichtlich entstanden, werden uns daher zu Hülfe kommen müssen. Bei der in unserer Staatsverfassung bereits vorgenommenen Trennung der Administration von der Domainenverwaltung, und der bevorstehenden neuen Organisation dieser Behörden, scheint es besonders wünschenswerth, daß Alles, was von Polizei und Administrationsangelegenheiten sich allgemein auf das ganze Land bezieht, mit der höchsten Staatsbehörde verbunden werde, und an die Stelle der jetzigen Kammer eine weitere Ausbildung des oberhauptmannschaftlichen Instituts trete. Abgesehen von den engeren Berührungen, in welche sich die Oberhauptmannschaften in localer Hinsicht mit den Unterthanen setzen können, würde sich hieran auch ein Institut der Gemeindeverwaltung knüpfen lassen, durch welches am sichersten Theilnahme am öffentlichen Wohl und fortschreitende Bildung der Unterthanen erlangt und befördert werden könnte, indem man den Oberhauptmannschaften ein aus dem in ihren Districten ansässigen Rittergutsbesitzern, freien Grundeigenthümern und Deputirten der ihnen untergeordneten Städte und Dorfschaften bestehendes Collegium zur Seite stellte, welches bei allen Gemeindeangelegenheiten und Gegenständen der örtlichen Polizei, in so weit sie allgemeineres Interesse gewähren, zugezogen würde, während die regelmäßigen und minder wichtigen Geschäfte dieser Art von der Oberhauptmannschaft vorgenommen würden. Von den einzelnen Theilen dieses Collegii würden denn auch die Deputirten zum Landtage, und zwar so zu wählen sein, daß bei der Zusammensetzung der Stände eine gleiche Anzahl Deputirter auf die Rittergutsbesitzer, auf den kleinern Grundbesitz und die Städte kommen müßten.

Bei der Wahl dieser Deputirten würden die nicht rittermäßigen freien Grundeigenthümer mit den zu jenen Kreisversammlungen abgeordneten Deputirten der Dorfschaften zusammentreten, und bei der beabsichtigten Festsetzung der Ablösbarkeit bäuerlicher Lasten ein besonderer Antrieb zur Ablösung dieser Lasten in der durch die Ablösung zu bewirken-

den selbstständigen Theilnahme an den Kreisversammlungen, und der Möglichkeit, zum landständischen Deputirten gewählt zu werden, liegen, da alle mit bauerlichen Lasten noch behafteten Grundstücke nur mittelbar durch ihre Deputirte an den Kreisversammlungen und der ständischen Deputirtenwahl Theil nehmen würden. Ohne der Ablösung Zwang anzulegen, würde auf die, welche die Last der Ablösung nicht erdrückte, bei dem nicht zu verkennenden Ehrgeiz des wohlhabenden Landmanns, diese Anordnung gewiß bedeutenden Einfluß äußern, und zugleich durch die indirecte Theilnahme an den öffentlichen Angelegenheiten bis zur bewirkten Ablösung die Hindernisse gehoben werden, welche für jetzt noch einer freien Vertretung des Bauernstandes entgegenstehn dürften.

Hinsichtlich der Wahl der städtischen Deputirten würde vor allen Dingen einem der dringendsten Bedürfnisse unserer Zeit durch Anordnung einer zweckmäßigeren Wahl der gegenwärtigen Stadtdeputirten genügt werden müssen. Wie zeitwidrig die Selbstergänzung der Stadtdeputirten ist, ist vielfach besprochen. Ueberdies kann häufiger Wechsel der Mitglieder des Deputirtencollegii, alle Jahr zu einem Drittheil oder zur Hälfte, dem Institut, welches ganz auf Popularität gestützt ist, diese allein geben, und daß die Wahl nicht mit so argen Schwierigkeiten verknüpft ist, zeigt die Erfahrung vorzüglich in den Städten der preussischen Monarchie. Hat diese Aenderung Statt gefunden, so würde die Wahl der ständischen Repräsentanten für die Städte durch die Stadtdeputirten *), unter Buziehung einer gleichen oder doppelten Anzahl von gleichmäßig erwählten Wahlmännern, gewiß wünschenswerther sein, als ein umfassenderes Wahlcollegium, da gar viele Leute wohl im Stande sind, die Qua-

*) Durch die Verordnung vom 26. März 1823, die Polizei und Gemeindeverwaltung betr., ist die Zahl der Stadtdeputirten, welche Rathgeber des Magistrats oder Bürgermeisters in allen wichtigen städtischen Angelegenheiten sein sollen, für Braunschweig auf vierundzwanzig, für Wolfenbüttel auf sechzehn und für die übrigen Städte auf sechs bis acht bestimmt.

lification ihres Mitbürgers zum Stadtdeputirten, nicht aber zum ständischen Deputirten zu beurtheilen, aus diesem Grunde aber in einem großen Wahlcollegio die individuelle Meinung eines vorherrschenden Mitgliedes um so nachtheiliger werden kann, und Mißbrauch bei den Wahlen erleichtert wird.

Um die Ständeversammlung mit allen Localverhältnissen gehörig bekannt zu machen, müßte alsdann feststehn, daß die Hälfte der Deputirten aus der Mitte der durch sie vertretenen Classe der Staatsbürger des eigenen Wahldistricts zu wählen sei, bei der andern Hälfte müßte, um das Institut möglichst liberal zu machen, und die Vertretung der Nebeninteressen herbeizuführen, eine nur durch ein gewisses Alter und völlig unbescholtenen Lebenswandel bedingte freie Wahl Statt finden.

Da nun aber ungeachtet dieser Freiheit noch immer keine Nothwendigkeit Statt finden würde, Repräsentanten der Nebeninteressen in der oben angegebenen Weise zu wählen, so würden insbesondere zur Berücksichtigung des religiösen und des pädagogischen Interesses die Functionen der Aebte füglich beibehalten werden können, wobei es denn nicht unberücksichtigt bleiben dürfte, ob zur möglichsten Unabhängigkeit der Ständeversammlung nicht eine Wahl derselben durch die gesammte Geistlichkeit und die Ordinarien der höhern Unterrichtsanstalten ausführbar wäre *). Da es ferner gewiß von wesentlichem Nutzen sein könnte, wenn Mitglieder der hö-

*) Man glaube aber nicht, daß ich dem Obscurantismus und Pietismus hulbige, welcher die ältere Bourbonische Linie zur Vereinerung des Ministerii der geistlichen Angelegenheiten und der Unterrichtsanstalten unter einem Priester veranlaßte. Der protestantische Geistliche — und nur mit diesem haben wir es ja zu thun — wie er sein soll und häufig auch ist, ist gewiß vor allen andern dazu berufen, das Interesse der Volksaufklärung in dem oben angegebenen Maße zu vertreten. Vor einer zu strengen Sondernung der einzelnen Beziehungen der Intelligenz hat man dagegen, wenn man nicht ins Keimliche fallen will, sich sehr zu hüten, sonst würden zuletzt auch die Dorfschulmeister mit Recht verlangen können, einen Repräsentanten auf den Landtag zu schicken.

hern Landescollegien, ohne denselben einen überwiegenden Einfluß zu verstaten, an den Verhandlungen Theil nehmen, um die durch ihre Stellung erlangten Erfahrungen der Versammlung mitzutheilen, so würde vielleicht, und um so mehr, da jene Mitglieder natürliche Vertreter der Beamten und eines bedeutenden Theils der praktischen Gelehrten sind, auch die Beibehaltung eines Theils der weltlichen Prälaten sehr heilsam sein, vorzüglich wenn die Besetzung dieser Prälaturen immer auf eine bestimmte Reihe von Jahren von den einzelnen Collegien, denen sie als Attribut beigelegt wären, selbst vorgenommen würde. Daß die höchste Staatsbehörde, nach ihrer Stellung zu den Ständen, davon ausgeschlossen wäre, versteht sich übrigens von selbst. Auf solche Weise und wegen der zu gestattenden freien Wahl, in Bezug auf einen Theil der Deputirten, würden aber die Mitglieder der untern Staatsbehörden und der praktischen Gelehrten hinlänglich vertreten werden, und nur das würde noch einer Untersuchung bedürfen, wie dem Militair, wenn seinen Mitgliedern eine Stellung als Staatsbürger gegeben werden und dieselben nicht mehr als bloße Soldner der Fürsten erscheinen, vielmehr für Aufrechthaltung der Verfassung verantwortlich sein sollen, die Berücksichtigung seines Interesses bei den Verhandlungen zu sichern wäre.

Hinsichtlich der Zahl der Deputirten würden gewiß 40 — 50 genügen *), die auf die angedeutete Weise zu

*) Ich würde, außer den beizubehaltenden vier Äbten und etwa eben so viel weltlichen Prälaten, die Zahl von dreiunddreißig Repräsentanten für hinreichend halten, und zwar eils für die Ritterschaft, nämlich, nach der Zahl der Rittergüter, vier für die Oberhauptmannschaft des Wolfenbüttelschen Districts, je zwei für die des Schöningischen, Harz- und Weser-Districts und einer für das Fürstenthum Blankenburg; eils für die Städte, und zwar vier für Braunschweig, zwei für Wolfenbüttel und Schöppenstedt, zwei für Helmstedt, Schöningen und Königslutter, einer für Seesen und Gandersheim, einer für Holzminden und Stadtholzenborn, und einer für Blankenburg und Harsfeld; endlich eils für den kleinern Grundbesitz, wobei nach der

vertheilen wären, da durch die Beschränkung der Zahl, abgesehen von der Ersparung der sonst leicht drückend werdenden Kosten, eine festere Haltung der Verhandlungen herbeigeführt wird, ohne daß der Vielseitigkeit der Ansichten, bei der nach der gegebenen Andeutung gewiß zu erwartenden Zusammenfassung der Versammlung geschadet werden würde. Eine größere Zahl würde nur entweder die Verhandlungen unnöthigerweise über die Gebühr erweitern, oder eine Menge Leute in die Versammlung bringen, die ohne selbstständige Theilnahme an den Verhandlungen bei den zu fassenden Beschlüssen sich durch die Persönlichkeit der Stimmführer leiten lassen.

Die Mängel, welche dagegen die dormalige Zusammenfassung der Landstände zeigt, sind zu vielfach besprochen, als daß sie einer weitläufigen Auseinandersetzung bedürften. Bei den Mitgliedern der ersten Section ist — mit etwaiger Ausnahme der zu derselben gehörigen Prälaten — die Fähigkeit der Mitglieder zu Volksrepräsentanten ganz zufällig. Wenn nun dieß auch bei der englischen und französischen Pairskammer zum Theil in gleicher Maaße eintritt, so werden diese Mängel für uns wenigstens deshalb bedeutender und tadelnswerdiger, weil hier nach der obigen Darlegung die Nothwendigkeit einer Pairskammer wegfällt. Ueberdieß erhalten aber die Mängel der englischen und französischen Pairskammer in unserm landständischen Institute noch einen bedeutenden Zuwachs durch die zugelassene Vertretung durch Chemannner, Vormünder und Bevollmächtigte *). Was die

Localität zu bestimmen wäre, ob diese eben so, wie die Deputirten der Rittergüter, oder, was wohl wahrscheinlicher ist, anders zu vertheilen wären — eine Untersuchung, die ich nach dem Zwecke dieser Blätter denn allerdings hier für überflüssig gehalten habe.

*) Wenn z. B. neunzehn Mitglieder votiren, von denen fünf, jeder noch zwei Vollmachten haben, wie solches zulässig ist, so können diese fünf mit ihren funfzehn Stimmen, die übrigen vierzehn Mitglieder überstimmen. Dieser Fall soll wirklich vorgekommen sein, da die abgegebenen neunundzwanzig Stimmen die Hälfte der angemeldeten Mitglieder der ersten Section ausmachten.

zweite Section betrifft, so liegt es eben sowohl am Tage, daß ein Bürgermeister seinen Posten recht gut versehen kann, ohne sich darum zum ständischen Abgeordneten zu eignen, wie die Beschränkung der Wahl der übrigen Deputirten der Städte Braunschweig, Wolfenbüttel und Helmstedt und der Deputirten der Freisassen *) verderblich sein muß, da namentlich bei der Wahl der Letztern nur ein so geringer Spielraum gegeben ist, daß man es in der That lediglich dem Zufalle zu verdanken hat, wenn auch nur ein einigermaßen tüchtiges Individuum zum Deputirten erwählt wird. Die Aufhebung dieser Beschränkungen fordert die dringendste Noth, so wie denn auch die Annahme der Wahl in die freie Willkühr des Gewählten gestellt bleiben muß, dessen eignes Urtheil, ob er sich zum Deputirten tüchtig fühlt, nicht abgeschnitten werden darf. Je mehr die Theilnahme am Oeffentlichen steigt, je weniger wird man zu befürchten haben, daß ein Gewählter, der sich wirklich für tüchtig hält, die Wahl ablehnt; und geschieht dieß aus Bequemlichkeit oder ähnlichen Gründen, so gewinnt jedenfalls das Oeffentliche mehr durch die Ablehnung, als durch erzwungenen Eintritt.

Hiernächst würde eine möglichst häufige Versammlung der Stände, wenn nicht für jedes Jahr, doch wenigstens alle zwei Jahr, vorzüglich in einer Zeit, wie die im raschen Fortschreiten begriffene gegenwärtige, sehr wünschenswerth sein, und der verfassungsmäßig bestimmte Zusammentritt der Stände gehörig garantirt werden müssen, sei es, indem man dem Ausschusse das Recht ertheilte, im Fall der unterbliebenen Berufung durch die Regierung, die bis jetzt nur in beschränkter Maaße gestattete Selbstberufung der Stände vorzunehmen, oder daß das Ministerium für die unterbliebene Berufung verantwortlich gemacht würde.

*) Ueber die Theilnahme an der Wahl dieser Deputirten und die Mängel der Bestimmungen der Landschaftsordnung in dieser Rücksicht, vergl. v. Bülow Erläuterung der Landschaftsordnung ad §§. 6 u. 12.

Für die zu fassenden Beschlüsse muß unstreitig in der Regel Stimmenmehrheit entscheiden; wenn aber der §. 64. der Landschaftsordnung für die Aufstellung von Bestimmungen, welche von den bisherigen Verfassungsnormen abweichen, eine Stimmenmehrheit von zwei Drittheilen gegen ein Drittheil verlangt, so ist dieß nach dem Grundsatz, daß jede Verfassung den Keim der Fortbildung in sich tragen muß, bei der desungeachtet eintretenden Nothwendigkeit, leichtsinnige Veränderungen zu verhüten, ein passender Mittelweg, ohne daß man die Veränderungen so sehr erschwert, wie dieß in neuern Verfassungsurkunden, namentlich der Churhessischen, geschehen ist, welche hierbei Stimmeneinhälligkeit oder Stimmenmehrheit von drei Viertheilen auf zwei nach einander folgenden Landtagen verlangt.

Eben so ist auch die Bestimmung des §. 65, daß, wo die Stimmenmehrheit entschieden hat, jedes ständische Mitglied sich das Resultat der Abstimmung schlechterdings gefallen lassen muß, und die Wirkung und Beförderung eines gefaßten Beschlusses weder durch Verwahrungen, noch Berufung auf die höchste Entscheidung oder auf andere Weise aufgehalten oder gehindert werden kann, dem Geist einer repräsentativen Verfassung vollständig entsprechend, wogegen die in neuern Verfassungen, namentlich der Sachsen-Weimarschen und Churhessischen zugelassene Vereinigung der Deputirten eines Standes oder der Deputirten aller Stände eines Bezirks, in eine Separatstimme, dem Grundsatz, daß die einzelnen Deputirten, sobald sie in die Ständeversammlung eintreten, nicht mehr den Stand, von welchem sie gewählt wurden, sondern die Einwohner des ganzen Landes repräsentiren, widerstreiten dürfte, und nur zu Spaltungen Veranlassung giebt.

Was nun die Hauptrechte der Stände, das Steuerbewilligungsrecht und die Theilnahme an der Gesetzgebung betrifft, so enthält, in Bezug auf das erstere, der §. 15. der Landschaftsordnung augenscheinlich einen Rückschritt gegen die frühern Rechte der Stände, und mindestens ist seine Fas-

lung so unbestimmt, daß Streitigkeiten über den Sinn der Bestimmungen sehr leicht möglich werden. Es heißt zwar daselbst, daß, da der bisherigen Verfassung nach, nur die Reichs-, Kreis- und Prinzessinnensteuern, so wie überhaupt die zur nothwendigen Vertheidigung des Vaterlandes erforderlichen Auflagen, ohne vorherige Bewilligung der Stände aufgebracht werden mußten, dieser Grundsatz im Wesentlichen bei der allgemeinen Besteuerung des Landes auch ferner seine Anwendung behalte, es sich aber von selbst verstehe, daß, da die Verfügungen und Beschlüsse der Bundesversammlung für sämtliche deutsche Staaten verbindlich seien, die danach und zur Erfüllung der Bundesverpflichtungen des Landes erforderlichen Steuern und Lasten von den Unterthanen getragen, und statt der vormaligen Reichs- und Kreisanlagen auch ferner nach Bedürfniß aufgebracht werden mußten: der Zusatz aber, daß demnach, wenn zu andern Staatszwecken und Einrichtungen neue Abgaben den Einwohnern des Landes auferlegt, und von ihnen entrichtet werden sollten, solches nicht anders, als mit Einwilligung der Stände, geschehen dürfe, ein Gleiches auch von neuen Leistungen gelte, welche den Unterthanen auferlegt werden sollten, und nicht unter der ihnen obliegenden Landfolge, als Kriegsführen und dergleichen hergebrachten Lasten, begriffen sein; dieserhalb also in Hinsicht der bestehenden Auflagen und Leistungen keine Veränderung ohne Concurrenz der Landstände getroffen werden dürfe, erscheint keineswegs genügend. Da die Reichsgesetze, deren Aufhebung mit dem Zusammenfallen der Reichsgesetzgebung durchaus nicht identisch ist, und deren Gültigkeit, in Ermangelung entgegenstehender neuer Verfügungen, sich am wenigsten dann in Zweifel ziehen läßt, wenn durch dieselbe nur ein Gewohnheitsrecht bestätigt ist, oder wenn sie zur Erklärung neuerer Gesetze dienen sollen, den deutschen Fürsten das Recht ertheilen, die rechtmäßig hergebrachten Steuern ohne Einwilligung ihrer Unterthanen fortzuerheben, so war, wie wir oben gesehen, bereits im Landtagsabschiede vom

Jahre 1702 die Concurrenz der Stände auf die Erhebung neuer Steuern beschränkt *). Dieser Ausdruck wurde in den Privilegien von 1770 sorgfältig vermieden, und statt dessen eine genaue Bestimmung getroffen, welche Steuern ohne Concurrenz der Landstände erhoben werden konnten. Es ist daher die neuerliche Beschränkung der landständischen Wirksamkeit auf die Anordnung neuer Steuern in der Landschaftsordnung, höchst auffallend, vorzüglich da der Zusatz gemacht ist, daß in Hinsicht der bestehenden Auflagen und Leistungen keine Veränderung ohne Concurrenz der Landstände getroffen werden dürfe, und bei den die Verwaltung der Steuern betreffenden Bestimmungen die bestehenden und die verwilligten immer neben einander gestellt werden. Die Beurtheilung, ob die bestehenden Auflagen, in so fern sie nur unverändert fort erhoben werden, noch fernerhin erforderlich sind, ist

*) Die Bezugnahme auf frühere namhaft gemachte Landtagsabschiede, in dem sechsten Artikel des Abschieds von 1702, ist dabei nicht allein sehr gezwungen, sondern es steht auch der Inhalt der Reversen vom Jahre 1572 und 1598 der neuen, augenscheinlich durch die Reichsgesetzgebung veranlaßten Bestimmung geradezu entgegen. Vid. Ribbentrop, Sammlung der Landtagsabschiede, Thl. I. S. 66 u. 118. Daß der Ausdruck »neue Steuern« in dem Landtagsabschiede von 1702 aber etwa durch den frühern Gebrauch, daß alle Schätzungen von den Ständen nur bis auf eine gewisse, einen bestimmten Zweck habende Summe verwilligt wurden, wie dieß namentlich aus den angeführten Reversen von den Jahren 1572 und 1598 hervorgeht, veranlaßt sein sollte, ist deshalb nicht wahrscheinlich, weil im Jahre 1702, nach der unter der Regierung des Herzogs August vorgenommenen Veränderung mit dem Steuerwesen, jener Gebrauch längst abgekommen war. Sollte aber auch wirklich der Ausdruck diesen Ursprung haben, so würde, nachdem er in den Privilegien von 1770 vermieden war, dessen Wiederaufnahme in die Landschaftsordnung doch jedenfalls fehlerhaft sein. Ueber die Veränderungen, welche das Steuerwesen in den Braunschweigischen Landen im siebenzehnten Jahrhundert erlitt, ist das sehr schätzenswerthe Werk des Hrn. Magistrats-Directors Bode, das Grundsteuer-System des Herzogthums Braunschweig geschichtlich verfolgt und erläutert (erster Beitrag zur Geschichte des Herzogthums), nachzusehen.

also kein Gegenstand landschaftlicher Berathung, und höchstens steht der Landschaft ein Antrag auf eine Verminderung oder Veränderung zu, dessen Berücksichtigung ganz von dem Willen der Regierung abhängt *).

Was nun neue Steuern sind, möchte allerdings schwer zu bestimmen sein, sobald eine Steuer einmal eine Reihe von Jahren hindurch erhoben wurde. Die Personalsteuer wird zwar in dem Landtagsabschiede von 1823 als eine Supplementarsteuer bezeichnet, und auf sie paßte vielleicht die Bezeichnung einer neuen Steuer, da sie nicht von Alters her erhoben und nur einstweilen beibehalten wurde; aber auch hinsichtlich dieser Steuer findet sich nirgends eine bestimmt ausgesprochene Beschränkung ihrer Dauer. Die Gewerbe- und Stempelsteuer dagegen können schon nicht mehr als neue Steuern betrachtet werden, da jene in dem erwähnten Landtagsabschiede mit einem andern Gesetze, der Gildeordnung, in Verbindung gebracht, diese aber, ohne Beschränkung auf eine gewisse Reihe von Jahren, aus einer provisorisch beibehaltenen in eine definitiv verwilligte verwandelt wurde. Am wichtigsten ist aber jener Grundsatz der Landschaftsordnung für die von den ackerbautreibenden Grundbesitzern zu zahlenden Steuern, der Contribution und dem Proviantgelde, bei welchen noch der Umstand bedeutend ist, daß sie seit ihrem Ursprunge zur Erhaltung des Militärs bestimmt waren, und die erstere daher auch früherhin in die Kriegskasse gezahlt wurde *). Auf diese Steuern ist also der Grundsatz, daß sie zur Vertheidigung des Landes gezahlt werden, anwendbar, und sie würden mithin um so mehr jeder Beurtheilung durch die Stände zu überheben sein. Diese fällt

*) Dieses unbedingte veto muß freilich der Regierung bei allen andern Vorschlägen frei stehen, das Steuerbewilligungsrecht der Stände macht aber dadurch, daß die Steuern nur auf eine gewisse Reihe von Jahren verwilligt werden, hiervon eine sehr wesentliche Ausnahme.

*) Vergl. v. Bülow, „zur Erläuterung der Landschaftsordnung“ ad §. 19, wo die frühere Steuerverwaltung umständlich erörtert ist.

auch hinsichtlich des Landschages, Schaffschages, Scheffelschages *) und aller in den Städten Braunschweig und Wolfenbüttel unter dem Namen der Accise erhobenen indirecten Abgaben hinweg, in so weit nur keine Veränderung mit diesen Abgaben vorgenommen wird.

Das ständische Steuerverwilligungsrecht soll sich nun zwar, nach dem §. 17. der Landschaftsordnung, bei seiner Ausübung nicht bloß auf die Art und den Betrag der öffentlichen Abgaben und Leistungen, sondern auch auf die Grundsätze und Verhältnisse, nach welchen selbige auf Gegenstände oder Personen zu legen und zu vertheilen sind, so wie auf die Dauer, Erhebungsweise und Verwendungen der aufzulegenden Steuer beziehen; wo aber das Steuerverwilligungsrecht an sich cessirt, fällt auch die Concurrnz bei der Vertheilung der Abgabe weg, in so fern nur die Regierung Alles beim Alten läßt. Wenn nun ferner im §. 24 der Landschaftsordnung bestimmt ist, daß die Etats und Rechnungen über die Einnahme und Ausgabe der allgemeinen Steuerkasse, auch eine Nachweisung über die Verwendung der durch die ausgeschriebenen Steuern eingegangenen Summen den versammelten Ständen, von einem Landtage zum andern, vorgelegt werden sollen, so hebt doch auch diese Bestimmung

*) Der Scheffelschag, welchen die Ausländer von den Zehnten und Meiergefällen, die sie in hiesigen Länden besitzen, bezahlen müssen, und der nicht allein im Landtagsabschiede vom Jahre 1823 ausdrücklich erwähnt, sondern auch de facto noch fortwährend erhoben wird, steht augenscheinlich dem 18. Artikel der Bundesacte und dem Beschlusse der Bundesversammlung vom 23. Juni 1817 entgegen, nach welchen Bestimmungen für die deutschen Staaten nicht allein vollständige Freizügigkeit festgesetzt, sondern auch den Unterthanen der Bundesstaaten gestattet ist, Grundeigenthum außerhalb des Staats, den sie bewohnen, zu erwerben und zu besitzen, ohne deshalb in dem fremden Staate mehrern Abgaben unterworfen zu sein, als dessen eigne Unterthanen, und jede Abgabe, welche den Uebergang des Vermögens-Eigenthums auf Angehörige eines andern Bundesstaates beschränkt, aufgehoben ist.

jenen Mangel nicht auf, da diese Maaßregel sich hinsichtlich der Steuern, welche dem Verwilligungsrechte der Stände entzogen sind, nur als eine Aufsicht über die zweckmäßige Verwendung äußern kann, die von dem Verwilligungsrechte wesentlich verschieden ist, obwohl jene Bestimmung zur Mystification des ganzen Verhältnisses nicht wenig beiträgt.

Die Stellung der deutschen Staaten zum Bunde macht es allerdings nothwendig, daß die zur Erfüllung der Landesverpflichtungen aufzubringenden Steuern von dem Verwilligungsrechte der Stände unabhängig sind, wenn hierin gleich ein Hauptgrund liegt, warum sich das Repräsentativ-System in den deutschen Staaten nicht vollständig ausbilden kann. Eben so ist wohl gegen die unbedingte Feststellung der zur Aussteuer der Tochter des regierenden Herrn oder des Erbprinzen aufzubringenden Prinzessinnensteuer, als eines hergebrachten Privatrechts des Fürsten, um so weniger zu erinnern, als gegen Empfang dieser Aussteuer die Prinzessinnen der väterlichen Erbschaft, zu Gunsten des Mannstammes, entsagen müssen, wovon mittelbar das Land unbestreitbare Vortheile zieht. Einer weitem Beschränkung scheint aber das Steuerverwilligungsrecht der Stände nicht zu bedürfen, und gegen die unbedingte Theilnahme an der Veranlagung aller, auch der nothwendig aufzubringenden Steuern nichts erinnert werden zu können. Daß dieß letztere Recht den Ständen nicht schon früher, ganz in dem Geiste des Instituts zugestanden wurde, hatte, wie wir oben sahen, seinen Grund nur in der Curien-Eintheilung der Stände und in der vortheilhaften Stellung der privilegierten, welche ihnen eine Erörterung des Steuerfußes bei den alt-hergebrachten Steuern gar nicht wünschenswerth machte. Die in den Privilegien von 1770 enthaltene Beschränkung des Verwilligungsrechts, hinsichtlich der zur Vertheidigung des Vaterlandes nöthigen Steuern, wird aber zum Theil durch die von der Stellung der deutschen Staaten zum Bunde abzuleitenden Beschränkung unnöthig, und in so weit dieß nicht der Fall ist, widerspricht sie einer zeitgemäßen Ausbildung des Repräsentativ-

System. Wie verderblich aber die Beschränkung des Verwilligungsrechts auf die Einführung neuer Steuern ist, wird aus dem Gesagten erhellen.

Eben so widerstreitet die Beibehaltung der sogenannten Landfolge und, wie die Landschaftsordnung sich ausdrückt, dergleichen hergebrachten Lasten, einer zeitgemäßen Fortbildung des Steuersystems. Nachdem man die eigentliche Militairpflichtigkeit besondern Gesetzen unterworfen, und andere früher auch unter die Kategorie der Landfolge *) gerechnete Lasten, wie z. B. die Dienste zum Feuerlöschen, bei Viehseuchen, ansteckenden Krankheiten u. s. w., als polizeiliche Leistungen anzusehen sich gewöhnt hat, gehören zur Landfolge vorzüglich die Kriegsführen, und bildet sie, nach ihrem Ursprung, in der That eine den Steuern ganz analoge Last, von welcher die privilegierten Stände, theils wegen des geleisteten Kriegsdienstes, theils auf Grundlage eigner, durch die kanonische Gesetzgebung veranlaßten Privilegien sich frei erhielten, während, nach dem Stande der öffentlichen Angelegenheiten im Mittelalter, die Städte von selbst mit dieser Last verschont wurden. Sie ist aber in der That eine allgemeine Landeslast, und ihre Beibehaltung in der hergebrachten Weise widerstreitet der Verordnung vom 29. Oct. 1821, die Ausgleichung der öffentlichen Abgaben betreffend *); denn

*) Von der Landfolge sind die s. g. Herrendienste wesentlich verschieden, wenn gleich beide früher häufig verwechselt zu sein scheinen. Während letztere ihren Grund in der Vogts- oder wahren Guts-herrschaft haben, entspringt nur die erstere aus der in der Landes-hoheit liegenden Grafengewalt, und nur für sie gilt die Vermuthung, daß der Landes Herr sie zu fordern berechtigt sei. Dagegen ist es falsch, wenn v. Liebhaf in der „Einleitung in das Braunschweigische Landrecht“, Thl. II. S. 422., diese Vermuthung auch auf die Herrendienste zu erstrecken scheint. Die Einquartierung fremder und einheimischer Truppen kann man zwar zur Landfolge rechnen, doch haben gerade hierin die Verhältnisse in den verschiedenen Zeiten gar mannigfache Veränderungen mit sich geführt.

*) Daß aber durch diese, freilich spätere, Verordnung die Landschafts-ordnung in dem betreffenden Punkte abgeändert sei, ist nirgends

in dieser ist, nach den Forderungen der Zeit, ausdrücklich bestimmt, daß alle Befreiungen von Steuern und öffentlichen Lasten gänzlich aufhören sollen, und wenn auch die den Privilegirten ertheilte Entschädigung jene außerordentlichen, aus der Landfolge entspringenden Lasten nicht berücksichtigt und nicht berücksichtigen kann, so gilt ein Gleiches, doch von jeder Erhöhung der Steuern, eben so wie das durch eine Herabsetzung der Steuern veränderte Verhältniß der Privilegirten die einmal bestimmte Entschädigung nicht verringert *). Bei der Ausgleichung öffentlicher Abgaben kann zur Bestimmung der Entschädigung begreiflicherweise nur das gerade obwaltende Sachverhältniß zu Grunde gelegt werden. Spätere Veränderungen, durch Herabsetzung der Steuern oder durch Verwilligung ordentlicher und außerordentlicher Abgaben und Lasten, können auf jene Bestimmung keinen Einfluß äußern. Für sie gilt der Grundsatz, daß nach Leistung und Annahme der Entschädigung die Verpflichtung Aller gleich gemacht ist. Wenn dagegen auch, gerade bei der Landfolge, Nothfälle, in

gesagt; vielmehr bestätigt der Landtagsabschied von 1823 die Landschaftsordnung so, als sei sie von Wort zu Wort in den Abschied aufgenommen.

*) Sehr richtig macht Steinacker über Verbesserung der Volksvertretung, S. 25, auf dieß Verhältniß aufmerksam. Wenn daraus aber der Schluß gezogen wird, daß nun durch die Reluitionscheine die Besitzer ritterschaftlicher Güter gegen jede Erhöhung der Steuern eingenommen seien, weil dadurch ihr Reluitionscapital schlechter werde, und die übrigen Einwohner eine ununterbrochene Erhebung der Steuern wünschen müßten, weil sonst die Rittergutsbesitzer ihre Reluitionen geradezu lucriren würden, so ist dieß ein etwas auffallender Schluß. Es scheint sehr nahe zu liegen, daß, während das Reluitionscapital, an sich, bei Erhöhung oder Verringerung der Steuern immer dasselbe bleibt, alle Steuerpflichtigen ein natürliches Interesse bei möglichster Herabsetzung der Steuern — versteht sich, so weit diese ohne Vernachlässigung anderer Rücksichten möglich ist — haben, und bei der Herabsetzung oder Erhöhung nicht auf das Verhältniß sehen werden, in welchem die zu zahlenden Steuern zu den einmal bewilligten Reluitionscapitalen stehen.

welchen die Verwilligung der Stände vor der Anforderung nicht eingeholt werden kann, am leichtesten eintreten werden, so schützt doch gegen die hieraus hervorgehenden Unbequemlichkeiten schon der §. 18. der Landschaftsordnung, welche in dergleichen dringenden Fällen die Einziehung außerordentlicher Steuern, mit Vorbehalt einer Erörterung dieses Gegenstandes auf dem nächsten Landtage, gestattet; eine Erörterung, die sich dann namentlich auch auf die Repartition einer während des Nothstandes ungleich auferlegten Last beziehen mußte. Andern Theils würde eine, unter Mitwirkung der Stände, über diesen wichtigen Gegenstand aufgestellte Gesetzgebung, die sich auf die regelmäßiger vorkommenden Bedürfnisse dieser Art, und insbesondere auch auf jene obgedachten polizeilichen Leistungen bezöge, gewiß sehr wünschenswerth sein, wobei es sehr in Ueberlegung zu nehmen wäre, ob nicht dergleichen Bestimmungen eben so auf gewisse Jahre zu beschränken, und nach deren Ablauf ihre Fortdauer von wiederholter Einwilligung der Stände abhängig zu machen wäre, wie solches bei ordnungsmäßiger Ausbildung des Repräsentativ-Systems hinsichtlich aller Steuern geschehen muß.

Hiernächst ist die Beschränkung, welche das Steuerverwilligungsrecht durch den §. 16 der Landschaftsordnung erhält, nach welchem dieses Recht nicht auf solche Abgaben und Leistungen zu beziehen ist, welche, vermöge der höchsten Polizeigewalt, zur Leitung des Handels und der Gewerbe, oder zur Ausführung nöthig befundener polizeilicher Einrichtungen und Maaßregeln anzuordnen seien, wohin namentlich Zölle, Weggelder und Packhaus-Einrichtungen gerechnet werden, theils des möglichen Mißbrauchs wegen, theils weil hier allgemeine Interessen von der höchsten Wichtigkeit in Frage stehen, den Forderungen der Zeit nicht angemessen *). Unter dem Vor-

*) Wenn auch die Ansicht des Hrn. v. Bülow »zur Erläuterung der Landschaftsordnung« ad §. 16., daß die Zölle und Packhausgefälle, als ursprüngliche Regalien, von den Steuern verschieden sind, wohl nicht zu bestreiten ist, so würden doch, nach der Entstehung der Regalien und dem Uebergange derselben auf die Landesfürsten

wande, den Handel und die Gewerbe zu leiten, läßt sich die Einführung einer Menge indirecter Abgaben denken, und wenn Handel und Gewerbe ordnungsmäßig auf den Landtagen repräsentirt werden sollen, so müssen die Verordnungen, durch welche sie geleitet werden sollen, nothwendig der Beurtheilung der Stände unterworfen werden. Der Fürst repräsentirt den Staat nach Außen, und wenn man sich keinen gefährlichen Eingriff in dessen Prærogative gestatten will, kann seine Befugniß alle Arten der Verträge, also namentlich auch Handelsverträge, mit andern Staaten abzuschließen nicht beschränkt werden; die Stände können in Bezug auf die Verträge selbst höchstens eine beratthende Stimme haben. Dagegen muß das Volk vor Mißbrauch dieses der Regierung zustehenden Rechts dadurch gesichert sein, daß alle mit den Handelsverträgen direct oder indirect in Verbindung stehende Abgaben der Beurtheilung der Repräsentanten unterworfen werden.

- Es liegt nun freilich in der Natur der Sache, daß in allen Fällen, wo nicht sowohl von der Einführung neuer Steuern, wie von Fortbewilligung der bisher erhobenen die Rede ist, die Verhandlung, in so weit nicht neue Vorschläge gemacht werden, sehr kurz sein kann; auch ist im Allgemeinen wohl der Grundsatz, daß bestehende Steuern so wenig wie möglich verändert werden müssen, weil neue immer Unbequemlichkeiten mit sich bringen, die sich nur im Laufe der Zeit ausgleichen, sehr zu empfehlen; so wie es denn auch sehr engherzige Ansichten verrathen würde, wenn man Erleichterung der Steuern auf Kosten anderer wichtigen Interessen suchen, und die Bewilligung dort versagen wollte, wo des Staates Sicherheit, des Landes Wohlfahrt und die Beförde-

(vergl. Eichhorn, »deutsche Staats- und Rechtsgeschichte« Thl. II. S. 299.) dieselben unfehlbar zum Staats-, und nicht zum Dominial-Gute gehören, was nicht allein bei der, auch von Frn v. Bülow angebeuteten Trennung des Staats- vom Dominial-Gute (vergl. v. Bülow a. a. O. ad §. 25.) zu berücksichtigen ist, sondern diese Gefälle auch um so mehr der Einwirkung der Stände unterwirft.

rung industrieller Thätigkeit die Steuern nöthig macht; aber so viel ist gewiß unbestritten, daß die bestehenden Steuern der Beurtheilung durch die Stände auf keine Weise entzogen werden dürfen. Am nachtheiligsten wird eine Unbestimmtheit in den Steuergesetzen, wie sie sich augenscheinlich in unserer Landschaftsordnung findet, wenn diese zwar nur bestimmt namhaft gemachte Steuern dem Verwilligungsrechte der Stände entzieht, zugleich demselben aber nur die zu andern Staatsbedürfnissen erforderlichen neuen Steuern unterwirft, da eine solche Unbestimmtheit am leichtesten zu einem Verfallen der Regierung mit den Ständen führen, und eine so sehr zu verhütende Uneinigkeit beider Staatsgewalten begründen kann *).

Zur Erhebung und Verwaltung der Steuern besteht nun, nach der Landschaftsordnung, das Landessteuer-Collegium, welches aus acht Mitgliedern zusammengesetzt ist, von denen die eine Hälfte von der Landesherrschaft, die andere Hälfte von den Ständen ernannt wird, und dessen Rechtsconsulent der Landsyndicus, jedoch ohne entscheidende Stimme ist. Es ist dieß Collegium aus dem früher bestandenen Schatz-Collegio hervorgegangen, und bildet, wie dieses, auch für alle übrige ständische Angelegenheiten den engeren Ausschuß der Landschaft, welcher auch in der von einem Landtage zum andern verfließenden Zeit regelmäßige Zusammenkünfte hält, und dem, für wichtigere Angelegenheiten, ein gegenwärtig aus neun Mitgliedern bestehender weiterer Ausschuß zur Seite steht. Das Schatz-Collegium war, in Folge des Landtagsabschieds vom Jahre 1597, in dem darauf folgenden Jahre von Herzog Heinrich Julius errichtet, und bestand aus dem Abte zu Ringelheim, dem Prälaten des Stifts St. Blasii, drei Mitgliedern der Ritterschaft und den Städten

*) So viel auch die Fassung des §. 15. in dem den Ständen im Jahre 1819 vorgelegten Entwurf zur Landschaftsordnung (vergl. v. Strombeck »Staatswissenschaftl. Mitth.« Heft I. S. 64.) zu wünschen übrig ließ, so dürfte doch jene Fassung zweckmäßiger gewesen sein, als die nach der Revision beliebte.

Helmstedt und Alfeldt *). Die Stadt Braunschweig war auf jenem Landtage, wie oben erwähnt, nicht erschienen; die Stadt Wolfenbüttel aber wurde, als eine fürstliche Burg und wegen der in Folge dessen in früherer Zeit genossenen Steuerfreiheit, auf dem Landtage überall nicht repräsentirt, weshalb denn diese Städte bei der Bildung des Schatzcollegii übergangen wurden. Späterhin bestand das Collegium, nachdem der Abt zu Ringelheim und die Stadt Alfeldt ausgeschieden waren, nur aus den übrigen fünf Mitgliedern. Mitglieder, die der Landesherr ernannte, befanden sich nicht im Schatz-Collegio, doch wurden alle mit der Einziehung und Verwaltung der Steuern beauftragte untere Behörden, sowohl für den Landesherrn, wie für die Landschaft in Eid und Pflicht genommen, deshalb in der Fürstlichen Rathsstube im Beisein der Mitglieder des Schatz-Collegii installiert, und den letztern stand wohl mehr nur eine Revision und Oberaufsicht, als die directe Verwaltung der Steuern zu. Wollte man diese Verwaltung dem Steuer-Collegio übertragen, so war der Eintritt von Mitgliedern, welche die Landesherrschaft ernennt, allerdings durchaus erforderlich, um den Einfluß der Regierung auf einen so wichtigen Theil des Staatshaushalts nach den Grundsätzen des monarchischen Princips zu sichern. In den meisten Ländern, welche eine freie Verfassung haben, ist die Verwaltung der Steuern ganz dem Ministerio überlassen, dasselbe jedoch für deren Verwendung verantwortlich. Die Errichtung einer dem Landesherrn und den Ständen gemeinschaftlich verantwortlichen Steuerbehörde ist aber jedenfalls zweckmäßig, nur dürfte die Bestimmung, daß wer aus der zweiten Section zum Steuerrath gewählt ist für die Zeit seiner Amtsführung die Eigenschaft als Deputirter behalte, der Ausbildung des Repräsentativ-Systems entgegen sein. Bei der oben in Vorschlag gebrachten Beschränkung der Zahl der Deputirten würde sich dieser Grundsatz überhaupt nicht er-

*) Vid. Ribbentrop's Sammlung der Landtagsabschiede, Thl. I. S. 118.

halten können, aber auch ohne jene Beschränkung möchte dessen Abänderung wünschenswerth sein. Wenn dagegen nicht geläugnet werden kann, daß es einem Collegio nicht sehr ersprießlich sein dürfte, häufig seine Mitglieder wechseln zu sehen; wenn diese Veränderung auch deshalb Bedenken erregen könnte, weil dadurch den fortwährenden landesherrlichen Råthen ein Uebergewicht über die stets wechselnden landschaftlichen Mitglieder zu Theil werden könnte; so würde diesen Mängeln durch eine von dem landständischen Ausschuss getrennt bestehende, der Aufsicht jenes Ausschusses und des Ministerii gleichmäsig unterworfenen, Steuerbehörde vorgebeugt werden können, deren Mitgliederzahl dann wohl, sobald sich ihre Amtsthätigkeit auf die Steuerangelegenheiten beschränkte, minder bedeutend sein dürfte. Die Stellung einer solchen Behörde sowohl, wie des fortwährend beibehaltenen Landessteuer-Collegii in seiner jetzigen Zusammensetzung, zu dem Staatsministerium möchte aber wohl vor allen Dingen eine festere Bestimmung wünschenswerth machen, wobei die Aufhebung des jetzt noch gültigen Circularrescripts vom 8. Juni 1743, nach welchem in allen das Contributionswesen betreffenden Sachen keine Prozesse zu verstaten und anzunehmen, sondern die Parteien an die fürstliche Geheimeraths-Stube zu verweisen sind, obenan zu stellen wäre *).

Mit den Steuern steht das Landesschuldenwesen in der engsten Verbindung. In dieser Beziehung sichert der §. 25. der Landschaftsordnung, welcher bestimmt, daß ohne Einwilligung der Stände weder Anleihen auf den Credit des Landes contrahirt, noch Staats-, Kammer-, Stifts- und Kloster-

*) S. Fredericksdorfs »Promtuarium der Braunschweigischen Landes-Verordnungen«, Thl. I. S. 183. und Woltereck, »kurzer Begriff der Br. L. D.« S. 345. Man umgeht diese Verordnung gegenwärtig dadurch, daß man bei vorfallenden Streitigkeiten das Herzogliche Staatsministerium um Gestattung des Rechtsweges bittet. Dieß wird wohl nicht leicht abgeschlagen; zur Vermeidung von Mißbräuchen aber würde die Aufhebung dieses Rescripts gewiß sehr heilsam sein.

güter verpfändet oder veräußert werden können; daß über den Betrag, die Bedingungen und die Rückzahlung der Staats-Anleihen mit den Ständen eine Vereinbarung getroffen werden muß, und die oberste Verwaltungsbehörde der gedachten Güter dafür verantwortlich ist, daß in Ansehung derselben nicht anders verfahren werde, die Unterthanen wohl so vollständig, wie es der kühnste Wunsch auszusprechen vermag*). Eine der geschichtlichen Entstehung und zeitgemäßen Fortbildung der Staatsverfassung angepaßte Trennung der eigentlichen Staats- und der Kammergüter würde aber in Bezug auf die Verwendung der Einkünfte derselben von der höchsten Wichtigkeit sein.

Auf den Fürstlichen Domainen**), die nach den Reichs-

*) Das landesherrliche Edict vom 1. Mai 1794 (S. Fredericksbors Promtuarium, Thl. VI. S. 56 ff.), durch welches Carl Wilhelm Ferdinand seinen geringen Grundpfeiler seiner Unsterblichkeit baute, wurde durch den gedachten §. der Landschaftsordnung zum formell-vertragsmäßigen Rechte.

**) Ein großer Theil der Kammergüter ist unstreitig aus den Beneficien hervorgegangen, mit denen die Grafenämter dotirt waren (s. oben S. 17.), und deren Einkünfte zwar zur Vergeltung für die Ausübung des Grafenamts dienten, die zugleich aber die Lasten dieses Amtes tragen mußten. Die Herzoge und, nach Sprengung der Herzogthümer, die reichsunmittelbaren Stände, vorzüglich diejenigen, welche ein Fahnlehn hatten, verliehen überdies die mittelbaren Reichslehne, die in späterer Zeit, nach Entstehung und Ausbildung der Landeshoheit, als es immer mehr üblich wurde, alle Güter, deren Nutzung der Fürst hatte, als Familienfideicommiß zu betrachten, bei vorkommenden Eröffnungsfällen diesen Fideicommißgütern incorporirt wurden. Nach dieser Ansicht möchte, so groß auch das Grundeigenthum unserer Fürsten schon in früher Zeit gewesen sein mag, es sich wohl sehr bezweifeln lassen, daß alle jetzt unter dem Namen der Kammergüter begriffene Grundstücke, Regalien und Gerechtsame ursprünglich Eigenthum der Fürsten waren, und hat die Gleichstellung der frühern Dotationen der Grafenämter mit dem ursprünglichen Eigenthum der zu Landesherren gewordenen Grafen, neben der oben auseinandergesetzten Ausbildung der Landeshoheit, welche den Unterschied von selbst

gesehen auch die Reichssteuern mit tragen sollten, ruhten früher und ruhen noch jetzt eine Menge Lasten, die man mit Recht immer mehr als Staatslasten zu betrachten anfängt, wie z. B. die Gehalte der Staatsdiener, die aber in gleicher Maaße es nöthig machen, daß man nun fernerhin ein Staatsgut, welches diese Lasten trage, von dem Kammergute, aus welchem die Kosten des Hofstaats und des Unterhalts der Fürstlichen Familie bestritten werden, sondere, aus diesem aber die dem Kammergute etwa incorporirten Chatoullgüter hinausbringe. Es ist nicht zu verkennen, daß die mannigfachen Schwierigkeiten, welche diese Trennung darbieten muß, auf streng-rechtlichem Wege schwer zu heben sein werden, und die Trennung nur durch gütliche Vereinigung zu bewirken steht. Hierzu scheint aber eine Zeit, wie die gegenwärtige, wo Einigkeit zwischen Fürst und Volk alle Herzen erfreut, besonders geeignet zu sein.

Die Trennung der Stiftsgüter, welche gegenwärtig den Fonds für den öffentlichen Unterricht und die Wohlthätigkeits-Anstalten bilden, und deren Unterordnung unter eine eigene Behörde, ist dabei gewiß keine unwesentliche Rücksicht, und würde es von der Art und Weise, in welcher die erstgedachte Trennung ausgeführt würde, abhängig sein, in wie weit die Verwaltung der Staatsgüter mit der der Kammer oder der Stiftsgüter zu vereinigen wäre.

Der zweite Haupttheil der landständischen Befugnisse betrifft die Theilnahme der Stände an der Gesetzgebung. Verordnungen, welche eine Abänderung in den bestehenden allgemeinen Civil- und Criminalgesetzen bezwecken, sollen, nach §. 26. der Landschaftsordnung, so oft es die Umstände gestatten, den Ständen vorgelegt, und dieselben darüber

verschwinden machte, wohl ihren Hauptgrund mit darin, daß die Verhältnisse des Mittelalters die Fürsten veranlaßten, ihre freien Güter dem Reiche zu Lehen aufzutragen, und alsdann in den Lehnbriefen alle Herrschaften und Gerechtsame ohne Unterschied, ob sie ursprünglich verliehen oder aufgetragen waren, neben einander aufgeführt wurden.

mit ihren Bemerkungen, Gutachten und Rath gehört werden; ein neues Civil- und Criminalgesetzbuch, eine neue Proceß- und allgemeine Polizei-Ordnung können, nach §. 27, nicht ohne Berathung mit den Ständen eingeführt werden; so wie denn, nach §. 28, wesentliche Veränderungen der Landes-Verfassung, der Landes-Collegien, Gerichts- und allgemeinen Verwaltungs-Behörden, die Abweichung von Bestimmungen, welche zwischen dem Landesfürsten und der Landschaft vertragsweise getroffen sind, allgemeine gesetzliche Veränderungen in Ansehung der Zehnten, Dienste, Meier- und sonstigen gutherrlichen Gefälle, endlich allgemeine Gesetze über die Theilung der Gemeinheiten, eine Uebereinkunft mit den Ständen nöthig machen.

Daß hierdurch der Gegenstand nicht erschöpft und den Bedürfnissen der Zeit nicht angepasst ist, dürfte nicht schwer zu zeigen sein. Wie aus der ursprünglichen Beschaffenheit der deutschen Rechtspflege die Theilnahme der Stände an der Gesetzgebung hervorgegangen ist, ist oben gezeigt. Es ist ferner oben gezeigt, daß es vorzüglich die Reichsgesetzgebung und die Befestigung des römischen Rechts war, welche jene Theilnahme beschränkte. Gegenwärtig aber — wo mit dem Aufhören der Reichsgesetzgebung ein Haupthinderniß der diesen Gegenstand betreffenden landständischen Thätigkeit aufgehoben ist, wo zu erwarten steht, daß immer mehr Leute zu den Ständerversammlungen herbeigezogen werden, welche befähigt sind, auch die nöthigen Veränderungen auf dem Gebiete selbst des Privatrechts, mit Beziehung auf die zur Grundlage dienenden einzelnen Bestimmungen des gemeinen Rechts, der Versammlung so vorzulegen, daß sie darüber entscheiden kann, ob die beabsichtigte Veränderung der bestehenden Rechtsnormen, oder die Aufstellung neuer, durch veränderte Zeitumstände nöthig gewordener wünschenswerth scheint, oder ob dem Project wenigstens kein Hinderniß im Wege steht — ist es gewiß wünschenswerth, daß den Ständen ihre Theilnahme an der Gesetzgebung so weit als möglich zurückgegeben, und dadurch einer dringenden Anforderung

der Zeit genügt, zugleich aber gewissermaßen die Nationalisirung unsers Rechts bewirkt werde *). Die einzig nothwendige Beschränkung liegt auch hier in der Stellung der Staaten zum Bunde, dessen Beschlüsse einer weitem Erörterung durch die Stände nicht unterliegen können, sondern nach dem Grundsatz, daß das Staatsoberhaupt den Staat, wie in allen auswärtigen Verhältnissen, auch namentlich im deutschen Staatenbunde, repräsentirt, unmittelbar wirksam sind, auch wenn sie privatrechtliche Verhältnisse betreffen.

Die Landschaftsordnung enthält aber gerade durch das Bestreben, die Sache recht genau zu bestimmen, manche Un-

*) Der Einwand, welchen Herr Regierungsrath Weisler über Gemeindeverfassung und Gewerbwesen, S. 31, gegen die Theilnahme der Stände an der Gesetzgebung macht, möchte wohl so gar gewichtig nicht sein. Freilich wird die Ständeverammlung nicht lediglich aus Juristen zusammengesetzt sein können, wenn sie ihrem umfassenden Zweck entsprechen soll, und nur Juristen werden im Stande sein, Gesetzentwürfe auszuarbeiten und Gesetze zu redigiren; aber daß viele Mitglieder zu einem wahrhaft gründlichen historischen, juristischen oder technischen Urtheil über die Gesetzentwürfe befähigt sein werden, läßt sich gewiß bei einer zweckmäßigen Zusammensetzung der Stände erwarten. Ueberhaupt wird, nach dem Stande unserer öffentlichen Angelegenheiten, wenn auch die Initiative nicht allein bei der Regierung sein darf, das Project in den bei weitem meisten Fällen von der Regierung aus gehen, und bei obwaltendem Vertrauen beider Staatsgewalten, bei dem Vertrauen der Stände zu denjenigen ihrer Mitglieder, welche nach Beschaffenheit der Sache gerade vorzugsweise urtheilsfähig sind — ohne welches Vertrauen denn freilich nichts gedeihen würde — wird ein anmaaßendes Eingreifen auch nicht in so hohem Grade zu befürchten sein, daß dadurch eine Verunstaltung der Gesetze eintreten könnte. Wer sich mit Anfertigung juristischer Arbeiten beschäftigt, wird erfahren haben, wie häufig die vorurtheilsfreie Ansicht eines Nichtjuristen vortrefflich dabei zu benutzen ist, und wenn ja die Theilnahme der Stände an der Gesetzgebung hin und wieder einmal einen Nachtheil bringen sollte, so wird dieß nur in den Mängeln aller menschlichen Werke seinen Grund haben, und meiner Ansicht nach die Vortheile nicht aufheben.

sicherheiten. Vertragsmäßig ist z. B. das ganze römische und kanonische Recht, sammt allen mit denselben unter dem Namen des gemeinen beschriebenen Rechts vereinigten Rechts-sätzen, durch den 32. Art. des Landtagsabschiedes von 1597 bei uns eingeführt, der sogar der sonderlichen Ordnungen, Statuten und Gewohnheiten, welche im Herzogthume vorhanden seien, gedenkt. Da nun diese Rechtsnormen die Hauptgrundlage unsers gegenwärtigen Rechts bilden, und diejenigen Institute, welche vorzugsweise neue Rechtsverhältnisse erzeugen, vor ihrer Einführung einer Uebereinkunft mit den Ständen unterworfen werden sollen, so würde, nach dem §. 28. der Landschaftsordnung, nicht leicht ein Gesetz gegeben werden können, welches nicht landständische Genehmigung erforderte. Desungeachtet sollen, nach §. 26, die neuen Gesetze nur so oft es thunlich den Ständen zur Berathung vorgelegt werden, und der §. 27. erfordert sogar zur Einführung neuer Gesetzbücher nur eine Berathung mit den Ständen, also nicht deren Einwilligung. Ob die hier gewählten Ausdrücke zufällig oder absichtlich entstanden sind, geht auch aus den Verhandlungen, welche der Landschaftsordnung vorausgingen, in so weit diese bekannt geworden sind, nicht hervor; die Steigerungen von der im §. 26. angeordneten Berathung, so oft es die Umstände gestatten würden, zu der im §. 27. bestimmten unbedingten Berathung, und der in dem dann folgenden §. geforderten Uebereinkunft lassen aber wohl auf Absicht schließen, und mindestens würden diese Ausdrücke in künftiger Zeit, wenn auch wider die Absicht, in ihrem eigentlichen Verstande genommen werden. Hieraus aber müssen nothwendig Differenzen hervorgehen, und es würde nicht fehlen, daß eine Regierung, welche sich bei einzelnen Verordnungen, durch die endlich das ganze bestehende Recht untergraben werden könnte, der Uebereinkunft mit den Ständen entziehen wollte, eben so gut eine Stütze in der Landschaftsordnung finden würde, wie die dagegen protestirenden Stände. Abgesehen aber davon, daß nach den oben vorgetragenen staatsrechtlichen Principien, in so fern ein Rechts-

satz nur einmal aufgestellt ist, und sich lange Jahre hindurch erhalten hat, im Grunde wenig auf seine vertragsmäßige Entstehung ankommt, da schon der Umstand, daß er sich während längerer Zeit behaupten konnte, ihn als ein Product des Gesamtwillens erscheinen läßt, genügt es auch auf keinen Fall, daß nur von Bestimmungen, welche einmal mit Zuziehung der Landschaft festgestellt sind, nicht ohne Uebereinkunft mit den Ständen abgewichen werden soll, und dabei lediglich auf eine vertragsmäßige Feststellung der Hauptinstitute, welche nach unserer gegenwärtigen Lage vorzugsweise neue Rechtsverhältnisse erzeugen, Bezug genommen ist. Das immer im Fortschreiten begriffene Recht, die immer an Kenntnissen zunehmende Erfahrung fordert immer neue Bestimmungen. Diese müssen aber, wenn man sich versichern will, daß sie für Resultate des Gesamtwillens gelten können, eben sowohl einer Uebereinkunft mit den Ständen unterworfen werden, als die Abänderung bestehender Rechtsnormen, und um so mehr, da es schwer ist, zwischen einer solchen Abänderung und der Aufstellung neuer Gesetze eine sichere Grenze zu ziehen. In einem kleinen Staate, in welchem die Bearbeitung neuer Gesetze nicht von einem großen, lediglich der Gesetzgebung obliegenden Collegio vorgenommen werden kann, ist die ständische Beurtheilung aller neuen Gesetze, zur Vermeidung von Einseitigkeit, um so wünschenswerther und nothwendiger, wenn gleich eine Unterscheidung zwischen Gesetzen, und den zur Ausführung der Gesetze erlassenen landesherrlichen Verfügungen, zur Vermeidung einer zu großen Einschränkung der landesherrlichen Prærogative, sehr wohl statthaft erscheint, und durch die freiesten Verfassungen der heutigen Zeit gerechtfertigt wird *).

An die beiden Hauptrechte der ständischen Repräsentan-

*) Wie nothwendig schon bei der Errichtung der Landschaftsordnung eine umfassendere Theilnahme der Stände an der Gesetzgebung den Deputirten erschien, ist aus v. Strombeck's Staatswissenschaftlichen Mittheilungen, Heft I. S. 84 — 89., zu ersehen.

ten, das Steuer-Verwilligungsrecht und die Theilnahme an der Gesetzgebung, schließt sich nun das Recht der Beschwerdeführung über die bemerkten Mängel oder Mißbräuche bei der Gesetzgebung, der Rechtspflege und der Verwaltung öffentlicher Angelegenheiten, womit die Verantwortlichkeit der Behörden im engsten Zusammenhange steht.

Der §. 32. der Landschaftsordnung verlangt, um den verfassungs- und ordnungsmäßigen Gang der Staatsgeschäfte und die öffentlichen Beamten wegen ihrer Verantwortlichkeit zu sichern, daß die unter der höchsten Unterschrift des Landesherrn erlassenen Verfügungen und Rescripte mit der Contrasignatur eines Ministers oder Geheimen-Raths versehen sein sollen, so daß die mit dieser Contrasignatur nicht versehenen Rescripte als erschlichen betrachtet werden. Hinsichtlich der Verantwortlichkeit der Behörden giebt der vorhergehende §. 31. der Landschaftsordnung den Ständen das Recht, falls sie dazu hinlängliche Gründe zu haben glauben, dem Landesherrn Beschwerden und Klagen über die höhern Landesbehörden und Staatsdiener, wegen pflichtwidriger Verwaltung ihrer Amtsgeschäfte, vorzutragen, besonders wenn dieselben sich dadurch vorschrifts- und ordnungswidrige Willkühr und Eingriffe in die bürgerlichen Rechte der Unterthanen, oder in die Verfassung des Landes erlaubt haben sollten; und wird dabei bestimmt, daß auf solche beschwerende Vorstellungen jederzeit genaue Untersuchungen angestellt, und wenn sie begründet erscheinen, die Angeschuldigten zur gebührenden Verantwortung und Strafe gezogen, auch sonst darauf angemessene abhülfsliche Verfügungen getroffen werden sollen.

Es ist über eine nothwendige Verantwortlichkeit der Minister in neuerer Zeit viel gesprochen und geschrieben. In unserm Staate hat Herr v. Strombeck seiner Beantwortung der Frage: »Was ist Rechtens, wenn das Staatsoberhaupt dem Staatszwecke entgegenhandelt?« eine diesen Gegenstand betreffende Abhandlung nachgeschickt, in welcher er annimmt, daß jetzt keine Verantwortlichkeit Statt finde, dieselbe aber

für nothwendig erkennt; und Herr v. Bülow giebt zur Erläuterung der Landschaftsordnung ad §. 32. Notizen darüber, ohne sich geradezu für oder gegen die Zweckmäßigkeit der Verantwortlichkeit zu erklären, während auch er für jetzt die Existenz derselben läugnet. Es scheint indeß, als ob die Meisten, welche sich direct oder indirect für oder gegen die Verantwortlichkeit erklärt haben, sich die Sache nicht hinlänglich deutlich vergegenwärtigten; denn wie wäre es sonst möglich, die Frage, ob ein Minister in den mit einer landständischen Verfassung begabten Staaten den Ständen verantwortlich sei, vorzüglich mit Bezugnahme auf unsere Verfassung, so apodiktisch mit »Nein« zu beantworten? wie wäre es möglich, die Thätigkeit eines Ministers factisch den Handlungen eines Leibeigenen gleichzustellen, der die Befehle seines Herrn vollzieht? Von Weidern liegen uns Beispiele vor. Der Minister, und dieß gilt in constitutionellen und nicht constitutionellen Staaten, ist der richterlichen Gewalt niemals für seine Meinung, für sein System verantwortlich; er ist dieser nur dann verantwortlich, wenn er sich Eingriffe in die Verfassung erlaubt, wenn er in der Erfüllung seiner Obliegenheiten nachlässig ist, und überhaupt, wenn er eine Handlung begeht, die nach den für alle Staatsglieder geltenden Strafgesetzen, oder den auf seine Stellung sich beziehenden besondern gesetzlichen Vorschriften eine strafwürdige ist. Der durchgreifende Grundsatz des Criminal-Rechts: wo kein Verbrechen ist, giebt es keine Strafe, und wo kein Strafgesetz vorhanden ist, kein Verbrechen, wo aber eine gesetzlich strafbare Handlung begangen wurde, muß auch die Strafe folgen, ohne alle Rücksicht auf die Stellung des Verbrechers, gilt auch für die Minister.

Diese Verantwortlichkeit der Minister findet aber in allen Staaten, selbst in den vollständig autokratischen Staat; nur wird sie hier in ihrem ganzen Umfange von dem Staatsoberhaupt geltend gemacht, in so fern nicht die rechtliche Gewalt Veranlassung findet, von Amtes wegen einzuschreiten, was denn freilich der Minister, wegen seiner Stellung und

der geringern Unabhängigkeit der richterlichen Behörden, nicht leicht zu fürchten hat.

Auch in constitutionellen Staaten hat der Fürst die executive Gewalt; die richterliche ist unabhängig, und gründet sich auf die Ueberzeugung der Richter; die legislative Gewalt in ihrem weitesten Umfange ist getheilt zwischen Fürst und Volksrepräsentanten. Zur Verhütung eines Mißbrauchs der executiven Gewalt, durch Eingriffe in die Verfassung, oder durch Verbrechen, welche unter dem Mantel der Fürstlichen Unverletzlichkeit begangen werden, zur Sicherung der Unabhängigkeit der richterlichen Gewalt gegen Einfluß des Staatsoberhauptes und die eignen Leidenschaften der Richter, muß den Repräsentanten das Recht zustehen, ein richterliches Verfahren gegen die Personen einzuleiten, in deren Händen sich die executive und judicielle Gewalt befindet. Wenn aber dabei auch das Staatsoberhaupt, wegen der durch die Stabilität des Staats gebotenen Unverletzlichkeit desselben, ausgenommen bleibt, so giebt es doch nicht allein auch für den Regenten einen Richter auf Erden, wenn gleich derselbe nicht nach geschriebenen Gesetzen urtheilt, und es muß die Execution dieses Urtheils vorzüglich durch die gesicherte Geltendmachung der Verantwortlichkeit der Minister verhindert werden, sondern es wird auch, ohne daß gesetzmäßige Thätigkeit des Fürsten beeinträchtigt wird, die Unmöglichkeit, Hände zu finden, welche bei einer ungesetzmäßigen Handlungsweise Hülfe leisten, und die denen zuerkannte Strafe, welche durch Leidenschaften, oder durch knechtischen Sinn sich bewogen finden, gegen die Gesetze zu handeln, die beste Garantie gegen Mißbrauch der Unverletzlichkeit des Regenten sein. In Bezug auf politische Ansichten aber bleiben in constitutionellen, eben so wie in autokratischen Staaten, die Minister nur dem Staatsoberhaupt dergestalt verantwortlich, daß diesem zu beurtheilen obliegt, in wie weit den Ministern Hülfsmittel zu Gebote stehen, um die sich gegen sie bildende Opposition in Schranken zu halten, oder, was dasselbe ist, in wie weit sie im Stande

sind, die Uebereinstimmung zwischen Fürsten und Unterthanen zu bewahren.

Wenn es nun in der Natur der Sache liegt, daß alle Beschwerden über untergeordnete Beamte von den Ständen zuvörderst der vorgesetzten Behörde vorgetragen werden müssen, um, bei der stets bleibenden Verantwortlichkeit der einzelnen Behörden gegen ihre Vorgesetzten, zu erwarten, ob nicht schon auf diesem Wege Abhülfe der Beschwerde, zu erlangen steht, so ist doch in Bezug auf die höheren Behörden in §. 31. der Landschaftsordnung bestimmt, daß auf die Beschwerde der Stände jederzeit genaue Untersuchungen angestellt werden sollen. Die bei einer Denunciation von Seiten einer Privatperson zu erörternde Vorfrage, ob hinreichende Gründe zur Einleitung der Untersuchung vorhanden seien, fällt daher hier weg, da der Beschluß der Stände die Erörterung dieser Vorfrage ersetzt. Während nun aber, in so fern nur eine Verantwortlichkeit der höhern Staatsdiener überhaupt Statt findet, was auch für unumschränkte Monarchien nicht geläugnet werden kann, es nur darauf ankommt, die Geltendmachung dieser Verantwortlichkeit gehörig zu sichern, kann man für das Herzogthum Braunschweig unmöglich sagen, daß die höhern Staatsdiener den Ständen nicht rechtlich verantwortlich wären, wenn diesen die Befugniß ertheilt ist, die Einleitung einer Untersuchung gegen jene zu veranlassen. Diese Untersuchung kann aber, nach der Natur der Sache, sobald den Ministern ein Verbrechen Schuld gegeben wird, wohin auch namentlich und nach der ausdrücklichen Bestimmung des angeführten §. Eingriffe in persönliche Rechte der Unterthanen und die Verfassung des Landes *) gehören, nur durch die Gerichte geführt werden.

*) Die Landschaftsordnung bestimmt zwar die Strafe für die Verletzung der Verfassung nicht ausdrücklich, aber eines Theils kennt schon unser Criminalrecht auch einen gegen die Verfassung gerichteten Hochverrath, andern Theils ist es zum Wesen eines Strafgesetzes an sich genügend, wenn der Gesetzgeber nur überhaupt eine Handlung für strafbar erklärt hat, da alsdann, bei mangeln-

Die in §. 32. der Landschaftsordnung vorgeschriebene Contrasignatur der landesherrlichen Rescripte durch einen Minister soll freilich nur beweisen, daß die betreffende Angelegenheit durch die rechte Behörde verfassungsmäßig an den Landesherrn gelangt ist, und abgesehen von der schon in diesem Sate liegenden Unbestimmtheit, giebt auch der Zusatz: »und Höchstdessen Entschluß darüber nach geschehenem Vortrage und vernommener Meinung des Geheimraths-Collegii gefaßt sei« einem Minister zur Rechtfertigung seiner Handlungen sehr gute Entschuldigungen an die Hand; aber nichts desto weniger liegt es vor Augen, daß der verfassungsmäßige Gang der Staatsgeschäfte nur dann Bedeutung hat, wenn die Verantwortlichkeit der verfassungsmäßigen Behörden die Unverantwortlichkeit des Staatsoberhauptes ausgleicht, und daß die fragliche Bestimmung der Landschaftsordnung Bedeutung haben soll, ist um so weniger zu bezweifeln, da als Grund der ganzen Bestimmung die Sicherung der öffentlichen Beamten, also auch der Minister, wegen ihrer Verantwortlichkeit gegeben wird. Da aber eine durch die richterliche Gewalt geltend zu machende Verantwortlichkeit der höhern Behörden nur bei begangenen Verbrechen eintritt, so wird auch der von Herrn v. Bülow a. a. D. S. 57. aufgestellte Fall, wenn der Contrasignirende bei der Berathung abwesend gewesen, oder überstimmt wurde, von keiner Bedeutung sein; denn sofern das Rescript Eingriffe in die Verfassung, in persönliche Rechte der Unterthanen, oder gar den Befehl zu einem positiven Verbrechen enthält, kann weder die Abwesenheit bei der Berathung, noch die Ueberstimmung die Verpflichtung zur Contrasignatur auferlegen, und in sofern der Minister die

der genauer Bestimmung des Strafmaasses, eine nach allgemeinen Grundsätzen zu bestimmende arbitraire Strafe eintritt, wenn gleich eine solche Unbestimmtheit des Strafgesetzes, wegen der zu großen Willkühr, welche dem Richter gelassen wird, nicht empfehlenswerth ist, und wo sie sich findet, zweckmäßig durch genauere Bestimmungen ersetzt wird, deren Nothwendigkeit wir bei der Unanwendbarkeit unserer positiven Criminalgesetze doppelt empfinden.

Contrasignatur beſungeachtet vornimmt, können jene Gründe ſeine Theilnahme an der geſegwidrigen Handlung nicht rechtfertigen. Wollte man aber auch annehmen, daß die Contrasignatur nicht ſowohl den contrasignirenden Miniſter, als vielmehr das Miniſterium verantwortlich mache, und dabei der großen juridiſchen Streitfrage, ob Collegia Verbrechen begehen können, und die überſtimmten Mitglieder für geſegwidrige Handlungen verantwortlich bleiben, Einfluß geſtatten, ſo würde doch mindestens ſchon durch den Sitz im Collegio, noch mehr aber durch die Contrasignatur, eine ſo dringende Vermuthung für die thätige Theilnahme an der geſegwidrigen Handlung begründet ſein, daß jedem Miniſter, und vor Allem dem contrasignirenden, es obliegen würde, die Beweiſe herbeizuschaffen, daß und in wiefern er ſchuldlos an der rechtswidrigen Handlung war. Der Befehl des Fürſten giebt aber dabei keinen Entſchuldigungsgrund, da rechtswidrige Handlungen von dem Fürſten, deſſen Autorität ſich auf Legalität ſtützt, nicht befohlen werden können *); weßhalb denn auch weder der Geſchäftsgang bei den obern Landesbehörden, noch daß den Geheimenräthen in den Landesgeſetzen eine beratende und nicht eine Deciſivſtimme beigelegt wird, welches nur eine Folge des monarchiſchen Principſ iſt, nicht aber den Fürſten zum unumſchränkten Deſpoten macht, hierin eine Aenderung herbeiführen kann.

Unbeſtimmt und nicht genügend bleibt aber allerdings die Beſtimmung der Landſchaftsordnung, da es nöthig erſcheint, ausdrücklich feſtzulegen, daß die gegen höhere Staatsbeamte, über welche die Stände Klage zu führen ſich genöthiget ſehen, inſbeſondere auch wegen Verletzung der Verfaſſung, einzuleitenden Unterſuchungen vor die ordentli-

*) Dies gilt auch für unumſchränkte Monarchien, aber eines Theils iſt hier der Kreis, in welchem der Monarch geſeglich befehlen kann, in mancher Hinſicht größer, als in conſtitutionellen Staaten, andern Theils hat der Miniſter in jenen, wenn er auf Befehl des Fürſten handelte, nicht leicht die Geltendmachung ſeiner Verantwortlichkeit zu fürchten.

den Gerichte gehören, wobei den Ständen das Recht zu ertheilen wäre, diese Klagen, neben einer dem Staatsoberhaupte zu machenden Anzeige, unmittelbar bei den Landes-Gerichten vorzubringen, damit nicht, in einem einzelnen Falle, eine rechtswidrige Begünstigung die Ausübung des den Ständen schon jezt zustehenden Rechts erschwere, oder gar unmöglich mache. Eben so wäre es denn auch bestimmt auszusprechen, daß die Vollstreckung eines, ohne die Contrasignatur eines Ministers unter der höchsten Unterschrift des Landesherrn erlassenen, und wegen fehlender Contrasignatur in jeder Hinsicht als erschlichen zu betrachtenden Rescripts die untern Behörden der Verletzung der Verfassung schuldig mache. Hiernächst würden die Fälle, in welchen die obgedachten Klagen von den Ständen gegen Staatsbediente eingeleitet werden können, nur wenig näher zu bestimmen sein, als dies schon im §. 31. der Landschaftsordnung geschehen ist, insbesondere aber eine Feststellung der Strafen für die Verletzung der Verfassung Statt finden müssen.

Da nur Verbrechen gestraft werden sollen, werden diese gesetzlichen Bestimmungen auch die Stellung eines Ministers nicht übermäßig erschweren können. Daß auch edle Absichten oft verkannt werden, lehrt freilich die Erfahrung; aber welch ein Unterschied zwischen dem Verkennen edler Absichten und der Bestrafung eines Verbrechens durch achtungswürdige Landesgerichte? Auch ist es nicht zu übersehen, daß die Vorfrage, ob genügende Gründe vorhanden sind, um den Minister in den Anklagestand zu versetzen, stets von den Volksrepräsentantenentschieden wird, welche dabei auch politische Rücksichten nehmen, und die dem Staate geleisteten Dienste gegen einzelne Fehlgriffe abwägen dürfen; so daß bei der Entscheidung dieser wichtigen Vorfrage die durch die Repräsentanten erklärte Volksstimme an die Stelle des todtten Buchstabens tritt, während die Bestrafung hierauf doch nur dann Statt finden kann, wenn die Gerichte die Handlungsweise des Ministers wirklich für verbrecherisch erklären.

Wer, mit den gehörigen Fähigkeiten ausgerüstet, als

Minister es redlich mit des Landes Besten meint, hat daher so wenig die Verantwortlichkeit, als die Kritik zu scheuen, wenn man nur das Eifern einzelner Schreier von einer vernünftigen Kritik unterscheidet. Auch die letztere macht eine Sache nicht schlechter, als sie ist, und die Zahl derer, welche, wenn es gilt, den Mann von einzelnen politischen Fehlgriffen zu unterscheiden wissen, wird in Deutschland niemals gering sein! Kein rechtlicher Mann aber wird es verweigern wollen, seine Handlungen von unparteiischen Gerichten untersuchen zu lassen, und der unrechtliche darf nicht Minister sein. Es ist kein Grund vorhanden, warum der, welcher unter allen Staatsdienern am höchsten steht, das Privilegium haben soll, gesetzwidrige Handlungen zu begehen, und wer sich aus Schwäche durch den Fürsten dazu bestimmen läßt, paßt wenigstens nicht zum Minister.

Freilich werden oft politische Fehlgriffe zu Vergehen führen können, und hiebei wird nur der auf einigen Trost zu rechnen haben, der sich sagen kann, daß er stets nach Ueberzeugung handelte; die Nothwendigkeit einer festen, nie aus den Augen zu lassenden Ueberzeugung wird das Amt des Ministers um so mehr erschweren, als er zur Vermeidung eigner Verantwortlichkeit sich in den Willen des Fürsten nicht unbedingt fügen darf; aber dieß wird mehr oder weniger auch in unumschränkten Monarchien Statt finden, ein charakterloser Minister wird sich auch in diesen schwerlich lange behaupten; und gegen systematische Schlechtigkeit desselben muß die gehörige Sicherung der Geltendmachung seiner in allen Staaten Statt findenden Verantwortlichkeit schützen.

Dagegen läßt sich mit Gewißheit behaupten, daß feste Bestimmungen über seine Verantwortlichkeit die Stellung eines Ministers, der gute Absichten hat, nur verbessern können, da sie eines Theils auch ihn vor Willkühr schützen, und andern Theils seiner Handlungsweise Kraft geben, indem sie jeden Widerspruch gegen die Willensmeinung eines zur Willkühr geneigten Fürsten motiviren und unterstützen. Dürfte aber, wie Herr von Bülow meint, es auch allerdings, selbst

in kleinern Ländern, nicht immer leicht sein, päpstliche Minister zu finden, so wird dieß nur einen um so dringendern Grund geben, ein taugliches Individuum nicht ohne sehr gewichtige Ursachen aus dem Ministerio zu entfernen, und die Nothwendigkeit der Conservation eines solchen Ministers würde, bei zweckmäßiger Ausbildung der Repräsentativ-Versassung, auch dem Regenten sehr bald fühlbar werden. Dabei ist es nicht unberücksichtigt zu lassen, daß in kleinen Staaten die Parteiungen lange so bedeutend nicht sind, als in großen, so wie denn auch in jenen auf die auswärtige Politik eines Ministers nicht so viel ankommt, daß durch diese Gründe der Fürst zu häufiger Veränderung des Ministerii genöthigt werden könnte; wogegen, wenn einmal so große Meinungsverschiedenheiten Statt finden sollten, daß dem Regenten eine Veränderung seines Ministerii wünschenswerth schiene — eine Befugniß, welche demselben eben so wenig geschmälert werden darf, als ein mit reblichem Willen handelnder Fürst Niemand zum Eintritt in das Ministerium zwingen, oder ihm den Austritt unmöglich machen wird — in der Regel das neugebildete Ministerium Lücken in den obern Staatsämtern veranlassen wird, welche Gelegenheit geben, die austretenden Minister würdig zu versorgen, und nöthigenfalls eine Pensionirung nicht unerschwinglich für das Land sein würde. Sollte aber ein Regent, um politischer Ansichten des Ministers willen, denselben unversorgt dem Mangel Preis geben wollen, was allerdings durch genauere Bestimmung der Stellung der Minister möglichst verhütet werden muß, so würde letzterer gewiß eine hinreichende Stütze im Volke finden. Dagegen möchte es allem Gefühle menschlicher Würde widerstreiten, wenn man, damit nur der Minister sich in jedem Falle mit einem höchsten Special-Befehl entschuldigen, damit seine Lage sichern und sich der Nothwendigkeit überheben könne, »den Launen eines zur Willkühr geneigten Fürsten, auf Gefahr dessen Ungnade, die Spitze zu bieten« das ganze Land mit allen seinen Bewohnern diesen Launen Preis geben wollte.

Wenn endlich die Stellung des Staats zum deutschen Bunde der vollständigen Entwicklung des Repräsentantensystems in manchen Fällen durch unbedingte Gültigkeit der Bundes-Beschlüsse Schranken setzt, so würden die Minister zwar natürlich nicht für die gefaßten Bundes-Beschlüsse, wohl aber für die vernachlässigte Wahrnehmung des Staatsinteresses in der Bundesversammlung ausdrücklich verantwortlich gemacht werden müssen, wodurch sie indirect bewogen werden könnten, bei der dem Bundestags-Gesandten zu ertheilenden Instruction die Stände wenigstens berathend zuzuziehen.

Das den Ständen beilegte Recht, sich einen Syndicus zu wählen, ist in §. 38. der Landschaftsordnung an eine Bestätigung des erwählten Individui durch den Landesherrn geknüpft. Ungeachtet hiedurch die Landschaftsordnung, zum Nachtheile der Stände, von den frühern Privilegien abweicht, welche nur bei der Wahl des Landrentmeisters, nach dem Grundsatz, daß die Steuerbeamten der Landesherrschaft und den Ständen gleichmäßig verantwortlich sind, die herzogliche Bestätigung verlangten, so scheint doch, da der Syndicus, der That nach, häufig als Vermittler zwischen Fürst und Ständen auftreten wird, und nach dem Grundsatz, daß die Einigkeit zwischen beiden Staatsgewalten auf jede mögliche Weise befördert werden muß, weshalb es besonders wünschenswerth erscheinen dürfte, daß der Landsyndicus auch das Vertrauen der Regierung genieße, gegen diese Bestätigung um so weniger erinnert werden zu können, als das die Bestätigung versagende Rescript auch von einem Minister contrasignirt sein würde, wodurch wenigstens mittelbar eine Sicherung gegen rechtswidrige Verweigerung der Bestätigung Statt finden würde; so wie denn auch die bei Ausbildung des Repräsentativ-Systems möglichst zu vermeidende Opposition gegen die Gesamtheit oder größere Mehrzahl der Stände, das Ministerium bei jener Verweigerung sehr vorsichtig machen würde.

Wichtiger scheint dagegen die Bestimmung, daß, im Fall die Stelle des Landsyndicus in der Zeit, wo kein Land-

tag versammelt ist, erledigt wird, die Wahl des neuen nur durch die Ausschüsse vorgenommen werden soll. Bei der Wichtigkeit der Stelle, und da so viel darauf ankommt, daß der Landsyndicus allgemeines Vertrauen genieße, erscheint es, da die allgemeine Stimme sich mehr durch einen Beschluß der sämtlichen Stände, als durch den der Ausschüsse aussprechen wird, wichtig, daß zu einer solchen Wahl sämtliche Repräsentanten herbeigezogen werden, wobei denn die Kosten einer allgemeinen Ständeverversammlung, wenn diese nicht ohnedieß durch andere Gegenstände nothwendig würde, oder ihr regelmäßiger Zusammentritt nahe bevorstände, durch Einsendung schriftlicher vota, bei der Einfachheit des keine lange Erörterung erfordernden Gegenstandes, vermieden werden könnten *).

Was endlich die Form der Verhandlungen betrifft — welche bisher, in Gemäßheit des 76. Artikels der Landschaftsordnung, verhehelt geblieben waren, daß das Publikum von denselben nur das Resultat durch den zum Druck zu befördernden Landtagsabschied erfahren sollte, und es auch dann noch verboten war, die Meinungen und vota der einzelnen Mitglieder bekannt zu machen — so lassen sich gewiß die großen Vorzüge der Oeffentlichkeit von Verhandlungen, welche nur Gegenstände von allgemeinem Interesse betreffen, bei der durch diese Oeffentlichkeit bewirkten Steigerung allgemeiner Theilnahme am Gemeinwohl, um so weniger in Abrede stellen, als dadurch die öffentliche Meinung eine dringendere Veranlassung erhält, sich über die zur Verhandlung stehenden Gegenstände zu äußern, was sowohl der Ständeverammlung, als einer nach richtigen Principien verfahrenen Regierung nur wünschenswerth sein kann. Was aber die Oeffentlichkeit der Sitzungen betrifft, so ist es vor Allem nicht

*) Ueber die allerdings höchst wichtige Möglichkeit der Entlassung des Landsyndicus, für den Fall, daß derselbe das Vertrauen der Stände verloren hat, sehe man von Strombeck's Staatswissenschaftliche Mittheilungen, 1. Heft S. 85.

zu übersehen, daß diese nur dann die Unabhängigkeit der Verhandlungen schützt, wenn das gesteigerte Interesse an öffentlichen Angelegenheiten, bei der Anhörung der Redner persönliche Rücksichten jeder Art verläugnen läßt, während in kleineren Staaten die persönlichen Verhältnisse weit enger sind, als in größeren, und es daher auch um so viel schwerer wird, sich über persönliche Rücksichten zu erheben; daß ferner bei der in öffentlichen Sitzungen mit ungleich größerem Nachdruck auftretenden Opposition gegen das Ministerium, dieses, wenn die Regierung nicht alle Autorität verlieren soll, im Stande sein muß, jener Opposition unmittelbar zu begegnen, was in kleinen Staaten um so schwerer zu erreichen steht, da hier die Stellung des Ministerii bei seinen Mitgliedern Eigenschaften voraussetzt, welche zur Erhaltung des Staats wichtiger sind, als die zum öffentlichen Auftreten derselben ihnen nöthige Beredsamkeit *); und daß endlich die politische Stellung kleinerer Staaten nach Außen hin ganz anders ist, als die der größeren, dieß aber die Minister sehr häufig abhalten würde, in öffentlichen Versammlungen Erörterungen zu ertheilen, die sie unter andern Umständen den Repräsentanten nicht vorenthalten haben würden. Hiezu kommt nun, daß die Oeffentlichkeit der Sitzungen den Äußerungen der Repräsentanten vielleicht mehr wegen Mangel an Übung in der Wahl des Ausdrucks, als aus andern Rücksichten, Fesseln anlegen würde, da es nicht zu verkennen ist, daß ein für das große Publicum berechneter Vortrag, wenn Mißverständnisse vermieden werden sollen, ganz anders eingerichtet sein muß, als ein für eine beschränktere Versammlung bestimmter, und jene Oeffentlichkeit auch nur dann Bedeutung haben kann, wenn sie sich auf allgemeines und wahres Bedürfniß des Publicums stützt, während voreilige

*) Nur in Rücksicht auf die Oeffentlichkeit der Sitzungen der Ständeversammlung, nicht aber hinsichtlich der Verantwortlichkeit der Minister kann dieser Umstand von Bedeutung sein. Vergl. von Bülow, Zur Erläuterung der Landschaftsordnung, S. 61.

Einführung derselben das Publicum zuerst wegen des dargebotenen Schauspiels ergötzt, es dann, wegen fehlenden Bedürfnisses einer vernünftigen Theilnahme an öffentlichen Angelegenheiten bei dem Besuch, in sofern man nicht Nahrung zum Kritisiren aus den Versammlungen holen will, lässig werden läßt, und zu einer Zeit, wo die Gestattung der Oeffentlichkeit von wichtigen Folgen sein, und das große Publicum die sich hervorthuenden Volksrepräsentanten ertragen könnte, ohne durch persönliche Rücksichten veranlaßt zu werden, ihrem Wirken entgegen zu streben, dieser Maaßregel durch die frühere Einführung vorgegriffen wäre, weil nun das einmal kein wahrhaft allgemeines Interesse erweckende Institut vollständiger Oeffentlichkeit abgenutzt sein würde.

Bei der jetzt allerdings bedeutend gesteigerten Theilnahme am Oeffentlichen, welche bei allen hieher gehörigen Angelegenheiten persönliche Rücksichten immer mehr verschwinden lassen wird, bei dem überall sichtbaren Streben, den Mängeln abzu- helfen, welche der ruhigen Erörterung eines Gegenstandes in einer großen Versammlung durch klare und bestimmte Vorträge, ohne gegenseitige Unterbrechung und ohne sich durch vorgefaßte Meinung leiten zu lassen, jetzt noch entgegenstehen dürften, scheint ein großer Theil der aufgezählten Hindernisse binnen wenigen Jahren schwinden zu wollen, und vielleicht haben veränderte Verhältnisse dann auch die übrigen gehoben, oder Mittel an die Hand gegeben, den Nachtheilen derselben vorzubeugen. Bis dahin aber dürfte die Oeffentlichkeit der Protocolle, welche denn allerdings, ohne abschreckende Weitläufigkeit, nicht bloß die gefaßten Beschlüsse, sondern auch den Hauptinhalt der gehaltenen Vorträge, mit Benennung der Personen, von welchen sie gehalten wurden, und welche Anträge machten oder sie unterstützten, darlegen müssen, um so mehr einen schicklichen Uebergang zur vollständigen Oeffentlichkeit bilden, als dadurch die jetzt Statt findende Verpflichtung zur Geheimhaltung aller Verhandlungen bis zur Redaction des Landtagsabschieds von selbst wegfallen würde, vielmehr für Leben, der wahres Interesse am öffentlichen Wohle nimmt, nicht al-

lein Gelegenheit gegeben wäre, die verhandelten Gegenstände zu durchdenken und mit Andern zu überlegen, sondern auch das Aussprechen der öffentlichen Meinung nicht ausbleiben könnte, vorzüglich wenn die Ständeverammlung durch die oben angedeuteten Districtscollegien und durch eine zweckmäßige Gemeindeverfassung, welche vor allen Dingen das Interesse am Öffentlichen allgemein verbreiten muß, unterstützt würde *).

*) Die Öffentlichkeit der Protocolle in der oben angegebenen Maasse halte ich für jetzt weit wesentlicher, als Öffentlichkeit der Sitzungen. Die Theilnahme am öffentlichen Wohl wird auf die Dauer hiedurch gewiß weit mehr befördert, als durch den Zutritt von Zuhörern, und man glaubt doch nicht etwa an die Möglichkeit der Fälschung der Protocolle? Wenn man dagegen hin und wieder behaupten hört, daß nur das Princip der Öffentlichkeit bewahrt werden müsse, weshalb man, um den Mängeln derselben zu begegnen, die Tribüne sehr klein machen könne, und nur wenig Personen zuzulassen brauche, so möchte denn mit diesem Princip, wenn die Öffentlichkeit der Sitzungen sich nicht auf wahres Bedürfniß des Publicums gründet, in welchem Falle wiederum jene Beschränkung ungerecht wäre, wenig geholfen sein. Daß die Theilnahme in den süddeutschen Staaten an den öffentlichen Ständeverfassungen sich, wie es wohl gar nicht zu verkennen ist, seit ihrer Einführung so sehr verminderte, liegt gewiß nicht in vermindelter Theilnahme an dem Institut der Stände selbst im Allgemeinen, sondern nur darin, daß auch dort vollständige Öffentlichkeit wohl etwas zu voreilig, und ehe ein wirkliches Bedürfniß des Publicums Statt fand, an den einzelnen Geschäften der Stände als Zuhörer Theil zu nehmen, eingeführt war. Uebrigens würde ich es nicht für unzumuthig halten, um die Theilnahme an dem Institut an sich zu beleben, etwa die Eröffnungs- und Schlußsitzungen öffentlich zu halten. Ueberhaupt aber glaube ich, die Hoffnung hegen zu dürfen, daß aus meiner Darstellung hervorgehn wird, wie gern ich Etwas, was nach meiner Ansicht wahren Nutzen schaffen könnte, unterstützen würde; auch gestehe ich gern ein, daß meine Ansicht in dieser Beziehung nur auf beschränkte Erfahrung sich stützt. Sollte eine umfassendere Erfahrung es wahrscheinlich machen, daß vollständige Öffentlichkeit wahren Nutzen schaffen würde, und daß es mit den gerügten Nachtheilen oder Mängeln so viel nicht auf sich habe, so würde ich wahrlich nicht

Wenn wir nun

IV.

die Resultate der vorigen Darstellung zusammenfassen, und neben einer, auf fortgebildeter Gemeindeverfassung beruhenden Zusammensetzung der Stände, in dem angegebenen Maaße, den Lehnern das volle Steuerbewilligungsrecht, und die Theilnahme an der Gesetzgebung, beides lediglich durch die Stellung des Staats zum deutschen Bunde beschränkt, ertheilt; wenn eine Sonderung der Staats- und Kammergüter vorgenommen; wenn die Verantwortlichkeit der höchsten Staatsbehörde gesichert, und die Verhandlungen der Ständeversammlung ihrer Heimlichkeit entzogen würden: so bliebe dennoch Manches über, was das Bedürfniß der Zeit dringend fordert, aber in diese Darstellung nicht aufgenommen werden konnte, weil es dem ständischen Institut bisher fremd war.

Hierunter gehört, außer den, speciellere Bedürfnisse betreffenden Gegenständen, vor allen Dingen eine durch ein vernünftiges Preßgesetz, welches nicht die Sache selbst durch übermäßige Beschränkung aufhebt, geregelte Preßfreiheit; hiernächst eine genaue Feststellung der Rechtsverhältnisse des Staatsoberhauptes und seiner Familie, so wie der persönlichen Verhältnisse der Unterthanen, und eine Gesetzgebung über die Stellung der in Deutschland so wichtigen Beamtenklasse. Eben so wichtig ist die Sicherung der Rechtspflege, von deren Unparteilichkeit die Braunschweigischen Gerichte denn aber allerdings so einleuchtende Beweise gegeben haben,

zu den Kengstlichen gehören, die befürchten möchten, daß die dem Publico gestattete Theilnahme an den Ständeversammlungen untätig den Schauplaß von Revolutionen eröffnen würde; wenn gleich in einer Zeit, wie die gegenwärtige, das Augenmerk wohl mehr dahin gerichtet sein muß, eine ruhige Theilnahme am Desseftlichen zu erwecken, und fester zu begründen, als Institute einzuführen, die die Aufregung und Parteiungen vermehren, und nicht wenigstens in eben dem Grade einen auf andre Weise nicht zu erreichenden Nutzen versprechen.

daß dieser Punkt in einem Lande, wie das Braunschweigische, kaum einer Erwähnung zu bedürfen scheint; aber was ist unter dem Monde dem Wechsel nicht unterworfen? Endlich ist auch die ausdrückliche Anerkennung des freilich natürlichen Petitionsrechts der Unterthanen, wenn gleich dasselbe, sei es nun, daß die Bittschriften Privatgegenstände oder Angelegenheiten von allgemeinem Interesse betreffen, bisher nicht in Zweifel gezogen ist, wünschenswerth.

Es liegt nun dabei wohl so viel vor Augen, daß auf diese Weise manche Punkte einer gesetzlichen Feststellung bedürfen, die in einer Landschaftsordnung, wenn dieselbe nicht ihr Ziel überschreiten will, nicht erwähnt werden dürften. Daß diese Gegenstände nur eben in einem Alles umfassenden Gesetze, einer Verfassungsurkunde, berührt werden können, läßt sich auch nicht gerade behaupten, und am thörichtsten wäre es, wenn man glauben wollte, daß das Aufschreiben der gesetzlichen Bestimmungen, bei vielen der angeführten wichtigen Rechtsverhältnisse, schon an sich dieselben zu sichern vermöchte. Dagegen ist es aber nicht genug zu berücksichtigen, daß die geschichtliche Fortbildung eines Instituts nicht auf der Beibehaltung alter Formen beruht. So wie im bürgerlichen Leben Alles beim Alten bleibt, und nur die Form wechselt, so kann auch jene geschichtliche Fortbildung nur in einer zeitgemäßen Veränderung des Bestehenden nach seinem materiellen Inhalte liegen *).

Wenn dagegen Herr von Strombeck in seinen Staatswissenschaftlichen Mittheilungen, 1. Heft, S. 95, ein Additionalsstatut für hinreichend erklärt, um das Mangelhafte der Ordnung zu ergänzen, und die allerdings höchst achtungswürdige Vertheidigung der landschaftlichen Verfassung gegen

*) Die jetzt so häufig, in Bezug auf die Errichtung neuer Institutionen, gehörte Ermahnung, man solle lieber ein neues Kleid anschaffen, als auf dem alten einen WAGEN bei den andern setzen, paßt nur da, wo man das Neue mit Gewalt in die alten Formen zu zwingen sucht. Auch ein neues Kleid wird aber seinen Zweck nicht erfüllen, und schlecht aussehen — wenn es nicht paßt.

willkürliche Eingriffe als Hauptgrund dafür anführt, so möchte man sich doch wahrlich gern überzeugt halten, daß jene Vertheidigung mehr dem die Willkühr des Fürsten beschränkenden Institut, als dem Gesetz nach seiner Form und seinem Wortinhalte, gegolten hat. Ist dieß Gesetz auch ein herrliches Monument des väterlichen Königs Georg IV.; haben sich auch die Stände, und insbesondere einzelne Mitglieder derselben, den größten Anspruch auf den Dank der Braunschweiger erworben; theilt auch jeder Landesbewohner die Freude über die erhebende Weise, wie dieser Dank den versammelten Ständen am 28. September v. J. zu erkennen gegeben wurde; hat endlich auch die Landschaftsordnung von 1820 durch die neueren Ereignisse eine historische Bedeutung erhalten, welche derselben niemals genommen werden kann: so ist es doch nicht zu verkennen, daß sie auch bei einem neuen, in einer umfassendern Form aufgestellten Landesgrundgesetze die hauptsächlichste historische Grundlage bilden würde, daß aber ihre Beibehaltung dann aufhört, eine Wohlthat zu sein, wenn sie selbst sich als ungenügend darstellt. So wie die achtungswürdigen Vertheidiger der ständischen Rechte ihren Ruhm unstreitig noch sehr vergrößern werden, wenn sie zeitgemäße Reformen derselben unterstützen, und den Gedanken aufgeben, daß ihr Ruhm dann schwinde, wenn die Landschaftsordnung nicht in ihrer jetzigen Form aufrecht erhalten werde, so erwähnt auch der die Rechte der Stände anerkennende Bundeschluß ausdrücklich einer Veränderung auf verfassungsmäßigem Wege, und kein Deutscher kann, wenn diese Veränderung als nothwendig erkannt wird, deshalb die bisherige Handlungsweise der Stände minder günstig beurtheilen.

In einer Verfassungsurkunde aber findet man Gelegenheit, die wichtigsten Grundlagen des Rechts, der bürgerlichen Ordnung und gesetzmäßigen Freiheit so auszusprechen, daß sie mit einander in gehörigem Einklang stehen. Zahlreiche Verfassungsentwürfe, die sich nicht behaupteten, zeigen uns, wie man es nicht machen soll; eine große Zahl

anderer, die in Wirksamkeit getreten sind, geben treffliche Beispiele, und wenn man sich nur auf die geschichtlichen Grundlagen des Instituts, und die Localverhältnisse, insbesondere aber auf eine zweckmäßige Feststellung der Gemeindeverfassung stützt, so hat man am wenigsten zu fürchten, daß das Werk sich nicht behaupten werde, sobald man sich nur auf die Aufstellung der Hauptprincipien beschränkt, und das Uebrige den organischen Gesetzen überläßt. Verlangt aber die öffentliche Meinung nach Aufstellung einer Verfassungsurkunde (und Herr von Strombeck würde sich sehr täuschen, wenn er glaubt, daß nur Einzelne diesen Wunsch hegen) muß der Regierung, wenn ihre Mitglieder verantwortlich sind, gerade daran gelegen sein, eine sichere Basis ihrer Handlungsweise zu haben, und sich durch dieselbe des öffentlichen Vertrauens zu versichern: so scheint in der That kein hinreichender Grund vorhanden zu sein, warum man der öffentlichen Meinung in dieser Hinsicht nicht nachgeben wollte, wenn sie Etwas verlangt, von dem fast nur Vortheil zu erwarten steht. Daß auch das neue Werk Mängel haben kann, ist nicht zu läugnen; sollten wir aber darum, weil unsere Nachkommen nach fünfzig Jahren vielleicht mehr Erfahrung haben, als wir, jenen Nutzen entbehren?

Wenn nun aber aus den aufgestellten Betrachtungen hervorgehen dürfte, daß ein den Forderungen der Zeit angemessenes Institut der Volksrepräsentation sich bei uns auf eine geschichtliche Grundlage sehr wohl stützen ließe, indem man den Ständen zum Theil nur historisch begründete Rechte zurückzugeben nöthig hat, so kann es doch nicht übersehen werden, daß eine Hauptgarantie für strenge Beobachtung einer dem Zeitgeiste auch noch so sehr entsprechenden Verfassung, die Kraft eines wirklichen innern Volkslebens, nur theilweise bei uns wird gedeihen können. Sahen wir gleich in neuester Zeit einen Kampf des Volks gegen das Staatsoberhaupt sich ganz zu Gunsten des erstern entscheiden, so darf doch nicht verkannt werden, daß nur Verstoß gegen die Interessen Aller dieses herbeiführen konnte. Wenn, was

der Himmel für ewige Zeiten verhüten wolle! das Interesse verschiedener Classen oder Stände jemals in offenen Streit gerathen würde, und das Staatsoberhaupt dabei nicht einzig und allein als Vermittler auftreten sollte, so würde in einem kleinen Lande das Uebergewicht, welches der Landesherr der von ihm beschützten Partei durch seinen Schutz gewährt, wegen des unverhältnißmäßigen Gegengewichts, unstreitig weit bedeutender sein, als in großen Ländern.

Wird aber hiedurch die Verpflichtung aller Unterthanen um so größer, stete Einigkeit unter sich und mit ihrem Landesherrn möglichst zu befördern, und insbesondere nicht an veralteten Vorrechten zu hangen, deren verweigerter Aufhebung, für eine spätere Zeit, einmal eine ungleich nachtheiligere Entreißung zur Folge haben könnte: so dürfen wir uns auch Glück wünschen, an unserer Spitze einen Fürsten zu sehen, dessen reges, wohlthätiges Wirken uns für manche aus unsern Territorialverhältnissen hervorgehende Nachtheile entschädigen wird, und der, indem er die Bande der Liebe, Achtung und Dankbarkeit immer mehr zu befestigen sucht, welche alle Braunschweiger an den so edle Sprossen zeugenden Guelphenstamm knüpfen, zur Vermeidung jener Uneinigkeit, billigen, zeitgemäßen Wünschen seiner Unterthanen entgegenkommen wird, damit er, gleich so vielen seiner erhabenen Ahnen, für Mit- und Nachwelt als ein bewundernswürdiges Vorbild glänzen möge!!

Verbetterungen.

- Seite 12, Z. 3 von unten, lies: der sogenannten statt die sogenannten.
- 15 — 10 v. o. l. Heerbanns st. Herrbanns.
- 17 — 1 v. o. ist zwischen den Wörtern »Söhnen« und »späterhin«
»die Stände« einzuschalten.
- 28 — 21 v. o. l. der Fürsten st. die Fürsten.
- 29 — 10 v. u. l. so nahe st. sonach.
- 30 — 13 v. o. ~~h. der Privilegien~~ der einzelnen Curien st. der Pri-
villegten, der einzelnen Curien.
- 43 — 3 v. u., Note, I. unwahrscheinlich st. unwahrseinalich.
- 56 — 8 v. u., Note, I. Num. 6. 48. st. Num. 6. 20.
- 60 — 2, 3 und 6 v. u., Note, I. einen st. einer.
- 66 — 1 v. u., Note, I. Steuerverfassung st. Steuerverwaltung.
- 69 — 12 v. u., Note, I. in der Bogte st. in der Bogte.
- 73 — 21 v. o. l. und seine ständischen Mitglieder bilden st. und bildet.
- 83 — 3 v. u. l. richterliche st. rechtliche.
- 97 — 4 v. u. Note, I. bei dem st. bei den.
- 100 — 6 v. u. l. zeigenden st. zeugnenden.
-